



**1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans
Windenergienutzung 2027
der Region Havelland-Fläming**

**Bericht über das
Mitteilungsverfahren
gemäß § 9 Absatz 1 Satz 2 ROG**

Anlage 3

**Tabellarische Zusammenstellung der Stellungnahmen
mit konkreten Hinweisen zu den beabsichtigten Festlegungen
und deren Berücksichtigung bei der Planaufstellung**

Stand: 04.11.2025

Erarbeitet von der:

Regionalen Planungsstelle Havelland-Fläming
Oderstraße 65
14513 Teltow
www.havelland-flaeming.de

1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 - Mitteilungsverfahren nach § 9 Absatz 1 Satz 2 ROG

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
TÖB: 4 Landkreis Potsdam-Mittelmark		
Bezug: allgemeine Hinweise		
4-401	<p>Fachdienst Umwelt, Denkmal und Recht Untere Wasserbehörde:</p> <p>Hinweise:</p> <p>Wasserschutzgebiet: Das Vorhaben befindet sich nicht in einem Wasserschutzgebiet.</p> <p>Geringer Grundwasserflurabstand: Der Flurabstand entspricht laut GIS ca. 1 m u GOK. Damit liegt im Bereich des geplanten Vorhabens eine hohe Grundwassergefährdung vor.</p> <p>Unterirdisches Einzugsgebiet im Grundwasser: Das Vorhaben befindet sich im Unterirdischen Einzugsgebiet „Untere Havel I von Brandenburg“.</p>	<p>Die Hinweise zum Grundwasser werden zur Kenntnis genommen. Bei der Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung werden die wasserschutzrechtlichen Belange berücksichtigt.</p>
4-402	<p>Untere Denkmalschutzbehörde: Nach derzeitigem Kenntnisstand sind im Plangebiet keine Bodendenkmale gem. §§ 1 und 2 Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG- GVBl Land Brandenburg Nr. 9 vom 24. Mai 2004, S. 215 ff. bekannt. Unabhängig davon können jederzeit bei mit Erdingriffen verbundenen Baumaßnahmen, wie sie auch im Untersuchungsraum geplant sind, Bodendenkmale z.B. in Form von Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Scherben, Knochen, Stein- oder Metallgegenstände entdeckt werden. Diese sind unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 u. 2 BbgDSchG). Der Fund und die Fundstelle sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG). Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine bekannten Bodendenkmale im Landkreis Potsdam-Mittelmark betroffen sind. Die Hinweise zum Bodendenkmalschutz im Zusammenhang mit Erdingriffen werden zur Kenntnis genommen.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
4-403	<p>Fachdienst Gesundheit: Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz - BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Zur Abwehr akuter gesundheitlicher Schäden sowie gesundheitlicher Langzeitwirkungen werden dem entsprechend erforderliche Maßnahmen getroffen. Für das Planungsverfahren lag das Schreiben der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vom 23.07.2025, Unterrichtung über den Beschluss zur Durchführung eines Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, vor. Weiterführende Unterlagen oder Kartenmaterial lagen den Unterlagen nicht bei. Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027, Stand 26.09.2024, soll um Flächen im Landkreis Potsdam-Mittelmark erweitert werden. Aus Sicht des FD Gesundheit ist zu den Belangen des Schutzgutes Mensch, menschliche Gesundheit das Folgende anzumerken. Im Zusammenhang mit Windkraftanlagen und deren Wirkung auf den Menschen gibt es verschiedene zu betrachtende Aspekte, wie Schall (hörbarer oder tieffrequenter Schall einschließlich Infraschall), Schattenwurf und Stroboskopeffekt, Eiswurf, Lichtemission durch Hinderniskennzeichnung und psychische Effekte als Belästigung durch subjektive Bewertung der Windkraftanlagen oder durch sie verursachte Wirkungen. So kann durch den hörbaren Schall eine Störung des Nachtschlafs, eine kognitive Beeinträchtigung, Beeinträchtigung des Wohlbefindens und der Lebensqualität hervorgerufen werden und durch die unregelmäßige Geräuscentwicklung (Periodizität der Geräusche) es zur Belästigung kommen und auch mit Stress für die betroffenen Personen verbunden sein (WHO, 2009, Night noise guidelines for Europe). Zur Wahrnehmung von Windenergieanlagen, hier Nocebo-Effekt, kann je nach persönlicher Einstellung, dies auch als dauerhaft belästigende Wahrnehmung bei den Betroffenen empfunden werden und Stressreaktionen auslösen, die sich langfristig entsprechend negativ auf die psychische und physische Gesundheit auswirken (UBA Mögl. Gesundheitliche Effekte von Windenergieanlagen, UBA 2016) Optische Wirkungen von Windenergieanlagen auf den Menschen, durch bedrückende und erdrückende oder erschlagend wirkende Erscheinung des Baukörpers wurden festgestellt.(Gatz, 2009, Rechtliche Beurteilung von Windenergieanlagen unter besonderer Berücksichtigung der Verwaltungs- und Gerichtspraxis) „Insgesamt gesehen wurden zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor möglichen negativen Auswirkungen bereits für viele Probleme (technische) Lösungen entwickelt. Technische Maßnahmen an WEA (Windenergieanlagen) reichen jedoch allein nicht aus, um die Akzeptanz der WEA zu steigern, da neben physikalischen Geräuschbelastungen zahlreiche nicht-akustische Faktoren in die Belästigungsbeurteilung eingehen, die entscheiden, ob Personen sich von WEA belästigt fühlen oder nicht. (Mögliche gesundheitliche Effekte von Windenergieanlagen, UBA, November 2016).“ Aus Sicht des FD Gesundheit sollten daher im Planungsverfahren die Aspekte, die im Zusammenhang mit dem Schutzgut menschliche Gesundheit stehen, vorausschauend betrachtet werden. Die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt ist zu beachten.</p>	<p>Es werden Sachverhalte berücksichtigt, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung auf Ebene des Regionalplanes erkennbar und von Belang sind. Die Immissionsschutzrechtlichen Anforderungen an Vorranggebiete für die Windenergienutzung sind im Planungskonzept des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 (Rn. 63 ff) dargelegt. Maßgeblich ist dabei die Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm).</p>
4-404	<p>Untere Abfallwirtschaftsbehörde: Abfallrechtliche Belange stehen dem Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming gegenwärtig nicht entgegen.</p>	<p>Die Zustimmung der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde wird zur Kenntnis genommen.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
4-405	Untere Bodenschutzbehörde: Im Entwurf der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Karte 2 Bestand und Bewertung Schutzgut Boden (Stand 08/2024) sind im geplanten Vorranggebiet Windpark Herrenhölzer Böden mit besonderer Funktion/ Naturnähe/ wertgebenden Eigenschaften vorhanden. Konkret gibt es hier Böden mit hohem bis sehr hohem Ertragspotential und grundwasserbeeinflusste Kalkböden. Die vorkommenden Böden besitzen eine hohe Verdichtungsempfindlichkeit. Der Boden unterliegt vor allem während der Bauzeit starker Beanspruchung und es besteht die Gefahr der dauerhaften Schädigung. Zur Vermeidung nachteiliger Einwirkungen auf den Boden ist der vorsorgende Bodenschutz bereits in der Vorplanung insbesondere der Standortauswahl der einzelnen Windenergieanlagen zu berücksichtigen. Es ist ein Bodenschutzkonzept mit Bodenschutzplan nach DIN 19639 im Rahmen einer Bodenkundlichen Baubegleitung anzufertigen und der Unteren Bodenschutzbehörde mit der städtebaulichen Planung (FNP, B-Plan) vorzulegen. Es ist eine bodenkundliche Baubegleitung vor Ort während der Baumaßnahmen einzuplanen. Der dafür einzusetzende Fachgutachter hat der Unteren Bodenschutzbehörde eine Zertifizierung als bodenkundliche Baubegleitung nachzuweisen.	Die Hinweise zum Bodenschutz werden zur Kenntnis genommen. Diese betreffen nicht die Regionalplanerische Maßstabsebene und können ggf. im Rahmen der Bauleitplanung Berücksichtigung finden.
4-406	Untere Naturschutzbehörde: Es ergeben sich keine Anregungen, Hinweise oder Einwendungen.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Untere Naturschutzbehörde Potsdam-Mittelmark keine Anregungen, Hinweise oder Einwendungen geltend macht.
TÖB: 5 Landkreis Teltow-Fläming		
Bezug: allgemeine Hinweise		
5-401	Seitens des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung ergehen zunächst Hinweis in Bezug auf relevante Bauleitplanungen von Belegenheitskommunen zu den mitgeteilten Flächenvorschlägen. Zum Windpark „Mückendorf“ wurde für die im Parallelverfahren befindliche Änderung des Gesamt-Flächennutzungsplans (FNP) der Stadt Baruth/Mark im Mai/Juni 2025 die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach §§ 3, 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Soweit bekannt, wird der Antrag auf Genehmigung der Änderung des (Gesamt-)FNP der Stadt Baruth/Mark im Bereich des Bebauungsplans (BP) "Windpark Mückendorf" der Stadt Baruth/Mark aktuell vorbereitet. Letztgenannter BP befindet sich derzeit im Beteiligungsverfahren nach §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB. Weitere, darüberhinausgehende Inhalte der Planungen obliegen der Zuständigkeit der Stadt Baruth/Mark als Planungsträger.	Die Hinweise des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung zum Stadt der Bauleitplanung zum Windpark Mückendorf werden zur Kenntnis genommen. Der aktuelle Stand der Bauleitplanverfahren wird bei den Entscheidungen über die Festlegung des VRW 56 berücksichtigt.
5-406	Im SG Wasser, Boden, Abfall im Umweltamt gibt es keine Bedenken oder Einwendungen zur Durchführung des vorgesehenen Änderungsverfahrens. Themen, Planungen oder Informationen, die das Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming in den vorgestellten Änderungsbereichen (hier: Windpark Mückendorf, ca. 440 ha und Erweiterung des VRW 32 Hohenseefeld-Ihlow mit 591 ha um weitere ca. 440 ha) betreffen, gibt es im Sachgebiet nicht. Die Wasserschutzzonen im Windpark Mückendorf sind bekannt. Eine zeitnahe Änderung des Wasserschutzgebietes Lindenbrück ist momentan nicht in der Bearbeitung.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall im Umweltamt keine Bedenken oder Einwendungen zur Durchführung des vorgesehenen Änderungsverfahrens mitteilt. Es wird weiter zur Kenntnis genommen, dass „eine zeitnahe Änderung des Wasserschutzgebietes Lindenbrück momentan nicht in der Bearbeitung“ ist.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
5-409	Vom SG Informationstechnik: Vom Amt für Digitalisierung und Informationstechnik wird wiederum darauf hingewiesen, dass der Landkreis Teltow-Fläming private Richtfunknetze zu Außenstellen des Landkreises betreibt. Die verwendeten Frequenzen werden von der Bundesnetzagentur ausgegeben und verwaltet.	Der Hinweis auf Richtfunkstrecken wird zur Kenntnis genommen. Eine Störung von Richtfunkstrecken kann durch eine entsprechende Anlagenstandortwahl ausgeschlossen werden.
5-410	Das Landwirtschaftsamt übermittelt zur beabsichtigten Festlegung zusätzlicher Flächen für die Windenergienutzung nach seinem derzeitigen Erkenntnisstand keine wesentlichen Informationen zur Beachtung. Es weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Planungen zu den im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 als vorrangwürdig ermittelten Landwirtschaftsflächen zu berücksichtigen sind und die Planänderung diesbezüglich im Einklang mit potenziellen Vorranggebieten für die Landwirtschaft stehen sollte. Weiterhin umfassen die zusätzlich für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht gezogenen Flächenvorschläge unter anderem Flächen mit landwirtschaftlicher Bodennutzung. In territorialer Zuständigkeit des Landwirtschaftsamtes kann auf die Flächenvorschläge zum Windpark „Mückendorf“ sowie die Erweiterung des VRW 32 Hohenseefeld-Ihlow Bezug genommen werden. Innerhalb dieser in Betracht gezogenen Änderungsbereiche befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen, jedoch kann eine Einbeziehung im Hinblick auf eine mögliche Beeinträchtigung der Agrarstruktur als unerheblich eingeschätzt werden. Darüber hinaus ist eine Überschneidung mit potenziellen Vorranggebieten für die Landwirtschaft im Bereich der vorgenannten Änderungsflächen. nachzeitigem Kenntnisstand nicht gegeben.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Flächen, die im 2. Entwurf des Regionalplans 3.0 für eine Festlegung als Vorranggebiet Landwirtschaft vorgesehen sind, werden entsprechend berücksichtigt. In Bezug auf die Vorranggebiete VRW 56 „Mückendorf“ und VRW 32.1 „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ wird zur Kenntnis genommen, dass eine mögliche Beeinträchtigung der Agrarstruktur als unerheblich eingeschätzt wird.
5-411	Von Seiten des Ordnungsamtes werden keine Informationen bzw. Maßnahmen zur Berücksichtigung im Änderungsverfahren und darüber hinaus auch keine sonstigen Hinweise oder Bedenken mitgeteilt. Entsprechende Fehlmeldungen liegen zudem seitens des Gesundheitsamtes und des Hauptamtes, SG Infrastrukturmanagement und SG Gebäude- und Liegenschaftsmanagement vor.	Die Fehlmeldungen werden zur Kenntnis genommen.
Bezug: Windgebiete		
<i>Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung</i>		
5-402	Zur Erweiterung des VWR 32 Hohenseefeld/Ihlow wird ferner ergänzt, dass augenscheinlich auch Teilflächen der Bebauungspläne "Windpark Illmersdorf/Rietdorf, Ortsteile Illmersdorf und Rietdorf, Flächen im Bereich Illmersdorfer Holz und Rietdorfer Holz" - Teilplan A der Gemeinde Ihlow des Amtes Dahme/Mark und "Windpark Illmersdorf/Rietdorf, Ortsteile Illmersdorf und Rietdorf, Flächen im Bereich Illmersdorfer Holz und Rietdorfer Holz" -Teilplan B der Gemeinde Ihlow des Amtes Dahme/Mark von der Erweiterungsabsicht erfasst werden. Im Hinblick auf die Erweiterungsteilfläche nördlich der Ortslage Waltersdorf gilt das teilweise auch für die in der 3. Änderung des FNP der Gemeinde Niederer Fläming dargestellte Konzentrationsfläche Waltersdorf/Hohenseefeld (Wind). Vertiefende Inhalte der Planungen fallen auch hier in die Zuständigkeit der jeweils plangebenden Gemeinde.	Der Sachverhalt, dass das festzulegende Vorranggebiet 32.1 „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ auch Teilflächen der rechtswirksamen Teilflächen A und B des Bebauungsplans „Windpark Illmersdorf/Rietdorf“ einschließt, ist bekannt und wird in der Begründung dargestellt. Gleiches trifft auf die 3. und 4. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Niederer Fläming zu.
5-405	Erweiterung des Vorranggebietes für die Windenergienutzung VRW 32 Hohenseefeld/Ihlow: Es wird (trotz bestehender und in Genehmigung befindlicher Windenergieanlagen) die Berücksichtigung der kollisionsgefährdeten Vogelarten und deren Schutzbereiche gefordert.	Der Hinweis wird berücksichtigt. Nahbereiche (§ 45b Absatz 2 BNatSchG) bekannter Brutplätze kollisionsgefährdeter Arten werden nicht als Vorranggebiet festgelegt.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
5-407	<p>In den Änderungsflächen sind mehrere Bodendenkmale bekannt, deren Schutz durch das Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) geregelt ist (s. nachfolgende Tabelle). Bodendenkmale sind im öffentlichen Interesse zu schützen und zu erhalten (§§ 1, 2 und 7 BbgDSchG). Dies bedeutet grundsätzlich, dass auf den Flächen der Bodendenkmale keine Erdarbeiten stattfinden dürfen (Windenergieanlagen-Standorte, Montageplätze, Kranstandorte, Ausgleichsflächen und Leitungstrassen). Sollte in einigen doch Erdingriffe notwendig werden, sind diese erlaubnispflichtig (§§ 9 und 19 BbgDSchG).</p> <p>Windvorranggebiet Hohenseefeld/Ihlow: BD-Nummer 131369; Siedlung der Urgeschichte; Dorfwüstung des Mittelalters; BD-Nummer: 131066; Siedlung der Urgeschichte und der Slawenzeit; Wüstung des deutschen Mittelalters</p>	Die Hinweise auf das Vorkommen von Bodendenkmalen werden in der Begründung berücksichtigt. Eine Beeinträchtigung dieser Flächen kann bei der Anlagenstandortplanung ausgeschlossen werden.
<i>Gebiet: VRW 56 Mückendorf</i>		
5-403	<p>Seitens der unteren Naturschutzbehörde (UNB) im Umweltamt wird dazu gleichermaßen auf folgende Punkte hingewiesen: Windpark „Mückendorf“ Gegenwärtig durchlaufen, wie oben bereits angemerkt, die Bauleitpläne Bebauungsplan „Windpark Mückendorf“ und im Parallelverfahren eine FNP-Änderung der Stadt Baruth/M. die Trägerbeteiligungen. Nach § 1 Abs. 3 der Naturschutzzuständigkeitsverordnung (NatSchZustV) ist bei diesen Vorhaben, die einer Zulassung einer Landesoberbehörde bedürfen, die Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege (in diesem Fall das Referat N1) für alle naturschutz- einschließlich artenschutzrechtlichen Entscheidungen und Maßnahmen, die in Bezug auf das Vorhaben zu treffen sind, zuständig. Wird ein derartiges Vorhaben auf Grundlage eines Bebauungsplans zugelassen, ist das Landesamt für Umwelt (UU), N1 für die im Zusammenhang mit diesen Planverfahren wahrzunehmenden naturschutzrechtlichen Aufgaben zuständig. Im Rahmen der FNP-Änderung für das Gebiet des Bebauungsplanes „Windpark Mückendorf“ wurde seitens der unteren Naturschutzbehörde eine räumliche und sachliche Teilfortschreibung des Landschaftsplanes gefordert. Die Teilfortschreibung des Landschaftsplanes Baruth/Mark für das betreffende Gebiet liegt vor, wurde fachlich geprüft und wird als aufgestellt betrachtet.</p>	Der Hinweis auf die Zuständigkeit des Landesamtes für Umwelt wird zur Kenntnis genommen. Dem Landesamt für Umwelt wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Hinweise des Landesamtes für Umwelt werden berücksichtigt. Die Teilfortschreibung des Landschaftsplans Baruth/Mark für das Gebiet des Windparks Mückendorf ist bekannt und wird bei den Entscheidungen über die Festlegung des VRW 56 berücksichtigt.
5-404	<p>Die gesamte Fläche des beabsichtigten Windparks „Mückendorf“ befindet sich im Landschaftsschutzgebiet LSG „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“. Der Landkreis fungiert aufgrund der Befugnisübertragung¹ zur Ausweisung des LSG „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“ in den betreffenden Bauleitplanverfahren hinsichtlich der LSG-Betroffenheit als Ordnungsgeber. Die gegenständliche Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der dazugehörigen Nebenanlagen ist entsprechend § 26 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz nicht verboten, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet gemäß § 2 Nr. 1 Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) befindet. Hier beabsichtigt die Stadt Baruth/Mark mit der Änderung des FNP ein derartiges Windenergiegebiet auszuweisen.</p>	Der Hinweis der unteren Naturschutzbehörde auf die Lage des Windparks Mückendorf im Landschaftsschutzgebiet wird zur Kenntnis genommen. Mit der Einschätzung, dass die Ausweisung als Windenergiegebiet nach § 26 Absatz 3 BNatSchG zulässig ist, stimmt die Regionale Planungsgemeinschaft überein.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
5-408	<p>In den Änderungsflächen sind mehrere Bodendenkmale bekannt, deren Schutz durch das Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) geregelt ist (s. nachfolgende Tabelle). Bodendenkmale sind im öffentlichen Interesse zu schützen und zu erhalten (§§ 1, 2 und 7 BbgDSchG). Dies bedeutet grundsätzlich, dass auf den Flächen der Bodendenkmale keine Erdarbeiten stattfinden dürfen (Windenergieanlagen-Standorte, Montageplätze, Kranstandorte, Ausgleichsflächen und Leitungstrassen). Sollte in einigen doch Erdingriffe notwendig werden, sind diese erlaubnispflichtig (§§ 9 und 19 BbgDSchG).</p> <p>Mückendorf: BD-Nummer: 131264; Dorfwüstung des deutschen Mittelalters; BD-Nummer: 131457; Kohle-Meilerfeld der Neuzeit und Mittelalter; BD-Nummer: 131459 Kohle-Meilerfeld der Neuzeit und Mittelalter; BD-Nummer: 131461; Kohle-Meilerfeld der Neuzeit und Mittelalter</p> <p>Bei Fragen und für Auskünfte stehen die untere Denkmalschutzbehörde [Name anonymisiert] und das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum - BLDAM (Tel. 033702-2111823) zur Verfügung.</p>	Die Hinweise auf das Vorkommen von Bodendenkmalen werden in der Begründung berücksichtigt. Eine Beeinträchtigung dieser Flächen kann bei der Anlagenstandortplanung ausgeschlossen werden.

TÖB: 7 Landeshauptstadt Potsdam

Bezug: allgemeine Hinweise

7-401	<p>Potenzielle Vorranggebiete für Windenergienutzung im Potsdamer Stadtgebiet: Die Landeshauptstadt hat im Zuge ihrer Stellungnahme zur Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, die am 06.12.2023 mit der Drucksachen-Nr. 23/SVV/0931 von der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam beschlossen wurde, der Regionalen Planungsstelle sechs Potenzialflächen im Potsdamer Stadtgebiet mitgeteilt und um Aufnahme in den Teilregionalplan gebeten (siehe Anlage 1).</p> <p>Mit Bedauern haben wir die Ablehnung der Regionalen Planungsstelle zur Kenntnis genommen. Entsprechend dieser Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung strebt die Landeshauptstadt Potsdam weiterhin die Aufnahme der im Stadtgebiet ermittelten Potenzialflächen in den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung an. Seit 2023 ist die Landeshauptstadt Potsdam den eingeschlagenen Weg, ihre kommunale Klimastrategie und den Ausbau erneuerbarer Energien in enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken auch im eigenen Gemeindegebiet zu forcieren, weiter gegangen. So wurden für zwei der sechs potenziellen Vorranggebiete bereits konkretisierende Bebauungsplanverfahren mit dem Ziel eingeleitet, Windenergieanlagen zu errichten. Dabei handelt es sich um die Potenzialfläche 6/7/8 (Bebauungsplan Nr. 181 „Erneuerbare Energien Uetz“) und die Potenzialfläche 4 (Bebauungsplan Nr. 186 „Windpark Groß Glienicke Nord-Ost“). Für eine weitere Fläche, die Potenzialfläche 12 (Bebauungsplan Nr. 32 „Innovationspark Michendorfer Chaussee“) wird derzeit die Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplans vorbereitet.</p> <p>Das Ziel der Entwicklung wird vorrangig in der Weiterentwicklung des Gewerbestandortes liegen, jedoch soll im Verfahren auch die Realisierung einer Windenergieanlage am Gebietsrand geprüft und planungsrechtlich vorbereitet werden. Bei diesen drei genannten Potenzialflächen für Windenergie (Flächen 4, 6/7/8 und 12) wurden bereits konkretisierende Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung eingeleitet oder sind vorgesehen. Aus diesem Grund ist für diese Flächen eine Berücksichtigung als Vorranggebiete für Windenergie nicht mehr erforderlich.</p>	Die Einschätzung, dass für die von der Landeshauptstadt ermittelten Potenzialflächen 6/7/8 (Bebauungsplan Nr. 181 „Erneuerbare Energien Uetz“), 4 (Bebauungsplan Nr. 186 „Windpark Groß Glienicke Nord-Ost“) und 12 (Bebauungsplan Nr. 32 „Innovationspark Michendorfer Chaussee“) eine Berücksichtigung als Vorranggebiete für Windenergie nicht mehr erforderlich ist, wird zur Kenntnis genommen. Die Regionale Planungsgemeinschaft hält (unabhängig von dieser Mitteilung) weiter an ihrer Bewertung fest, dass die benannten Flächen nach dem regionalen Planungskonzept aufgrund der Kriterien W 02 (Lage im Landschaftsschutzgebiet) bzw. W 03 (Mindestflächengröße 28 ha) nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht gezogen werden.
-------	---	--

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
7-402	<p>Für die drei verbleibenden Potenzialflächen 1/2, 3 und 5 (siehe Anlage 1) erneuert die Landeshauptstadt die Bitte um Berücksichtigung als Vorranggebiete für Windenergie im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung. Städtische Planungen und Maßnahme mit Relevanz für die Planänderung:</p> <p>Aus Sicht der Landeshauptstadt Potsdam sind bei der Änderung des Teilregionalplans insbesondere folgende kommunale Planungen als Ausschluss- oder Prüfkriterium zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - städtebauliche Planungen (Bebauungspläne, Rahmenplanungen, Vorbereitende Untersuchungen, Bebauungspläne, usw.) Freihaltung der im INSEK 2035 dargestellten Untersuchungsräume für "Freiraum und Siedlung" und "Gewerbe" von konkurrierenden Nutzungen, einschließlich einer Berücksichtigung von 1.000 m Mindestabstand zu den Untersuchungsräumen für "Freiraum und Siedlung" - Ausschluss von natürlichen Stand- und Fließgewässern, künstlichen und erheblich veränderten Gewässern als kommunale Zielsetzung: Die zur Aufnahme als Vorranggebiete für Windenergie im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung empfohlenen Potentialflächen berücksichtigen diese Planungsbelange bereits umfassend. Bei Bedarf stellen wir Ihnen die entsprechenden Datengrundlagen für Ihre Analyse zur Verfügung. 	<p>Der Anregung, drei zusätzliche Vorranggebiete für die Windenergienutzung im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Potsdam festzulegen, wird nicht gefolgt.</p> <p>Die für eine Festlegung als Vorranggebiet vorgeschlagenen drei weiteren Flächen befinden sich im Norden des Stadtgebiets:</p> <ul style="list-style-type: none"> - an der Autobahn A 10 westlich des Friedrichsparks (1/2), - östlich der Ortslage Kartzow (3) und - im Ortsteil Groß Glienicke westlich der Landesstraße 20 (5). <p>Mit Ausnahme der zuerst genannten Fläche (1/2) befinden sich alle Flächen im Landschaftsschutzgebiet „Königswald mit Havelseen und Seeburger Agrarlandschaft“.</p> <p>Die etwa 80 ha große Vorschlagsfläche an der Autobahn A 10 westlich des Friedrichsparks (1/2) ist teilweise mit einer Freiflächen-Photovoltaikanlage belegt (etwa 8 ha) und wird teilweise von der Autobahn durchschnitten. Westlich der Vorschlagsfläche verläuft eine Freileitung bei der sich Brutplätze einer kollisionsgefährdeten Vogelart befinden, deren zentrale Prüfbereiche (§ 45b Absatz 3 BNatSchG) sich vollständig und deren Nahbereiche (§ 45b Absatz 2 BNatSchG) sich teilweise mit der vorgeschlagenen Fläche überschneiden. Aufgrund dieser Konfliktlage und der zur Freileitung und zur Autobahn einzuhaltenden Sicherheitsabstände kann die vorgeschlagene Fläche erkennbar nur sehr eingeschränkt für die Errichtung von Windenergieanlagen genutzt werden. Ob und in welchem Umfang Windenergieanlagen auf dieser Fläche errichtet werden können, kann nur auf der Grundlage gutachterlicher Bewertungen ermittelt werden, welche die einzelfallbezogene Berücksichtigung der konkreten Anlagenstandorte und der konkreten Parameter der geplanten Windenergieanlagen erfordern. Diese Bewertungen können von der Regionalen Planungsgemeinschaft auf der Ebene der Raumordnungsplanung nicht vorgenommen werden. Es kann daher auch nicht mit ausreichender Sicherheit festgestellt werden, dass die Ansiedlung von Windenergieanlagen auf der vorgeschlagenen Fläche allgemein zulässig ist.</p> <p>Mit Bezug auf die übrigen, im Landschaftsschutzgebiet gelegenen Flächen (3, 5) hält die Regionale Planungsgemeinschaft an ihrer Entscheidung fest, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Unter Berücksichtigung des allgemeinen Planungsziels Nummer 2 sind von dieser Entscheidung nur Flächen ausgenommen, die durch die kommunale Bauleitplanung für die Windenergienutzung vorgesehen sind. Bei einer noch nicht rechtswirksam abgeschlossenen Bauleitplanung muss nach Durchführung der Beteiligungsverfahren ein Beschluss über die Abwägung vorgenommen worden sein.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
		<p>Mit diesen Entscheidungen berücksichtigt die Regionale Planungsgemeinschaft insbesondere den Sachverhalt, dass die regionalen Teilflächenziele auch ohne Inanspruchnahme solcher Flächen erreicht werden können. Die benannten Voraussetzungen sind für die vorgeschlagenen Flächen nicht gegeben.</p> <p>Unabhängig von der vorgenannten grundsätzlichen Entscheidung ist hinsichtlich der von der Landeshauptstadt Potsdam für eine Festlegung als Vorranggebiet vorgeschlagenen Flächen weiter zu berücksichtigen, dass aufgrund der Lage der Flächen innerhalb der Potsdamer Kulturlandschaft und im Wirkungsbereich der Welterbestätten Potsdams eine besonders hohe Konfliktsituation in Bezug auf die Belange des Landschafts- und Denkmalschutzes gegeben ist. Auf der regionalen Ebene kann eine sachgerechte Abwägung mit diesen Belangen angesichts der bestehenden Planungsalternativen nicht zugunsten der Entwicklungsabsichten der Landeshauptstadt ausfallen. Die Entscheidung, die vorgeschlagenen Flächen nicht als Vorranggebiet festzulegen, hindert die Landeshauptstadt Potsdam nicht, eine entsprechende Planung vorzunehmen.</p>
Bezug: Umweltbelange		
7-403	Die Landeshauptstadt Potsdam sieht keinen konkreten Ergänzungsbedarf zum dargelegten Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung und dem Umfang/Gliederungsvorschlag des Umweltberichtes. Wir freuen uns, eventuelle weitere Hinweise im Laufe der nachfolgenden Verfahrensschritte zu geben.	Der Sachverhalt, dass zum Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung und dem Umfang/Gliederungsvorschlag des Umweltberichts kein konkreter Ergänzungsbedarf gesehen wird, wird zur Kenntnis genommen.
TÖB: 12 Amt Brück		
Bezug: allgemeine Hinweise		
12-401	Bezug nehmend auf unser Schreiben vom 30.01.2023 teilen wir Ihnen mit, dass sich die Aufhebung der Verfahren zum Bebauungsplan „Wind“ in den Gemarkungen Oberjünne und Cammer sowie zum sachlichen Teil-Flächennutzungsplan „Wind“ der Gemeinde Planebruch in Aufhebung befinden. Die Aufstellung neuer Verfahren ist in Klärung. Sollten sich Änderungen ergeben, teilen wir Ihnen diese gerne mit.	Der Hinweis wird so verstanden, dass die Planung „Windpark Oberjünne“ aufgehoben bzw. nicht fortgeführt wird. Die Regionale Planungsgemeinschaft verfolgt nicht die Absicht, ein Vorranggebiet auf der betreffenden Fläche festzulegen.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
TÖB: 13 Amt Dahme/Mark		
Bezug: allgemeine Hinweise		
13-401	<p>Bezugnehmend auf das in der Sitzung der Regionalversammlung vom 26.06.2025 beschlossene Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming sind das Amt Dahme/Mark und die amtsangehörigen Gemeinden aufgefordert über diejenigen beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen sowie über deren zeitliche Abwicklung Auskunft zu geben, welche für die beabsichtigte Änderung bedeutsam sein können. Das Amt Dahme/Mark sowie die amtsangehörigen Gemeinden nehmen wie folgt Stellung: Das Änderungsverfahren betrifft die Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts. Der Anlass hierfür ist insbesondere das entsprechende Flächenziel gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz einhalten zu können. Mit dem Änderungsverfahren sollen insbesondere weitere bereits bestehende kommunale Planungen berücksichtigt, und deren Flächen einbezogen werden.</p>	Die Hinweise auf den Anlass der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.
13-404	<p>In der Gemeinde Niederer Fläming sind uns derzeit Vorhabenträger im Bereich Werbig/Sernower Heide bekannt (siehe Flächenkulisse im Anhang), teilweise sind auch Anträge zur Errichtung beim Landesamt für Umwelt eingereicht, über diese wurde bisher aufgrund der diffusen Rechtslage nicht entschieden.</p> <p>Die Gemeinde Niederer Fläming hat diese besagte Fläche im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Niederer Fläming als Repoweringfläche „Sernower Heide“ gemäß 4. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Niederer Fläming ausgewiesen. Sodass eine Errichtung ausschließlich für Repoweringvorhaben im Sinne der Errichtung einer neuen Anlage und dem Rückbau zweier Altanlagen an anderer Stelle im Gemeindegebiet zulässig sein soll.</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die mitgeteilten Vorhaben sind nicht in einem Vorranggebiet für die Windenergienutzung gelegen. Dieser Sachverhalt wurde der verfahrensführenden Stelle von der Regionalen Planungsgemeinschaft mitgeteilt.
13-405	<p>Die Gemeinde Niederer Fläming hat dies mit Beschluss vom 12.05.2025 (GVNF/119/2025) kürzlich nochmals bestätigt und beschlossen die ausgewiesene Repoweringfläche Sernower Heide gemäß 4. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Niederer Fläming ausschließlich für Repowering (Errichtung Neuanlage durch Rückbau Altanlage an anderer Stelle im Gemeindegebiet) im Verhältnis 1:1 zur Verfügung zu stellen, jedoch nur mit der Maßgabe, dass die Flächen dem Flächenziel von 2,2 % der Regionsfläche der Region Havelland-Fläming angerechnet werden.</p>	Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen. Über die Verpflichtung zum Rückbau von Windenergieanlagen an anderer Stelle ist durch die zuständige Genehmigungsbehörde zu entscheiden. Eine mögliche Anrechnung der betreffenden Fläche auf das regionale Teilflächenziel zum 31.12.2032 wird von der Regionalen Planungsgemeinschaft gegenwärtig nicht angestrebt. Eine Festlegung der betreffenden Fläche als Vorranggebiet für die Windenergienutzung wurde aufgrund der Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange nicht vorgenommen und ist auch im Rahmen der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 nicht beabsichtigt.
13-406	<p>Die Sernower Heide ist derzeit nicht im Teilregionalplan Windenergie als Vorranggebiet festgesetzt. Nach unserer Kenntnis hat die Regionale Planungsgemeinschaft auch derzeit nicht den Planungsauftrag am Flächenziel von 2,2 % zu arbeiten. Die Vorhabenträger haben derzeit nicht signalisiert ein Bauleitplanverfahren durchführen zu wollen, um deren Vorhaben planungsrechtlich als zulässig zu erachten zu können. Insofern sich hieraus beabsichtigte Planungen ergeben, setzen wir Sie gern in Kenntnis.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Ob die betreffende Fläche zu einem späteren Zeitpunkt für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht gezogen wird, kann erst nach Abschluss des laufenden Genehmigungsverfahrens geprüft werden.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Bezug: Windgebiete

Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung

13-402	Für das Amt Dahme/Mark, speziell die betroffenen Gemeinden Ihlow, Niederer Fläming und die Stadt Dahme/Mark sind durch die beabsichtigte Erweiterung des VRW 32 „Hohenseefeld-Ihlow“ in einer Größenordnung von etwa 440 Hektar im Bereich Niebendorf-Heinsdorf, Illmersdorf/Rietdorf und Waltersdorf betroffen. Der Ausweisung dieser zusätzlichen Flächen, welche für die Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht gezogen werden, steht nichts entgegen, da es sich bei den Erweiterungsbereichen um Flächen handelt, welche ohnehin mit wirksamen Bebauungsplänen der Windenergie gewidmet sind.	Die Mitteilung, dass gegen die beabsichtigte Festlegung des VRW 32.1 „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ keine Einwände bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
13-403	Für die Ausweisung und somit Anrechnung dieser Flächen spricht außerdem, dass durch das zuständige Landesamt für Umwelt kürzlich Genehmigung zur Errichtung von Anlagen in diesem Bereich erteilt wurden, und die Flächen demnach zeitnah umgesetzt werden. Dies betrifft konkret: - 3 WEA WP Waltersdorf (kürzlich errichtet, aktuell noch nicht in Betrieb) - Bebauungsplan Windpark Illmersdorf/Rietdorf [...] Teilpläne A, B, C, D - 1 WEA - Windpark Illmersdorf/Rietdorf Teilplan A (in Betrieb) - 4 WEA- Windpark Illmersdorf/Rietdorf Teilplan B (in Betrieb) - 10 WEA - Windpark Illmersdorf/Rietdorf Teilplan C/D (genehmigt) Weitere kommunale Planungen oder Maßnahmen sind in den amtsangehörigen Gemeinden Ihlow, Dahmetal und der Stadt Dahme/Mark nicht beabsichtigt, bzw. auch nicht bekannt.	Die mitgeteilten Sachverhalte zur Bauleitplanung und zur Genehmigung von Windenergieanlagen sind bekannt und wurden berücksichtigt.

TÖB: 43 Gemeinde Großbeeren

Bezug: allgemeine Hinweise

43-401	Die Gemeinde Großbeeren unterstützt das Anliegen der regionalen Planungsgemeinschaft, den Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung weiter zu entwickeln und die darin ausgewiesenen Vorranggebiete auch zur Erreichung der Flächenziele des WindBG zu erweitern. Wir bedanken uns für die Möglichkeit, hierzu frühzeitig Anregungen abgeben zu können.	Die Unterstützung der Gemeinde Großbeeren wird zur Kenntnis genommen.
43-402	Die Gemeinde Großbeeren möchte hiermit konkrete Vorschläge zur Erweiterung des Vorranggebiets VRW 44 (Großbeeren/Teltow /Stahnsdorf) ins Verfahren einbringen. Im Rahmen der weiterhin laufenden Aufstellung eines Flächennutzungsplans für das Gemeindegebiet hat die Gemeinde Großbeeren bis 2023 eine eigene Planung zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windkraftanlagen gemäß § 5 Abs 2. Nr. 2b BauGB verfolgt. Die mit einer umfangreichen Planungskonzeption, Begründung und Abwägung auf Basis harter und weicher Kriterien im Umweltbericht des Flächennutzungsplans erarbeitete und nach durchgeführten Beteiligungsverfahren 2015 endabgewogene Gebietskulisse reicht über die im TRP Windenergienutzung 2024 festgesetzte Gebietskulisse hinaus. Diese Abgrenzung hat die Gemeinde Großbeeren der Regionalen Planungsgemeinschaft bereits mit Stellungnahme vom 06. Februar 2023 zur Aufstellung des Teilregionalplans Windenergienutzung vorgeschlagen. Um eine parallele und ggf. widersprüchliche Darstellung von Windkraftvorrang- bzw. Konzentrationsflächen in FNP und Regionalplan zu vermeiden, verzichtet die Gemeinde in der aktuell laufenden Bearbeitung eines FNP-Entwurfs auf die Darstellung einer eigenen Kulisse, sondern übernimmt die Abgrenzung des VRW 44 des Regionalplans nachrichtlich.	Dem Vorschlag zur Erweiterung des VRW 44 kann nicht gefolgt werden. (siehe dazu unter 43-403) Die Hinweise zur Ausarbeitung des Flächennutzungsplans werden zur Kenntnis genommen. Eine Entscheidung der Gemeinde Großbeeren, Flächen außerhalb des VRW 44 als Windenergiegebiet auszuweisen, stünde nicht im Widerspruch zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
43-403	<p>Die Konzentrationsfläche des früheren FNP-Entwurfs wird von der Gemeinde Großbeeren jedoch weiterhin als geeignet für eine Erweiterung des VRW 44 eingestuft und daher zur Prüfung im Rahmen des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 erneut vorgeschlagen. Sie wäre nach der Systematik Ihres Schreibens der Kategorie „weitere Flächen, auf denen nach dem Willen der Belegenheitskommunen die Errichtung von Windenergieanlagen zugelassen werden soll“ zuzuordnen. Die grobe Abgrenzung (rote Linie) der vorgeschlagenen Erweiterung können Sie der folgenden Skizze entnehmen. Eine detaillierte digitale Flächenabgrenzung als GIS-Format werden wir Ihnen möglichst bald zusenden.</p> <p>Zu konkreten Standorten bzw. ggf. erforderlichen Planungsverfahren in diesem potentiellen Erweiterungsgebiet laufen bereits Vorabstimmungen zwischen der Gemeinde Großbeeren, den [Name anonymisiert] GmbH als Eigentümer und den [Name anonymisiert] GmbH als potentiellm Investor und Betreiber ggf. neu zu errichtender Windkraftanlagen.</p>	<p>Der Anregung, das VRW 44 östlich im Gebiet der Gemeinde Großbeeren zu vergrößern, wird nicht gefolgt. Für die Erweiterungsfläche ist eine hohe Konfliktlage in Bezug auf die Planungskriterien B 21 (Abstände zu Freileitungen und Bahnstromleitungen), B 26 (Abstände zu Verkehrswegen) und W 1.1 (Abstände zu Wohngebäuden im Außenbereich) festzustellen. Eine Ansiedlung von Windenergieanlagen auf der vorgeschlagenen Fläche ist nur auf der Grundlage gutachterlicher Bewertungen möglich. Diese Bewertungen erfordern die einzelfallbezogene Berücksichtigung der konkreten Anlagenstandorte und -parameter sowie sicherheitstechnischer Anforderung. Diese Bewertungen können von der Regionalen Planungsgemeinschaft auf der Ebene der Raumordnungsplanung nicht vorgenommen werden. Es kann von der Regionalen Planungsgemeinschaft daher auch nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit festgestellt werden, dass die Ansiedlung von Windenergieanlagen auf der vorgeschlagenen Fläche allgemein zulässig ist. Die erkennbar hohe Konfliktlage erfordert eine standort- und parameterkonkrete Planung, die nur auf der Ebene der Bauleitplanung geleistet werden kann. Die Entscheidung, die vorgeschlagene Fläche nicht als Vorranggebiet festzulegen, hindert die Gemeinde Großbeeren nicht, eine entsprechende Planung vorzunehmen.</p>

TÖB: 52 Gemeinde Kloster Lehnin

Bezug: allgemeine Hinweise

52-401	<p>Die Regionalversammlung hatte am 26.06.2025 durch o.g. Änderungsflächen zusätzliche Flächen als Windvorranggebiete wie folgt auszuweisen:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Windpark Mückendorf gern. Antrag der Belegenheitskommune b) Flächen in wirksamen Flächennutzungs- und Bebauungsplänen c) Flächen mit genehmigten Windkraftanlagen bzw. Flächen bei denen ein positiver Vorbescheid gem.§ 9 BIMSCHG vorliegt d) Flächen, die die Belegenheitskommunen ausdrücklich unterstützen <p>Die Gemeinde Kloster Lehnin unterstützt die geplante Änderung hinsichtlich der Punkt a), b) und d) im Hinblick auf die notwendige Weiterentwicklung des Teilregionalplans bis 2032 ausdrücklich.</p>	<p>Die Unterstützung der Gemeinde Kloster Lehnin wird zur Kenntnis genommen.</p>
--------	---	--

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
52-402	<p>Der Punkt c) wird von der Gemeinde Kloster Lehnin durchaus kritisch gesehen. Kloster Lehnin wäre durch zwei positive Vorbescheide in der Gemarkung Göhlsdorf auch unmittelbar betroffen. Insoweit es sich um Vorbescheide gem. § 9 BImSchG handelt, bei denen sich Vorhabenträger kurz vor Inkrafttreten des Teilregionalplans noch die Privilegierung nach § 35 BauGB für ihre geplanten Windenergieanlagen gesichert haben, um das eigentliche Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und die Entprivilegierung gem. § 249 (2) BauGB zu umgehen, sollten solche juristischen Winkelzüge von der Planungsgemeinschaft nicht belohnt werden. Dies untergräbt die Akzeptanz des Regionalplans und der Planungsprozesse insgesamt, vor allem wenn die Vorbescheide gegen den ausdrücklichen Willen der Belegenheitskommunen erlassen wurden. Weiterhin geht aus dem o.g. Beschluss vom 26.06.2025 nicht hervor, wie die Abgrenzung dieser Gebiete erfolgen soll. Handelt es sich um den unmittelbaren Bereich um die genehmigte Windenergieanlage (WEA) oder soll bei mehreren Anlagen das Gebiet größer gefasst werden?</p>	<p>Die Erteilung des genannten Vorbescheids gem. § 9 BImSchG für zwei WEA in der Gemarkung Göhlsdorf stellt keinen ausreichenden Grund dar, den Bereich dieser Anlagenstandorte für eine Festlegung als zusätzliches Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Durch zwei Windenergieanlagen kann keine Fläche abgebildet werden. Die Abgrenzung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung erfolgt zudem anhand des Planungskonzeptes zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027. Im Bereich der genannten WEA-Standorte begründen insbesondere die Kriterien W04 (Mindestgröße), W03 (besondere Waldfunktionen), B01 (kommunale Planungen) und B30 (Mindestabstand zwischen Vorranggebieten) von einer Festlegung abzusehen.</p>
52-407	<p>Bereits eingeleitete eigene Planungen und Maßnahmen sowie deren zeitliche Abwicklung, die für die Planänderung bedeutsam sein können: BP "Sondergebiet Windenergienutzung im Bereich des zukünftigen* Windvorranggebietes 19 Prützke" ("der Name des Bebauungsplans wird bei einem der nächsten Beschlüsse korrigiert) Die relevanten Beschlüsse der Gemeindevertretung zu dem Verfahren sind beigelegt. Im bestehenden Windpark Grebs / Prützke befinden sich 19 WEA im Bestand, davon 16 mit einem Alter über 20 Jahren, für die aktuell das Repowering vorbereitet wird. Erste Anträge auf Repowering wurden bereits gestellt (2). Es handelt sich gemäß aktuellem Auszug aus dem Marktstammdatenregister um drei verschiedene Windkraftbetreiber. Nach Informationen von Grundstückseigentümern agieren im Gebiet mindestens vier Projektentwickler für WEA zwecks Flächenakquise. Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Erleichterungen zur Förderung des Repowerings und insondere der 5 -H - Regelung ist eine unkontrollierte Ausdehnung des Windparks über die bisherigen Grenzen zu befürchten. Aufgrund jeweiliger Einzelfallprüfung ist eine summarische Betrachtung der Auswirkungen erschwert. Zudem führt Konkurrenz und unterschiedliche Flächenverfügbarkeit zu Behinderungen beim Repowering benachbarter Anlagen bzw. dazu, dass der vorhandene Platz nicht sinnvoll ausgenutzt wird. Dem gegenüber steht der planerische Wille der Gemeinde, die vielen kleinen Anlagen nach Möglichkeit durch weniger und leistungstärkere Anlagen innerhalb des Windvorranggebietes 19 - Prützke zu ersetzen. Weiterhin beschloss die Gemeindevertretung mit dem Aufstellungsbeschluss neue Windkraftstandorte und Zuwegungen im Wald möglichst nicht festzusetzen und Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der Gemeinde vorzusehen. Zur Sicherung der Planung hat die Gemeinde eine Veränderungssperre erlassen und den Geltungsbereich so gefasst, dass alle Altanlagen innerhalb des Geltungsbereichs liegen. An dem Ziel, die Repoweringstandorte innerhalb des Windvorranggebietes 19 zu verorten, hält die Gemeinde jedoch grundsätzlich fest. Das Bebauungsplan-Verfahren steht noch ganz am Anfang. Bisher wurde ein Scoping durchgeführt, um den notwendigen Untersuchungsumfang zu ermitteln. Erforderlich faunistische Untersuchungen bzw. Gutachten zu Schall, Schattenwurf und Eisabfall stehen kurz vor der Auftragsvergabe bzw. sind für die Kartierungs-Saison 2026 geplant. Der Bebauungsplan soll, von seiner Zielausrichtung her, keine weiteren anrechenbaren Flächen für den Teilregionalplan bringen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass aufgrund der Privilegierung der Repoweringvorhaben bis Ende 2030 am Ende doch Repoweringstandorte außerhalb des Windvorranggebietes festzusetzen sind. Eine Berücksichtigung solcher Zusatzflächen könnte dann im Teilregionalplan Windenergienutzung 2032 erfolgen und sollte beim jetzigen Änderungsverfahren noch nicht Gegenstand sein.</p>	<p>Die Hinweise und Überlegungen zum Repowering im Bereich des VRW 19 werden zur Kenntnis genommen. Die Planung steht in Übereinstimmung mit dem festgelegten Vorranggebiet VRW 19. Es besteht nicht die Absicht, Änderungen am VRW 19 vorzunehmen. Die mitgeteilte Planungsabsicht gibt dafür auch keinen Anlass.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
52-408	Altanlagen im Bereich Doberow (Nahmitz/ Netzen): Ferner ist der Gemeinde bekannt, dass im Bereich Netzen/ Nahmitz bestehende Altanlagen verschiedener Alteigentümer von einem neuen Betreiber übernommen wurden, der aktuell das Repowering vorbereitet und zeitnah einen BlmSch-Antrag einreichen will. Aktuell sind 7 Repoweringstandorte mehrheitlich in der Gemarkung Netzen geplant. Hier wurde eine Poolgemeinschaft aller Grundstückseigentümer gebildet, wodurch eine gerechtere Verteilung der Einnahmen aus der Windenergienutzung sichergestellt zu sein scheint. Die Gemeinde steht diesem Poolmodell daher positiv gegenüber. Für den Bereich der Poolgemeinschaft könnte sich die Gemeinde daher zukünftig eventuell die Übernahme als zusätzliches Windvorranggebiet vorstellen, wobei natürlich das Genehmigungsverfahren gem. § 4 BlmSchG abzuwarten wäre. Sinnvoll erscheint daher, für eine Berücksichtigung auf den Teilregionalplan 2032 zu warten.	Die Hinweise und Überlegungen zum Repowering im Bereich Doberow werden zur Kenntnis genommen. Mit der Einschätzung, dass über eine mögliche Festlegung als Vorranggebiet gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden wäre, wird übereingestimmt.
52-409	Windpark Dachsberg: - positive Vorbescheide in der Gemarkung Göhlsdorf Nach juristischer Beratung ist die Gemeindeverwaltung der Auffassung, dass keine Möglichkeiten mehr bestehen, die beiden Anlagen in dem Waldgebiet südlich des Kolpinsees zu verhindern. Gleichwohl gibt es für dieses Projekt keine politischen Mehrheiten in der Gemeindevertretung. Die Zerschneidung des zusammenhängenden Waldgebietes wird weiterhin abgelehnt. Eine Berücksichtigung im Teilregionalplan und eine mögliche Verdichtung des Windparks jetzt oder auch erst 2032 wird daher nicht befürwortet.	Die benannten Vorbescheide geben auch nach Einschätzung der Regionalen Planungsgemeinschaft keinen Anlass, die Festlegung eines Vorranggebiets in Betracht zu ziehen. (siehe auch 52-402)
52-410	Verfahren und Umweltbericht: Die Gemeinde Kloster Lehnin geht davon aus, dass entsprechend dem beschlossenen Prüfauftrag (Flächen a bis d) die gesamte Planungsregion im Rahmen des Änderungsverfahrens untersucht werden soll, und nicht nur einzelne Flächen, bei denen entsprechende Anträge bereits vorliegen.	Die Annahme ist zutreffend. Es werden alle Flächen, welche die Kriterien des Aufstellungsbeschlusses erfüllen, in Betracht gezogen.
Bezug: Umweltbelange		
52-406	Zu Kapitel 11 der Umweltprüfung / Daten- und Informationsquellen wird empfohlen, als Datengrundlage auch das Eingriffs- und Kompensationsflächeninformationssystem EKIS WebGIS des Landesamtes für Umwelt zu verwenden, um Flächenkonflikte frühzeitig zu erkennen.	Der Hinweis wird berücksichtigt.
Bezug: Windgebiete		
<i>Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung</i>		
52-404	Erweiterung Windvorranggebiet 32 „Hohenseefeld / Ihlow“ - wird unterstützt, da innerhalb bestehender rechtskräftiger Bebauungspläne.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
<i>Gebiet: VRW 56 Mückendorf</i>		
52-403	Windpark „Mückendorf“ - wird unterstützt, die Belegenheitskommune wünscht das Projekt ausdrücklich und aufgrund des positiven Vorbescheids und vorliegender Genehmigungen zum Naturschutz/ Artenschutz sind keine grundlegenden Hemmnisse erkennbar.	Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Gebiet: VRW 57 Bensdorf-Herrenhölzer

52-405	Windpark Herrenhölzer: wird unterstützt, solange es sich um abgeschlossene Genehmigungsverfahren nach § 4 BImSchG handelt (keine Vorbescheide)	Die Annahme ist zutreffend. Die Zustimmung wird zur Kenntnis genommen.
--------	--	--

TÖB: 77 Stadt Rathenow

Bezug: allgemeine Hinweise

77-401	<p>Mit Schreiben vom 23.07.2025 beteiligten Sie die Stadt Rathenow über das Änderungsverfahren des sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland - Fläming. Das Änderungsverfahren soll mit der Absicht durchgeführt werden, dass zusätzliche Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgesetzt und zusätzlich auf das regionale Flächenziel gemäß Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) angerechnet werden können. Die zusätzlichen Flächen sollen nach voraussichtlicher Einschätzung wie folgt sein: Windpark Mückendorf (Stadt Baruth/Mark), Windpark Herrenhölzer (Amt Wusterwitz), Erweiterung des Vorranggebiet VRW 32, im Geltungsbereich von rechtskräftigen Bebauungsplänen Windpark Illmersdorf Rietdorf, Teilplan C (Gemeinde Ihlow) Windpark Illmersdorf Rietdorf, Teilplan D (Gemeinde Ihlow) Windpark Niebendorf-Heinsdorf (Stadt Dahme/Mark). Seitens der Stadt Rathenow werden keine Bedenken gegen die zusätzlichen oben genannten Vorranggebiete erhoben.</p>	Die Mitteilung, dass gegen die beabsichtigte zusätzliche Festlegung der benannten Flächen als Vorranggebiet für die Windenergienutzung keine Bedenken bestehen, wird zur Kenntnis genommen.
77-402	<p>In der kommunalen Wärmeplanung, die zurzeit durch das Planungsbüro [Name anonymisiert] im Auftrage der Stadt Rathenow durchgeführt wird, werden neben den Schwerpunkten Wärmenetzausbau, Sanierungsmaßnahmen auch der Zubau von EE-Anlagen beleuchtet. Die Windenergieanlagen sind eine der vielversprechendsten Formen der erneuerbaren Energien und tragen einen großen Teil zur Erreichung der Klimaziele bei. In der lokalen Wärmeplanung spielt die Windenergie eine bedeutende Rolle. Der erzeugte Strom lässt sich zur Wärmeerzeugung nutzen, die dann in ein kommunales Wärmenetz eingespeist werden kann. Die Anbindung von Windenergieanlagen an das Stromnetz oder Wärmenetz ist eine wesentliche Voraussetzung für die effektive Nutzung der erzeugten Energie. Die Kommunen der Planungsregion Havelland-Fläming können im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung neben den bereits im sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung“ identifizierten Vorranggebiete für Windenergienutzung weiter Windenergiegebiete festsetzen. Aus diesem Grund sind bereits in der kommunalen Wärmeplanung Potenzialflächen für Windenergie ermittelt worden, die durch einen sachlichen Teilflächennutzungsplan "Erneuerbarer Energien" vertiefter betrachtet und konkretisiert werden sollen. Unter Ausschluss der Freiraumverbundflächen und anderer Ausschlusskriterien wurden im Stadtgebiet Rathenow sieben Flächen über 16 ha (insgesamt 220 ha) identifiziert, die sich für die Errichtung von Windenergieanlagen eignen würden. Wir bitten Sie die Planungen der Stadt Rathenow im Zuge der Bauleitplanungen positiv zu begleiten und ggf. den Teilregionalplan Windenergie 2027 der Region Havelland-Fläming anzupassen.</p>	<p>Der Anregung, ausgewählte Flächen im Stadtgebiet Rathenow für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen, kann nicht gefolgt werden. Soweit erkennbar befinden sich alle von der Stadt für eine Ausweisung als Windenergiegebiet in Betracht gezogenen Flächen im Landschaftsschutzgebiet „Westhavelland“.</p> <p>Es wird Folgendes festgestellt: Die Regionale Planungsgemeinschaft hält an ihrer Entscheidung fest, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Die Planungsabsichten der Stadt Rathenow sind noch nicht so weit konkretisiert, dass Flächen unter Berücksichtigung des allgemeinen Planungsziels Nummer 2 für eine Festlegung als Vorranggebiete im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 in Betracht gezogen werden können.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

TÖB: 83 Gemeinde Schwielowsee

Bezug: allgemeine Hinweise

83-401 In diesem Kontext strebt die Gemeinde Schwielowsee eine Vergrößerung des Vorranggebietes für die Windenergienutzung VRW 05 (Ferch) an, um die Planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von 3 weiteren WEA zu schaffen. Entsprechend der beigefügten Maßnahmenkarte handelt es sich um die WEA 14, 21 und 22 im Windpark Dachsberg. Für die WEA 14 wird die Antragstellung entsprechend dem BImSchG momentan initiiert Für die WEA 21 und 22 wird eine perspektivische Antragstellung vorbereitet - eine Anpassung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Schwielowsee für Flächen für Windkraft wird für diese beiden WEA ebenfalls angestrebt.

Der Anregung, das VRW 05 zu vergrößern, kann in Übereinstimmung mit dem regionalen Planungskonzept nicht gefolgt werden. Begründung: Der vorgeschlagene Anlagenstandort Nr. 22 kommt aufgrund des Planungskriteriums W 03 (Wald mit besonderen Waldfunktionen) allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht.

Der Standort Nr. 21 befindet sich in einem zentralen Prüfbereich nach § 45b Absatz 3 BNatSchG (B 02) und in unmittelbarer Nähe zu einer 380-kV-Freileitung. Die Ansiedlung einer Windenergieanlage an diesem Standort ist nur auf der Grundlage gutachterlicher Bewertungen möglich. Diese Bewertungen erfordern die einzelfallbezogene Berücksichtigung des konkreten Anlagenstandorts und der konkreten Parameter der geplanten Windenergieanlage sowie sicherheitstechnischer Anforderungen und können daher von der Regionalen Planungsgemeinschaft auf der Ebene der Raumordnungsplanung nicht vorgenommen werden. Es kann von der Regionalen Planungsgemeinschaft daher auch nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit festgestellt werden, dass die Ansiedlung einer Windenergieanlage an diesem Standort zulässig ist.

Der Standort Nr. 14 befindet sich etwa 320 m von der nordöstlichen Vorranggebietsgrenze entfernt. Der zwischen dem Anlagenstandort und der Vorranggebietsgrenze gelegene Wald erfüllt eine besondere Waldfunktion nach Kriterium W 03 und kann daher nicht als Vorranggebiet festgelegt werden. Auch dieser Anlagenstandort kann daher nicht in das VRW 04 Ferch einbezogen werden.

Die Errichtung von Windenergieanlagen an den vorgeschlagenen Standorten kann durch eine Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Schwielowsee bauplanungsrechtlich ermöglicht werden.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
TÖB: 93 Gemeinde Wiesenaue		
Bezug: allgemeine Hinweise		
93-401	Die Gemeinde Wiesenaue hat in der Sitzung vom 27.01.2025 beschlossen, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan, zur Errichtung eines Windparks, in der Gemarkung Vietznitz und Warsow, aufzustellen. Der Aufstellungsbeschluss hat die Beschluss-Nr.:0003/25.	Dem Aufstellungsbeschluss kann entnommen werden, dass sich das betreffende Plangebiet im Landschaftsschutzgebiet „Westhavelland“ befindet. Es wird Folgendes festgestellt: Die Regionale Planungsgemeinschaft hält an ihrer Entscheidung fest, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Die Planungsabsicht der Gemeinde Wiesenaue ist noch nicht so weit vorangeschritten, dass die benannte Fläche unter Berücksichtigung des allgemeinen Planungsziels Nummer 2 für eine Festlegung als Vorranggebiet im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 in Betracht gezogen werden kann.
TÖB: 101 Landkreis Elbe-Elster		
Bezug: allgemeine Hinweise		
101-402	Die untere Naturschutzbehörde (AZ:63-30954-25-139, Bearbeiterin: [anonymisiert]) gibt folgende Stellungnahme ab: Das Windeignungsgebiet „VRW 15 (Havelland -Fläming)“ in der Nähe von Welsickendorf schließt unmittelbar an die nordwestliche Landkreisgrenze Elbe-Elster an und liegt in unmittelbarer Nähe zu den Windeignungsgebieten im Entwurf des Teilregionalplans Wind Spreewald-Lausitz „VR-WEN -18 (Elbe Elster)“ und „VR-WEN-16 (Elbe -Elster)“ (Siehe Abbildung 1 und 2). Im VR-WEN-18 sind schon 8 im Betrieb. Diese 8 Anlagen werden durch zusätzliche 6 Anlagen im Norden auf sächsischem Gebiet ergänzt. Der Brandenburger Teil mit 8 Anlagen weist eine hohe Schlagopferzahl an Vögeln auf. Die Vogelschutzwarte Buckow gibt folgende Schlagopfer an: [Tabelle: Auflistung Schlagopfer nach Art, Ort] Schlagopferangaben von den 6 Anlagen im Sächsischen Teil liegen der UNB nicht vor, sind aber anzunehmen. Das Windeignungsgebiet im Entwurf des Teilregionalplans Wind Spreewald-Lausitz „VR-WEN-16 (Elbe-Elster)“ wurde in der Stellungnahme der UNB vom ebenfalls kritisch hinsichtlich des Tötungsverbotes für Vögel und Fledermäuse gesehen. Wie in Abbildung 3 deutlich zu erkennen ist, würde durch das geplante Windeignungsgebiet „VRW 15 (Havelland - Fläming)“ im Zusammenhang mit den „VR-WEN-18 (Elbe Elster)“ und „VR-WEN-16 (Elbe-Elster)“ ein gigantischer Windpark in einem Gebiet mit nachweislich hohen Schlagopferzahlen entstehen. Aus diesem Grund wird das geplante Windeignungsgebiet „VRW 15 (Havelland-Fläming)“ seitens der uNB Elbe -Elster abgelehnt.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das rechtswirksam festgelegte VRW 15 ist nicht Gegenstand des Änderungsverfahrens. Die übrigen Hinweise betreffen Planungen benachbarter Regionen.
101-403	Die untere Wasserbehörde (Bearbeiterin: [Anonymisiert]) gibt den Hinweis: Das Plangebiet VRW 15 südlich von Welsickendorf grenzt an den Landkreis Elbe-Elster. Flächen im Landkreis sind nicht im Plan enthalten. Das Plangebiet VRW 15 liegt allerdings im Einzugsgebiet des Wasserwerkes Stolzenhain (siehe Bild): Es wird vorgeschlagen, den Herzberger Wasser- und Abwasserzweckverband (HWAZ) zu beteiligen, falls noch nicht geschehen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das rechtswirksam festgelegte VRW 15 ist nicht Gegenstand des Änderungsverfahrens.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
101-404	Die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (Bearbeiter: [anonymisiert]) nimmt das Vorhaben ohne weitere Hinweise und Ergänzungen zur Kenntnis. Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Sie ersetzt weder erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen noch privatrechtliche Zustimmungen und Vereinbarungen.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde keine Sachverhalte mitgeteilt hat.

Bezug: Windgebiete

Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung

101-401	Die untere Bauaufsichtsbehörde (Bearbeiter:[Anonymisiert]) gibt folgende Stellungnahme ab: Zur Planung werden grundsätzlich keine Einwände vorgetragen. Die Beteiligung der Stadt Schönewalde sowie des Amtes Schlieben (bestehend aus den Gemeinden Fichtwald, Hohenbucko, Kremitzau, Lebusa und der Stadt Schlieben) im Landkreis Elbe-Elster, als direkt an den Planungsraum angrenzende Gebietskörperschaften und Träger der Planungshoheit für die vorbereitende Bauleitplanung, wird vorausgesetzt. Die Erweiterung der Vorrangfläche VRW 32 stellt die aus Sicht des Landkreises Elbe-Elster nächstgelegene Gebietskulisse der Änderungsplanung dar. Die Entwicklung des Militärflugplatzes Holzdorf (u.a. Erhöhung der Flugbewegungen im Zuge der luftfahrtrechtlichen Änderungsgenehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 4 Satz 2 LuftVG mit Anpassung der Flugrouten) und die ggf. kumulierende Wirkung der Flächenausweisung des sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung“ der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz Spreewald (u.a. Vorranggebiet in Schönewalde OT Stolzenhain) sind zu beachten. Der Unteren Bauaufsichtsbehörde sind keine weiteren Planungen und Maßnahmen bekannt, die für die Planaufstellung zunächst bedeutsam sein könnten. Die Planinhalte der Regionalplans Havelland-Fläming sind im erforderlichen Umfang auf die bestehenden Planwerke im Hoheitsgebiet des Landkreises Elbe Elster abzustimmen. Die Gültigkeit von weiteren Rechtsvorschriften bleibt von dieser Stellungnahme unberührt. Die Stellungnahme verliert ihre Gültigkeit mit der wesentlichen Änderung der ihr zugrundeliegenden Beurteilungsgrundlagen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Den benannten Gebietskörperschaften wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Hinsichtlich der „Entwicklung des Militärflugplatzes Holzdorf“ wird festgestellt, dass zukünftige Veränderungen nicht berücksichtigt werden können. Die Entscheidungen der Regionalen Planungsgemeinschaft erfolgen unter Berücksichtigung der Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt der Entscheidung. Die Fläche des VRW 32.1 „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ ist überwiegend mit Windenergieanlagen bebaut. Zuletzt wurde die Errichtung von zehn Windenergieanlagen am 24.06.2025 genehmigt. Eine „kumulierende Wirkung“ mit Windenergiegebieten, die in anderen Regionen für eine Festlegung vorgesehen sind, wäre gegebenenfalls im Rahmen dieser noch nicht abgeschlossenen Planungsverfahren zu berücksichtigen.
---------	--	---

TÖB: 140 Deutsche Bahn AG DB Immobilien Region Ost

Bezug: allgemeine Hinweise

140-401	Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG / DB Station & Service AG) bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der Träger öffentlicher Belange zum o. g. Verfahren. Innerhalb des Plangebietes verlaufen die folgenden Bahnstrecken: Strecke Nr. 6135 Bln-Südkreuz - Elsterwerda, ca. Bahn-km 45,600 - 47,700 Strecke Nr. 6135 Bln Südkreuz - Elsterwerda, ca. Bahn-km 67,700 - 70,100 Strecke Nr. 6110 Potsd Griebnitzsee - Eilsleben, ca. Bahn-km 80,000 - 81,700 Das Verfahren betrifft die drei Änderungsbereiche Windpark Mückendorf, Windpark Herrenhölzer und Erweiterung VRW 32. Alle Änderungsbereiche weisen eine Entfernung von mindestens 200 m zur Bahnstrecke/Bahnstromleitung auf.	Die Betroffenheit der benannten Streckenabschnitte wird zur Kenntnis genommen und in 140-402 sowie 140-403 berücksichtigt.
---------	---	--

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
140-402	<p>Aus Sicht der o. g. Konzernunternehmen sind folgende Auflagen, Bedingungen und Hinweise zu beachten:</p> <p>Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden. Die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen (insbesondere Bahndamm, Kabel- und Leitungsanlagen, Signale, Oberleitungsmasten, Gleise etc.) sind stets zu gewährleisten. Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG). Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor den Gefahren des Eisabwurfs und für den Ausschluss von Störpotentialen, dem sog. Stroboskopeffekt, dringend geschützt werden.</p> <p>Um dies zu gewährleisten, müssen WEA gemäß EiTB Teil A Kapitel A 1 lfd. Nr. 1.2.8.7 i.V.m. Anlage A 1.2.8/6 einen Abstand von größer 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) Abstand zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen.</p> <p>Für Freileitungen aller Spannungsebenen, z.B. 110 kV-Bahnstromleitungen / 15 kV Speiseleitungen etc., gelten die Abstandsregelungen in DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210- 3):2011-01.</p>	<p>Die Hinweise auf die Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen sowie die daraus abgeleiteten Forderungen zu Mindestabständen zu Bahnbetriebsanlagen werden im Rahmen der Gebietsbezogenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen berücksichtigt.</p>
140-403	<p>Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von dem Bauherrn auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen. In unmittelbarer Nähe unserer elektrifizierten Bahnstrecke oder Bahnstromleitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Es obliegt dem Bauherrn, für entsprechende Schutzvorkehrungen zu sorgen. Ansprüche gegen die Deutsche Bahn AG aus dem gewöhnlichen Betrieb der Eisenbahn in seiner jeweiligen Form sind seitens des Antragstellers, Bauherrn, Grundstückseigentümers oder sonstiger Nutzungsberechtigter ausgeschlossen. Insbesondere sind Immissionen wie Erschütterung, Lärm, elektromagnetische Beeinflussungen, Funkenflug und dergleichen, die von Bahnanlagen, dem gewöhnlichen Bahnbetrieb und der Erhaltung der Bahnanlagen ausgehen, entschädigungslos hinzunehmen.</p> <p>Schlussbemerkungen: Wir bitten Sie uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>Die Hinweise zu Emissionen durch den Eisenbahnbetrieb werden zur Kenntnis genommen. Sie betreffen nicht die Maßstabsebene des Regionalplans und sind ggf. in nachgelagerten Planverfahren von Bedeutung.</p>
TÖB: 153 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3		
Bezug: allgemeine Hinweise		
153-401	<p>Mit Schreiben vom 23.07.2025 baten Sie um Mitteilung von Planungen und Maßnahmen bzw. Auskünfte der Bundeswehr, welche für die Planänderung zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland- Fläming bedeutsam sein können. Unter Berücksichtigung der aktuellen Rechts- und Sachlage nehme ich wie folgt Stellung: Bei zwei als Vorranggebiet für Windenergienutzung in Betracht gezogenen zusätzlichen Flächen gern. Anlage 1 zu Ihrem Schreiben vom 23.07.2025 werden Belange der Bundeswehr berührt. Betroffen ist der Zuständigkeitsbereich des militärischen Flugplatzes einschließlich des Luftverkehrs des Militärflugplatzes Holzdorf, der Verlauf eines Tiefflugkorridors für Strahlflugzeuge (ED-R 1501), das Interessengebiet der Luftverteidigungsradaranlage (LVR-Anlage) Holzdorf sowie das Interessengebiet der militärischen Funkdienststelle Schönewalde.</p>	<p>Die allgemeinen Hinweise auf die Betroffenheit der Bundeswehr werden zur Kenntnis genommen.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Bezug: Windgebiete

Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung

153-402	<p>Die Fläche VRW 32 Hohenseefeld-Ihlow sowie die Fläche des geplanten Windparks Mückendorf befinden sich im Interessengebiet der LVR-Anlage Holzdorf. Insofern Windenergieanlagen (WEA) aufgrund ihrer Bauhöhe in den Erfassungsbereich der LVR-Anlage hineinragen, ist eine Einzelfallprüfung erforderlich, um zu klären, ob ggf. eine Beeinträchtigung der Funktion der LVR-Anlage vorliegt.</p> <p>Die Fläche VRW 32 Hohenseefeld-Ihlow einschließlich der geplanten Erweiterung liegt darüber hinaus im Zuständigkeitsbereich des Militärflugplatzes Holzdorf, im Verlauf eines Tiefflugkorridors für Strahlflugzeuge (ED-R 150) sowie im Interessengebiet einer militärischen Funkdienststelle.</p> <p>Zur Abklärung der Sicherheit des Flugbetriebes und der Flugsicherheit bezüglich des Militärflugplatzes Holzdorf ist eine abschließende Bewertung ebenfalls erst im Einzelfall möglich. Aufgrund der aktuell gängigen Bauhöhen für WEA von bis zu 250 m ist mit Restriktionen zu rechnen. Innerhalb einer Tiefflugstrecke für Strahlflugzeuge (ED-R 150) ist bei Bauhöhen über 213 m über Grund ebenfalls eine Einzelfallprüfung im späteren Genehmigungsverfahren erforderlich. Belange, welche die militärische Luftfahrt betreffen, können besonders bei Windeignungs-/Windvorranggebieten zu Konfliktpotenzial führen. Weiterhin befindet sich die Fläche VRW 32 Hohenseefeld-Ihlow im Interessengebiet einer militärischen Funkdienststelle, wobei es durch die zu errichtenden Windenergieanlagen zu Störungen in der Funktion kommen kann. Abschließende Prüfungen der benannten Belange der Bundeswehr sind in der Regel erst nach Vorlage konkreter Daten wie Standortkoordinaten, WEA-Typ bzw. Bauwerk, Bauhöhe über Grund und Geländehöhe u. Ä. möglich.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine standort- und parameterbezogene Bewertung der benannten Belange im Einzelfall erforderlich ist. Die benannten Belange werden in der Planbegründung benannt. Es wird weiter davon ausgegangen, dass eine Berücksichtigung im Rahmen der Bauleit- und Genehmigungsplanung erfolgt bzw. erfolgt ist. Ausweislich der vom Landesamt für Umwelt bereits getroffenen Genehmigungsentscheidungen wird festgestellt, dass die Nutzung der Windenergie im VRW 32.1 im Einklang mit diesen Belangen möglich ist.</p>
---------	---	--

Gebiet: VRW 56 Mückendorf

153-404	<p>[Erneute Exerpierung um die Zuordnung zum VRW 56 herauszustellen:]</p> <p>Die Fläche VRW 32 Hohenseefeld-Ihlow sowie die Fläche des geplanten Windparks Mückendorf befinden sich im Interessengebiet der LVR-Anlage Holzdorf. Insofern Windenergieanlagen (WEA) aufgrund ihrer Bauhöhe in den Erfassungsbereich der LVR-Anlage hineinragen, ist eine Einzelfallprüfung erforderlich, um zu klären, ob ggf. eine Beeinträchtigung der Funktion der LVR-Anlage vorliegt.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine standort- und parameterbezogene Bewertung der benannten Belange im Einzelfall erforderlich ist. Die benannten Belange werden in der Planbegründung benannt. Es wird weiter davon ausgegangen, dass eine Berücksichtigung im Rahmen der Bauleit- und Genehmigungsplanung erfolgen kann und dass die Nutzung der Windenergie im VRW 56 im Einklang mit diesen Belangen möglich ist.</p>
---------	---	---

Gebiet: VRW 57 Bensdorf-Herrenhölzer

153-403	<p>Bei der geplanten Fläche des Windparks Herrenhölzer stehen aktuell keine Belange der Bundeswehr entgegen. Insofern über die vorgenannten zusätzlichen Flächen weitere Vorranggebiete für Windenergienutzung in der Region Havelland-Fläming festgelegt werden, bitte ich um erneute Beteiligung. Die Bundeswehr behält sich vor, im Rahmen jeglicher sich anschließender Beteiligungsverfahren zu gegebener Zeit, wenn nötig, Einwendungen geltend zu machen. Ich bitte Sie, mich im weiteren Verfahren unter Angabe des Aktenzeichens VII-1371-25-ROG zu beteiligen.</p>	<p>Die Unbetroffenheit der Bundeswehr im Bereich des VRW 57 wird zur Kenntnis genommen. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist vorgesehen.</p>
---------	--	---

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

TÖB: 164 Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg

Bezug: allgemeine Hinweise

164-401 Als Grundlage dieser Stellungnahme dient die Stellungnahme des LBGR aus dem letzten Beteiligungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027. Aus Sicht des LBGR besteht die Forderung, keinerlei Gebiete in die Festlegungen für Windenergienutzung (Flächenvorschläge für Vorranggebiete Windenergienutzung) einzubeziehen, für die im Rahmen der Zuarbeit des LBGR an die Planungsgemeinschaft Vorschläge für Rohstoffvorranggebiete und Rohstoffvorbehaltsgebiete eingebracht worden sind. Sollten Flächen, für die das LBGR Rohstoffpotenzialflächen ausgewiesen hat, von der Aufstellung des sachlichen Teilregionalplans „Windenergienutzung“ betroffen sein, wird vor Festschreibung um flächenkonkrete Rücksprache mit dem LBGR gebeten.
Die Stellungnahme des LBGR mit den Flächenkonturen für Vorranggebiete Rohstoffgewinnung und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung liegt der Regionalen Planungsgemeinschaft bereits vor.
Die Flächenkonturen für die Rohstoffpotenzialflächen wurden der Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ebenfalls durch das LBGR zugearbeitet. Es ist zu prüfen, ob die drei Änderungsvorschläge sich außerhalb dieser Flächen befinden. Auf allen drei Flächenvorschlägen für die Planänderung befinden sich bisher keine Windenergieanlagen.

Der Sachverhalt wurde geprüft. Die Änderungsbereiche befinden sich außerhalb der vom LBGR mitgeteilten Rohstoffpotentialflächen.

Bezug: Windgebiete

Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung

164-404 Flächenvorschlag des VRW 32 (um ca. 40 ha)
Das angezeigte Änderungsgebiet zu VR WEN 32 Hohenseefeld/Ihlow befindet sich vollständig im Feld der Erlaubnis „Elster-Dahme (11-1593)“. Das Erlaubnisfeldes „Elster-Dahme (11-1593)“ ist im Anlagengenehmigungsverfahren für WEA gesondert zu berücksichtigen und bei Flächeninanspruchnahme ist das LBGR zu beteiligen. Unter Beachtung der Hinweise bestehen aus Sicht des LBGR zum Flächenvorschlag des VRW 32 (um ca. 40 ha) keine Einwände.
Für Rückfragen oder weitergehende Auskünfte und die evtl. erforderliche Bereitstellung des Kartenmaterials zu den o. g. bergbaurechtlichen Belangen sowie Belange der Rohstoffsicherung/ Rohstoffgewinnung steht Ihnen das LBGR gern zur Verfügung. Informationen zur Geologie und zum Bergbau können außerdem über den Webservice LBGR (<https://geo.brandenburg.de>) abgefragt werden.

Die Hinweise zur Lage des Vorranggebietes im Erlaubnisfeld "Elster-Dahme (11-1593)" werden berücksichtigt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sonst keine Einwände bestehen. In dem etwa 2400 Quadratkilometer großen Erlaubnisfeld "Elster-Dahme (11-1593)" sind bereits hunderte Windenergieanlagen in Betrieb. Es kann also davon ausgegangen werden dass die Nutzung der Windenergie im Einklang mit den Belangen der Aufsuchung von Bodenschätzen möglich ist. Das LBGR wird am weiteren Verfahren beteiligt.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
Gebiet: VRW 56 Mückendorf		
164-402	<p>Flächenvorschlag Windpark „Mückendorf“ (ca. 440 ha) Das angezeigten Änderungsgebiet befinden sich teilweise im Feld der Erlaubnis „ElsterDahme (11-1593)“, welches die Inhaberin der Bergbauberechtigung zur Aufsuchung der im Feld vermuteten Bodenschätze (Kupfer, Blei, Zink, Silber, Gold, Zinn, Wolfram, Molybdän, Vanadium, Kobalt, Nickel, Lithium, Stein- und Kalisalze nebst den mit diesen Salzen in der gleichen Lagerstätte auftretenden Salzen) berechtigt. Die Erlaubnis zur Aufsuchung zu gewerblichen Zwecken wurde am 30.07.2024 von der Bergverwaltung erteilt und ist aktuell bis zum 30.07.2029 befristet. Die Möglichkeit einer Verlängerung ist auf der Grundlage von§ 16 Abs. 4 BBergG gegeben. Eine Aufsuchungserlaubnis wird durch Artikel 14 GG als eigentumsrechtliche Position geschützt. Die bergbaulichen Interessen sind somit bei behördlichen Entscheidungen und dem Erlass von Regelungen, die die bergbaulichen Tätigkeiten ausschließen oder einschränken, im Rahmen einer Abwägung zu berücksichtigen. Die aktuelle Inhaberin der v. g. Erlaubnis ist die Anglo American Exploration Germany GmbH Alfred-Herrhausen-Allee 3-5 65760 Eschborn Das Erlaubnisfeld „Elster-Dahme (11-1593)“ ist im Anlagengenehmigungsverfahren für WEA gesondert zu berücksichtigen. Bei direkter Flächeninanspruchnahme ist das LBGR zu beteiligen. Unter Beachtung der Hinweise bestehen aus Sicht des LBGR zum Flächenvorschlag Windpark „Mückendorf“ (ca. 440 ha) keine Einwände.</p>	<p>Die Hinweise zur Lage des Vorranggebietes im Erlaubnisfeld "Elster-Dahme (11-1593)" werden berücksichtigt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sonst keine Einwände bestehen. In dem etwa 2400 Quadratkilometer großen Erlaubnisfeld "Elster-Dahme (11-1593)" sind bereits hunderte Windenergieanlagen in Betrieb. Es kann also davon ausgegangen werden dass die Nutzung der Windenergie im Einklang mit den Belangen der Aufsuchung von Bodenschätzen möglich ist.</p>
Gebiet: VRW 57 Bensdorf-Herrenhölzer		
164-403	<p>Flächenvorschlag „Herrenhölzer“ (ca. 230 ha) Aus Sicht des LBGR bestehen zum Flächenvorschlag „Herrenhölzer“ keine Einwände.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass zum VRW 57 seitens des LBGR keine Einwände bestehen.</p>
TÖB: 170 Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg		
Bezug: allgemeine Hinweise		
170-401	<p>Mit Schreiben vom 23. Juli 2025 unterrichten Sie uns über die Durchführung eines Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung 2027“ (TRP) und bitten um Hinweise nach§ 9 Absatz 1 ROG zu bereits eingeleiteten Planungen und Maßnahmen, die für die Änderung des TRP bedeutsam sein können. Wir können Ihnen dazu mitteilen, dass das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung keine Hinweise zur Durchführung sowie zu berührten Planungen und Maßnahmen zum o.g. Änderungsverfahren hat.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg keine Hinweise zur Durchführung sowie zu berührten Planungen und Maßnahmen im Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 hat.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

TÖB: 171 Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg

Bezug: allgemeine Hinweise

171-401	<p>Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen zum Änderungsverfahren des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming (Stand: 23.07.2025), wird von Seiten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LUBB) mit Bezug auf § 31 Abs. 2 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) wie folgt Stellung genommen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Planungsregion befindet sich im Zuständigkeitsbereich der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg. 2. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftverkehrsrechtlicher Sicht durch die Festlegung weiterer Vorranggebiete für die Windenergienutzung berührt, da Windenergieanlagen Luftfahrthindernisse im Sinne des §§ 14 ff. LuftVG darstellen. 3. Anlagenschutzbereiche von Flugsicherungseinrichtungen gemäß § 18a LuftVG stehen den Änderungsflächen nicht entgegen. 4. Gegen die Änderungsbereiche für die zusätzliche Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung bestehen keine Bedenken. <p>Begründung: Die Landkreise Havelland und Fläming befinden sich im Bundesland Brandenburg. Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg Bauschutzbereiche (§§ 12 ff. LuftVG) oder Hindernisfreiflächen (lt. Richtlinien) genehmigter Landeplätze im Land Brandenburg werden durch die zusätzlichen Flächen nicht beeinträchtigt. Windenergieanlagen stellen Luftfahrthindernisse gemäß § 14 LuftVG dar, und bedürfen der Zustimmung der Luftfahrtbehörden innerhalb des Genehmigungsverfahrens zur Errichtung. Gleiches gilt sinngemäß für Bäume, Freileitungen, Masten, Dämme sowie für andere Anlagen und Geräte. Die Landesluftfahrtbehörde ist daher im weiteren Verfahren zu beteiligen. Die Änderungsflächen befinden sich außerhalb ziviler Flugsicherungseinrichtungen (vgl. § 18a LuftVG). Insgesamt bestehen daher keine Bedenken gegen das Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming (Stand: 23.07.2025).</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Bedenken gegen das Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming (Stand: 23.07.2025) bestehen.</p>
171-402	<p>Hinweise: 1. Sollten die geplanten Inhalte/Gebiete des o. g. Planungsvorhabens geändert werden, wird darum gebeten, die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Für die Errichtung von Windkraftanlagen, die eine Höhe von 100 m über Grund überschreiten, ist die luftrechtliche Zustimmung gemäß § 14 Abs. 1 LuftVG in jedem Falle zwingend erforderlich. Der zuständigen Luftfahrtbehörde sind die Planunterlagen im Rahmen der Genehmigungsverfahren für alle Windkraftanlagen vorzulegen. 3. Die Kennzeichnung von Windkraftanlagen (Tages-, Nacht- und bedarfsgesteuert) richtet sich nach der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen -(AVV LFH)“ in der jeweils gültigen Fassung (BAnzA T 30.04.2020 84; zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 15. Dezember 2023 (BAnz AT 28.12.2023 84)). 4. Die Zustimmungs- und Genehmigungspflicht erstreckt sich auch auf temporäre Hindernisse, die eine Maximalhöhe von 100 m über Grund überschreiten. Der Einsatz von Kränen oder ähnlichen Baugeräten, sind dementsprechend bei der Luftfahrtbehörde rechtzeitig (mind. 14 Tage vorher) vor Errichtung zur Prüfung und Genehmigung einzureichen. 5. Zur Abklärung militärischer Belange wenden Sie sich ggfs. an das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBW), Postfach 2963, 53019 Bonn. 6. Weitere Informationen über die Lage und Hindernisfreiflächen zu einzelnen Landeplätzen finden Sie unter: .. https://lubb.berlin-brandenburg.de/aufgaben/flugplaetze-berlin-brandenburg". 	<p>Soweit Änderungen vorgenommen werden, durch welche die Belange der oberen Luftfahrtbehörde erstmalig oder in stärkerem Maße berührt sein können, wird erneut Gelegenheit zu Stellungnahme gegeben.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

TÖB: 172 Landesbetrieb Forst Brandenburg

Bezug: allgemeine Hinweise

172-401	<p>Hiermit übersende ich Ihnen die Stellungnahme des Landesbetriebes Forst Brandenburg (LFB) als untere Forstbehörde zum o. g. Verfahren. Diese Stellungnahme berücksichtigt keine fiskalischen Belange des LFB, sofern er als wirtschaftlicher Eigentümer der Flächen auftritt. Zur Einordnung der forstbehördlich durch den LFB erfassten Waldfunktionen in die vorliegende bzw. die hier zu erstellende raumordnerische Planung gebe ich Ihnen folgende Hinweise: Auf Basis der aktuellen Waldfunktionenkartierung bestehen im raumordnerischen Planungsverfahren für zu planende / zu errichtende WKA Versagungsgründe bezüglich einer, im späteren BlmSchG-Verfahren zu erteilenden Waldumwandlung. Eine Umwandlung des Waldes in eine andere Nutzungsart kann auf Grund der, im Einzelfall zu erfüllenden Waldfunktion nicht kompensierbar sein. Die Genehmigung einer Waldumwandlung auf konkret diesen Flächen ist aus forstfachlicher Sicht ausgeschlossen bzw. eingeschränkt.</p> <p>Dies gilt laut Erlass des MLUK vom 25.10.2023 incl. seiner 1. Änderung vom 21.08.2024 für Waldflächen, auf denen nachfolgende, a.) nicht kompensierbare Waldfunktionen bzw. b.) Waldfunktionen bei welchen eine einzelfallbezogene Abwägung erforderlich wird, kartiert sind (siehe nachfolgende Tabelle):</p> <p>[Tabelle, die Waldfunktionen der Möglichkeit der Waldumwandlung nach § 8 LWaldG zuordnet]</p> <p>In einem zukünftigen Windvorranggebiet werden tatsächlich später nur wenige Hektar für die eigentliche Windenergienutzung in Anspruch genommen (z.B. Standorte der WEA). Es ist daher im, sich anschließenden BlmSchG-Verfahren möglich, durch die Waldfunktionenkartierung identifizierte, besonders sensible Waldstandorte von der Bebauung mit WEA auszunehmen, ohne das Windvorranggebiet an sich in Frage zu stellen. Sofern Waldflächen, mit den in der o.g. Tabelle aufgeführten Waldfunktionen, dennoch eine Überplanung mit einem Windvorranggebiet erfahren, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass im nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für die beantragten Windkraftanlagen seitens der unteren Forstbehörde generell (siehe Tabelle = "Ablehnung") oder im Einzelfall (siehe Tabelle = "Einzelfallbezogene Abwägung") keine Zustimmung zur Waldumwandlung erteilt werden wird.</p>	<p>Die Hinweise zur Waldfunktionenkartierung und Möglichkeiten der Waldumwandlung werden zur Kenntnis genommen. Waldgebiete mit nicht kompensierbaren Waldfunktionen nach Waldfunktionenkartierung mit einer Mindestgröße von 5 Hektar werden allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht gezogen. Kleinere Waldflächen können im standortspezifischen Planungsverfahren berücksichtigt werden. Die Information, auf welchen Waldflächen eine Waldumwandlung generell unzulässig ist, wird zur Kenntnis genommen.</p>
172-407	<p>Forstrechtliche Stellungnahme Bereich Landkreis Havelland (Zuständigkeit des Forstamtes (FoA) Havelland):</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen teile ich Ihnen mit, dass der Zuständigkeitsbereich vom FoA Havelland für die Erweiterung der Vorranggebiete Windenergie nicht betroffen ist.</p> <p>Hinweise: 1. Es wird vorsorglich auf die Zweckbindungsfrist der forstlichen Förderung „Waldumbau“ und die ggf. fällige, verzinsten Rückzahlung von Fördermitteln bei Genehmigung einer Waldumwandlung nach § 8 LWaldG auf besagten, geförderten Waldumbauflächen verwiesen.</p>	<p>Die Mitteilung, dass das Forstamt Havelland nicht betroffen ist, wird zur Kenntnis genommen.</p>

Bezug: Umweltbelange

172-402	<p>Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung: Grundsätzlich wird seitens des LFB den Festlegungen des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung einschließlich des Umfangs und Detaillierungsgrades des Umweltberichtes nach § 8 Abs. 1 Satz 2 des Raumordnungsgesetzes (ROG) zugestimmt.</p>	<p>Die Zustimmung zum Untersuchungsrahmen des Umweltberichtes wird zur Kenntnis genommen.</p>
172-408	<p>2. Daten- und Informationsgrundlagen (Abschnitt 11, Arten- und Biotopschutz, S.27). Bei den Datenquellen sollte die Aktualität auf jeweils Stand 01.01.2025 angepasst werden.</p>	<p>Der Hinweis auf aktuellere Datengrundlagen wird berücksichtigt.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Bezug: Windgebiete

Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung

172-405	<p>Erweiterung des VRW 32 um 440 ha (Forstreviere Hohenseefeld, Görsdorf) Keine Waldfunktion nach Erlass - "Berücksichtigung von § 2 EEG im Umgang mit Entscheidungen zu Waldumwandlungen nach § 8 LWaldG" vom 25.10.2023, die eine Ablehnung oder Abwägung von WEG bedeuten würde (siehe o.g. Tabelle). Verfahrenserhebliche Hinweise für das VRW 32:</p> <ul style="list-style-type: none"> • In der Gemarkung Niebendorf, Flur 4, FS 35 und Waltersdorf Flur 3, FS 79, sind die Waldfläche im Verfahrensgebiet komplett vom Acker umgeben. Es liegt eine Insellage vor. Eine Errichtung von WEA in diesen Waldflächen würde zu einer weiteren Waldfragmentierung und Waldschutzproblemen führen. • Im Verfahrensgebiet hat es erhebliche, ganz oder teilweise aus Mitteln aus der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) geförderte Waldumbaumaßnahmen gegeben, hier im Einzelnen: In der Gemarkung Illmersdorf, Flur 2, FS 23, wurde in der Abt. 720 c6 ein Kiefernbestand mit Laubholz (TEi) auf 0,90 ha im Jahr 2009 umgebaut. Die Waldumbaumaßnahme wurde durch das Land Brandenburg gefördert. Darüber hinaus befindet sich in dem südl. Bereich des Flurstücks 23, Gemarkung Illmersdorf, Flur 2, eine Erstaufforstung auf 2,27 ha mit Laub- und Nadelhölzern, erfolgt im Jahr 2022. In der Gemarkung Heinsdorf, Flur 3, FS 94 u. 95, Abt. 727 c13, stockt ein 34jähriger Traubeneichenbestand. In der Gemarkung Illmersdorf, Flur 2, FS 32/2, Abt. 719 b2, stockt ein 37jähriger Traubeneichenbestand. In der Gemarkung Rietdorf, Flur 2, FS 26/1, wurde in der Abt. 7086 a10 ein Kiefernbestand mit Laubholz (SEi) auf 0,80 ha im Jahr 2008 umgebaut. Die Waldumbaumaßnahme wurde durch das Land Brandenburg gefördert. In der Gemarkung Rietdorf, Flur 2, FS 16/0 in der Abt. 7088 b3 wurden 2010 0,25 ha Kiefernbestand mit Fördermitteln in einen Laub-Mischbestand umgebaut. 	<p>Die Waldumbaupläche können aufgrund ihrer geringen Größe von weniger als einem Hektar ggf. in nachgelagerten Planungsschritten berücksichtigt werden.</p>
---------	--	--

Gebiet: VRW 56 Mückendorf

172-404	<p>Forstrechtliche Stellungnahme Bereich Landkreis Teltow-Fläming (Zuständigkeit FoA Teltow-Fläming) Beim geänderten Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 werden Waldflächen überplant, welche teilweise nicht kompensierbare Waldfunktionen enthalten. Dies betrifft folgende Vorranggebiete Wind und Waldfunktionen: Windpark Mückendorf ca. 440 ha (Forstrevier Wunder) o WF 2100 - Wald auf erosionsgefährdeten Standorten o WF 2200 - Wald auf exponierter Lage o WF 7710 - Wald mit hoher ökologischer Bedeutung Nachrichtlich: Wald im Trinkwasserschutzgebiet Zone 3 A und 3 B (Wasserschutzzone III und IV in der gesamten Windparkfläche)</p>	<p>Die Belange werden bei der Abgrenzung des Vorranggebiets berücksichtigt. Die Flächen mit den benannten Waldfunktionen werden von Festlegungsbereich ausgenommen, sofern sie eine Mindestgröße von 5 Hektar aufweisen. Kleinere Waldfunktionsflächen können im Rahmen der standortspezifischen Bauleitplanung berücksichtigt werden.</p>
---------	--	--

Gebiet: VRW 57 Bendorf-Herrenhölzer

172-403	<p>Forstrechtliche Stellungnahme Bereich Landkreis Potsdam-Mittelmark (Zuständigkeit FoA Potsdam-Mittelmark Beim geänderten Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 werden Waldflächen überplant, welche teilweise nicht kompensierbare Waldfunktionen enthalten. Dies betrifft folgende Vorranggebiete Wind und Waldfunktionen: WEN „Herrenhölzer“ Waldfunktionen (WF): o WF 2100 - erosionsgefährdete Lage, o WF 7710 - Waldflächen mit hoher ökologischer Bedeutung</p>	<p>Die Belange werden bei der Abgrenzung des Vorranggebiets berücksichtigt. Die Flächen mit den benannten Waldfunktionen werden von Festlegungsbereich ausgenommen, sofern sie eine Mindestgröße von 5 Hektar aufweisen. Kleinere Waldfunktionsflächen können im Rahmen der standortspezifischen Bauleitplanung berücksichtigt werden.</p>
---------	--	--

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
172-406	<p>3. Das Forstamt Potsdam-Mittelmark hat bereits im Rahmen der Beteiligung im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zu folgenden Vorhaben im Vorranggebiet Stellungnahmen abgegeben, hier:</p> <p>a.) Antrag der Fa. Planungsgemeinschaft Windpark Herrenhölzer GbR vom 18.03.2024 auf Errichtung und Betrieb von 12 WEA am Standort, 14789 Bensdorf,</p> <p>b.) Antrag der Fa. Planungsgemeinschaft Windpark Herrenhölzer GbR vom 22.10.2024 auf Genehmigung zur wesentliche Änderung von 8 WEA Typs Nordex N 175 am Standort 14 789 Bensdorf, Gemarkung Bensdorf, Flur 11, Flurstücke 10, 30, 38 und Flur 12, Flurstücke 14, 33, 39, 35, 55. Da es sich bei den o.g. Anlagenstandorten sowie den Betriebsflächen und Zuwegungen ausschließlich um Landwirtschaftsflächen handelte, war Wald, gemäß § 2 Waldgesetz des Landes Brandenburg (LWaldG) vom 20. April 2004 (GVBl. 1 S. 137), in der geltenden Fassung, nicht betroffen</p>	<p>Der Hinweis darauf, dass Waldflächen gemäß der im Windpark Herrenhölzer genehmigten Anlagenstandorte nicht in Anspruch genommen werden, wird zur Kenntnis genommen.</p>
TÖB: 183 Landesamt für Umwelt		
Bezug: allgemeine Hinweise		
183-401	<p>Die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung werden für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahmen der Fachabteilungen Immissionsschutz, Naturschutz und Wasserwirtschaft übergeben.</p>	<p>Die Hinweise zum Anlass der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.</p>
183-407	<p>Landesamt für Umwelt Abteilung Naturschutz und Brandenburger Naturlandschaften: Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming ist mit Bekanntmachung der Genehmigung vom 26. September 2024 am 23. Oktober 2024 in Kraft getreten. Die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft hat in ihrer Sitzung am 26.06.2025 beschlossen, ein Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming durchzuführen. Das Änderungsverfahren dient der Ausweisung von neuen Windenergiegebieten, um die im WindBG vorgegebenen Flächenziele zu erreichen. Die bestehenden Vorranggebiete für die Windenergienutzung sollen zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land ausgewiesen werden (§ 28 Absatz 2 Satz 1, Absatz 5 Satz 1 Raumordnungsgesetz). Die vorliegende Beteiligung dient der Festlegung des Untersuchungsrahmens der Umweltprüfung.</p>	<p>Die Hinweise zum Anlass der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
183-421	<p>Abteilung Technischer Umweltschutz 1, Belang Immissionsschutz:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Prüfkriterien (Pkt. 5.3, S. 13ff) Relevant und abstandsbestimmend sind die Auswirkungen durch Geräuschemissionen, durch Schattenwurf sowie die optische Bedrängungswirkung. In der Tab. 2 wurden für das Schutz Mensch die Prüfkriterien - bewohnte Gebiete, Wohngebäude innerhalb und außerhalb von Ortslagen inklusive Schutzabstände - Festsetzungen verbindlicher Bauleitplanungen und Darstellungen FNP (derzeit ohne Schutzabstände) - bewohnte Kurgelände, Krankenhäuser und Pflegeanstalten inklusive Schutzabstände sowie - Siedlungen, Gewerbe inklusive Schutzabstände aufgenommen. <p>Hierzu ergeben folgende Hinweise: Zu den Festsetzungen verbindlicher Bauleitplanungen und Darstellungen FNP sollten ebenfalls Schutzabstände aufgenommen werden. Ich verweise auf weitere Schutzgüter- Schutz Mensch, die bisher nicht ausreichend benannt wurden. Nutzungen innerhalb von Sonderbauflächen - mit Ermittlung und Differenzierung des Schutzes z.B. ein Hotel als Betrieb mit dem Ziel der Erholung, erfordert gegenüber einem typischen nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieb (Siedlung- Gewerbe) nach der allgemeinen Zulässigkeit GE nach § 8 BauNVO) eine entsprechende andere Bewertung, in die der Schutzanspruch eingeht. Empfohlen wird in die Prüfkriterien der Tab. 2 die Erwartungen zum Schutzanspruch in Anlehnung an die zulässigen Nutzungen der BauNVO aufzunehmen. Der Schutzanspruch ist ein relevantes Prüfkriterium zur Abschätzung der Auswirkungen. Insbesondere schutzwürdige Nutzungen, die nicht dem Wohnen dienen, sind derzeit nicht ausreichend berücksichtigt. Das Kriterium Siedlung-Gewerbe ist ohne Bezug zum Schutzanspruch nicht eindeutig und somit nicht geeignet.</p> <p>Vorgehensweise (Pkt. 5.4, S. 17ff) Der beschriebenen Vorgehensweise kann gefolgt werden.</p> <p>Datenquellen (Pkt. 11, S. 26ff) Schutz Mensch - als Datenquellen sind die Verwaltungen der Gemeinde zu den Geltungsbereichen der verbindlichen Bauleitplanungen und den jeweiligen Nutzungen aufzunehmen.</p> <p>2. Mitteilung Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit.</p>	<p>Die betreffenden Belange wurden soweit sie auf der Ebene des Regionalplans erkennbar und von Bedeutung sind berücksichtigt. Eine weitere Differenzierung, beispielsweise in Bezug auf unterschiedliche Schutzansprüche gewerblicher Nutzung ist auf der Ebene der Raumordnungsplanung nicht erforderlich.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Bezug: Umweltbelange

183-402 Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2: Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist mit Bekanntmachung der Genehmigung vom 26. September 2024 am 23. Oktober 2024 in Kraft getreten. Das Änderungsverfahren wird mit der Absicht durchgeführt, zusätzliche Flächen [Windpark „Mückendorf “ (ca. 440 ha), Windpark „Herrenhöler“ (ca. 230 ha) und Erweiterung des VRW 32 „Hohenseefeld/Ihlow “ (Erweiterung um ca. 440 ha)] als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen. Die Vorranggebiete für die Windenergienutzung sollen zusätzlich gemäß § 28 Abs. 2 ROG als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land ausgewiesen werden. Bei der Aufstellung eines Regionalplans ist eine Strategische Umweltprüfung (SUP) obligatorisch durchzuführen. Vor Durchführung der SUP wird der Untersuchungsrahmen dieser Prüfung einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts festgelegt. Dazu wurden hier die öffentlichen Stellen beteiligt, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen des Raumordnungsplans berührt werden kann (sog. Scoping). Im Ergebnis der Prüfung hinsichtlich der wasserwirtschaftlichen Belange des LfU Brandenburg (gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3) wird zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts und zu den verfügbaren bzw. noch einzubeziehenden Datengrundlagen wie folgt Stellung genommen:

1st Hinweise/Forderungen zum Hochwasserschutz/Hochwasserrisikomanagement: (Rechtsgrundlage: siehe insbes. BbgWG §126 (3), Satz 3, Punkt 8) Neben Prüfung der Hochwasserrisikogebiete nach §73 WHG und der festgesetzten Überschwemmungsgebiete gemäß §76 WHG, sind auch die Projekte/Maßnahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (NHWSP) im Untersuchungsrahmen der Umweltprüfung zu berücksichtigen. Aktuelle Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie im Internet-Angebot des Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV) unter folgendem Link: (<https://metaver.de/search/dls/#?serviceld=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3D5E67E24>).

Auch außerhalb von Risikogebieten kann es durch Starkregenereignisse zu Hochwasser und Überflutungen kommen. Gefahren durch Starkregen sind der Hinweiskarte Starkregengefahren zu entnehmen, die in der APW zu finden ist (<https://apw.brandenburg.de/>). Detaillierte Informationen zum NHWSP und den Festsetzungsverfahren der Überschwemmungsgebiete sind auf den Seiten des MLEUV zu finden: <https://mleuv.brandenburg.de/mleuv/de/umwelt/wasser/hochwasserschutz/nationaleshochwasserschutzprogramm/> <https://mleuv.brandenburg.de/mleuv/de/umwelt/wasser/hochwasserschutz/ueberschwemmungsgebiete>

Die Hinweise betreffen die Festlegung des Untersuchungsrahmens einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts und werden in diesem Zusammenhang berücksichtigt.

183-403 2nd Hinweise/Forderungen zur Gewässerentwicklung/Hydromorphologie Oberflächengewässer/zum Moorschutz: (Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkte 1, 2, 4) Zur eingereichten Antragsunterlage „Umweltprüfung zum Änderungsverfahren des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, Untersuchungsrahmen, Juli 2025“ werden folgende Hinweise gegeben: Kapitel 5.4 in Verbindung mit Kapitel 6 Tabelle 4, S. 22 Die Wirkfaktoren werden nicht umfassend dargestellt. Es wird daher vorsorglich darauf hingewiesen, dass Anlage, Bau und Betrieb von Windkraftanlagen weitere Wirkungen auf Oberflächengewässer haben können, z.B. durch direkte Zerstörung im Rahmen von Bau und Anlage, oder die Behinderung einer Entwicklung eines Gewässers oder Moores durch Anlage und Betrieb einer Windkraftanlage, z.B. die Behinderung einer Gewässerentwicklung durch Anlage einer Windkraftanlage im Entwicklungskorridor eines Gewässers oder in einem wiederzuvernässenden Moor. Es ist zwar davon auszugehen, dass durch die genannten Ausschlusskriterien (50m Puffer um Oberflächenwasserkörper sowie sensible Moore und Moorböden mit besonderer Funktionsausprägung (LaPro) bereits weitgehend Konflikte vermieden werden, dies sollte jedoch überprüft werden. So können über die genannten Moorböden weitere Moorstandorte für eine Wiedervernässung in Frage kommen.

Die Hinweise betreffen die Festlegung des Untersuchungsrahmens einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts und werden in diesem Zusammenhang berücksichtigt.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
183-404	Kapitel 11 (Daten- und Informationsgrundlagen), Tabelle unter Schutzgut „Wasser“, S. 29 „Prüfkriterium: Oberflächenwasserkörper, Datenquelle und Aktualität: Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU): Die Wasserrahmenrichtlinie - Deutschlands Gewässer 2015 plus eigene Berechnungen. Hier ist eine aktuellere Datengrundlage, ausgehend von dem aktuellen WRRL-Berichtszeitraum 2022- 2027 erforderlich (aktuelle Daten siehe Datenquellen des LfU Brandenburg). Auch für das Prüfkriterium „Grundwasserkörper“ sind aktuellere Daten des 3. WRRL-Bewirtschaftungszeitraum 2022 bis 2027 zu verwenden. Zu den Datengrundlagen gehören auch der behördenverbindliche Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm der betreffenden Flussgebietsgemeinschaft Elbe. Informationen zu Moorböden können dem Kartendienst des Landes entnommen werden https://geo.brandenburg.de/ (Bodengrundkarte). Geodaten zur Moorbodenkarte des Landes Brandenburg (WMS-LBGR-MOORKARTE) finden Sie unter folgendem Link: https://geoportal.brandenburg.de/detailansichtdienst/render?url=https://geoportal.brandenburg.de/gsjson/xml?fileid=2e8b9375-84f1-453d-9dbc-5edc5e4f95f1 .	Die Hinweise betreffen die Festlegung des Untersuchungsrahmens einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts und werden in diesem Zusammenhang berücksichtigt.
183-405	3rd Hinweise zu vorsorgendem Bodenschutz: Zur eingereichten Antragsunterlage „Umweltprüfung zum Änderungsverfahren des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027, Untersuchungsrahmen, Juli 2025“ werden zum Bodenschutz folgende Hinweise gegeben: In Tabelle 1 auf Seite 12 werden die geltenden Ziele des Umweltschutzes bzgl. des Schutzgutes Boden dargestellt. Zwischenzeitlich wurde das Brandenburgische Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) im Jahr 2024 novelliert. Gem. § 29a BbgAbfBodG sind die vom Landesamt für Umwelt und vom Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg erstellten Karten von Böden mit erhöhter Schutzwürdigkeit aufgrund besonderer Ausprägungen von Bodenfunktionen im Sinne des § 2 Absatz 2 Nummer 1 und 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes im Rahmen von Planungs- und Zulassungsverfahren zu berücksichtigenden. Es wird um Übernahme und Berücksichtigung der aktualisierten Gesetzgebung gebeten. Zwischenzeitlich wurden Daten zur nutzbaren Feldkapazität erstellt, die derzeit noch nicht veröffentlicht sind. Diese können wichtige Hinweise auf Böden enthalten, die besonders resilient in Bezug auf langanhaltende Dürreperioden sind. Zur Berücksichtigung wird um Kontaktaufnahme zum Referat W15, [anonymisiert] gebeten.	Die Hinweise betreffen die Festlegung des Untersuchungsrahmens einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts und werden in diesem Zusammenhang berücksichtigt.
183-406	4th Datenquellen des LfU Brandenburg Das Landesamt für Umwelt Brandenburg stellt https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/wasser/wasserfachdaten/# über den Internetlink eine Vielzahl von Wasserfachdaten (z.B. GIS-Anwendung Auskunftsplattform Wasser und Geodaten) gebündelt und zum Datendownload bereit. Aktuelle Datenbestände können auch unter: https://data.geobasis-bb.de/geofachdaten/ unter Einhaltung der Datenlizenz genutzt werden.	Die Hinweise betreffen die Festlegung des Untersuchungsrahmens einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts und werden in diesem Zusammenhang berücksichtigt.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
183-408	<p>Abteilung Naturschutz: 1. Ausweisung der bestehenden Vorranggebiete für die Windenergienutzung als Beschleunigungsgebiete: Natura 2000 Verträglichkeitsprüfung: Abweichend von Art. 6 Abs. 3 der FFH-RL werden Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie in Beschleunigungsgebieten keiner Verträglichkeitsprüfung in Bezug auf Natura-2000-Gebiete unterzogen, sofern diese Projekte für erneuerbare Energie den gemäß Art. 15 c Abs. 1 lit. b EE-RL 2023 festgelegten Regeln und Maßnahmen entsprechen. Art. 15 c Abs. 1 lit. b EE-RL 2023 legt als Voraussetzung für die Befreiung von der Pflicht zur Verträglichkeitsprüfung durch Ausweisung als Beschleunigungsgebiet fest, dass die Verpflichtungen gemäß Art. 6 Abs. 2 und Art. 12 Abs. 1 der FFH-RL und Art. 5 der VS-RL eingehalten werden. Es darf mithin auch durch eine Zulassung ohne Verträglichkeitsprüfung nicht zu einer Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und der Habitate der Erhaltungszielarten oder erheblichen Störungen von Erhaltungszielarten kommen. Um diese Anforderung zu erfüllen, muss bereits auf Planungsebene eine Gebietsverträglichkeit sichergestellt werden. Um den Befund einer Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000-Gebiets zu tragen, muss eine Verträglichkeitsprüfung den habitatschutzrechtlichen Anforderungen genügen.</p>	<p>Die Hinweise betreffen die erforderliche zusätzliche Ausweisung der festzulegenden Vorranggebiete als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land, insbesondere die Verträglichkeitsprüfung in Bezug auf Natura-2000-Gebiete. Nach § 28 Absatz 2 ROG sind Vorranggebiete für Windenergie zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen, soweit sie nicht in einem Natura 2000-Gebiet, Naturschutzgebiet, Nationalpark bzw. in Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten oder in einem „sensiblen Gebiet“ nach § 28 Absatz 2 Nummer 2 ROG liegen. Die Regionale Planungsgemeinschaft geht davon aus, dass im Rahmen der Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land keine Anforderungen an die Umweltprüfung zu stellen sind, die über die Anforderungen hinausgehen, die bei der Festlegung von Vorranggebieten anzulegen sind. Hinsichtlich der im Rahmen der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 zusätzlich festzulegenden Vorranggebiete ist eine Entscheidung in dieser Frage nicht erforderlich. Für die betreffenden Gebiete kann eine Beeinträchtigung von Natura-2000-Gebieten sicher ausgeschlossen werden.</p>
183-409	<p>Die bereits ausgewiesenen Vorranggebiete Wind (VRW) angrenzend oder im Wirkungsbereich zu FFH oder Vogelschutzgebieten sind daher (erneut) einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu unterziehen. Für die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten ist eine abschließende Prüfung erforderlich, da eine Verlagerung auf die Genehmigungsebene nicht möglich ist. Es dürfen keine vernünftigen Zweifel verbleiben, dass die Erhaltungsziele der betroffenen Gebiete erheblich beeinträchtigt werden. Bereits im vorausgegangenen Planverfahren hat das LfU auf Mängel in der Verträglichkeitsprüfung hingewiesen. Einige VRW grenzen direkt an europäische Vogelschutzgebiete an. Zudem liegen vielfach keine vollständigen oder ausreichend aktuellen Daten vor, um eine hinreichende Beurteilung vornehmen zu können. Insbesondere bei den folgenden VRW können für angrenzende Vogelschutzgebiete erhebliche Beeinträchtigungen nicht jenseits aller vernünftigen Zweifel ausgeschlossen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 04 „Jüterbog-Altes Lager“, • 08 „Kummersdorf-Gut“, • 23 „Dretzen“, • 35 „Jüterbog-Markendorf“ sowie • 55 „Brandenburg an der Havel-Nord“ <p>Eine Ausweisung als Beschleunigungsgebiet kommt für diese VRW nach derzeitigem Kenntnisstand nicht in Frage.</p>	<p>Die Hinweise betreffen Vorranggebiete, die im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 bereits festgelegt sind und deren zusätzliche Ausweisung als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land. Diese Ausweisung ist nicht Gegenstand des Änderungsverfahrens und wird in einem gesonderten, nachfolgenden Verfahren vorgenommen.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
183-410	<p>Die Untersuchungsradien haben sich an dem Vorkommen von Erhaltungszielarten innerhalb der betroffenen Gebiete zu orientieren. Die Prüfbereiche des Erlasses zum Artenschutz in Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen (AGW-Erlass) vom 25. Juli 2023 geben eine erste Orientierung im Hinblick auf die Durchführung einer Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung. Allerdings ist zu beachten, dass die Prüfmaßstäbe beim Habitatschutzrecht über die Maßstäbe des Artenschutzes hinausgehen. So ist bei einer Entfernung kleiner als der zentrale Prüfbereich einer Erhaltungszielart eine Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung in jedem Fall erforderlich. Bei Abständen größer als der zentrale Prüfbereich und kleiner als der erweiterte Prüfbereich einer Erhaltungszielart ist eine Natura 2000-Vorprüfung erforderlich. Im Einzelfall ist auch bei einer Entfernung größer als die Abstandsbetrachtungen nach AGW-Erlass eine Natura 2000-Vorprüfung erforderlich, dies betrifft folgende Arten:</p> <p>Schreiadler: Für die Art hat das Land Brandenburg eine besondere Verantwortung. Auf Basis des aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstandes ist eine Betrachtung bis 6000 m Abstand zum geplanten Vorranggebiet erforderlich.</p> <p>Schwarzstorch: Der Schwarzstorch ist in Brandenburg vom Aussterben bedroht und besonders störungsempfindlich. Gemäß Anlage 1 zum AGW-Erlass wurde dem Schwarzstorch kein erweiterter Prüfbereich zugewiesen. Über den zentralen Prüfbereich (1000 m) hinaus hat eine Betrachtung der Art bis 2000 m Abstand zum geplanten Vorranggebiet zu erfolgen.</p> <p>Rastvögel (Kranich, Waldsaatgans, andere Gänse, Sing- und Zwergschwan): Von der Planung können essentielle Nahrungsflächen oder Flugkorridore dorthin betroffen sein, die im Zusammenhang mit einem Schlafplatz innerhalb eines VSG stehen. In solchen Fällen ist die Planung in die Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung einzubeziehen, auch wenn das VR WEN außerhalb der Rastvogelkulissee liegt. Das ist notwendig, weil die Ausweisung und Festlegung der Rastgebietskulissee nach AGW-Erlass ohne Berücksichtigung von Besonderheiten der einbezogenen VSG erfolgte. Zudem lassen sich die artenschutzrechtlich berücksichtigten Schwellenwerte (Individuenzahlen) nicht ohne weiteres auf die Maßstäbe des strengen Schutzregimes der europäischen VSG übertragen (Günstiger Erhaltungszustand; Verschlechterungsverbot und Wiederherstellungsschutzzweck). In der Regel wurden in die Rastvogel-Kulissee nur Schlafplätze einbezogen, die internationale Bedeutung haben. Sonstige Rast- und Nahrungsflächen sind darin nicht berücksichtigt. Da diese Sonderfälle nicht mit Prüfradien identifiziert werden können, ist hier eine Einzelfallprüfung in Abstimmung mit der Fachbehörde für Naturschutz (LfU) erforderlich.</p>	<p>Die Hinweise betreffen die erforderliche zusätzliche Ausweisung der festzulegenden Vorranggebiete als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land, insbesondere die Verträglichkeitsprüfung in Bezug auf Natura-2000-Gebiete. Für die im Rahmen der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 zusätzlich festzulegenden Vorranggebiete kann eine Beeinträchtigung von Natura-2000-Gebieten auch unter Berücksichtigung der dargestellten Anforderungen sicher ausgeschlossen werden.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
183-411	<p>Gemäß § 7 Abs. 6 ROG ist eine Verträglichkeitsprüfung durchzuführen, die die allgemein maßgeblichen Standards der „besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse“ einhält (BVerwG, Urteil vom 06.04.2017 - 4 A 16.16, Rn. 28). Es dürfen keine vernünftigen Zweifel verbleiben, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele (EHZ) der jeweiligen Gebiete ausgeschlossen werden können. Es ist unzureichend, bei bekannten erheblichen Beeinträchtigungen von Erhaltungszielen auf bereits vorhandene bzw. genehmigte WEA bzw. mögliche Schadenbegrenzungsmaßnahmen zu verweisen, ohne deren konkrete Eignung und Umsetzbarkeit zu prüfen. Für den Fall, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des jeweiligen Gebietes in der FFH-VP auch unter Berücksichtigung von Schadenbegrenzungsmaßnahmen nicht sicher ausgeschlossen werden können, ist die Planung unzulässig, soweit nicht die Voraussetzungen nach § 34 Abs. 3 bis 5 BNatSchG vorliegen. In einem solchen Fall ist eine Abweichungsprüfung erforderlich. Die Abweichungsvoraussetzungen wären zu prüfen und darzulegen. Dabei ist insbesondere auch die Voraussetzung der Alternativlosigkeit der Planung nachzuweisen.</p> <p>Urteil EuGH (C-66/23) vom 12.09.2024: Das o.g. unmittelbar anzuwendende Urteil wirkt sich auf die Verträglichkeitsprüfung des vorliegend betroffenen Vogelschutzgebietes aus, da eine Beschränkung des Artenspektrums auf die Vogelarten nach den Anlagen zu § 15 BbgNatSchAG - so wie bisher gemacht wurde - nicht richtlinienkonform ist. Es bestehen aber noch erhebliche Unsicherheiten bei der Interpretation des Urteils und den erforderlichen Konsequenzen. Der Bund und die Bundesländer sind aktuell in intensivem Austausch zum Thema. Eindeutig ist, dass alle in einem Vogelschutzgebiet vorkommenden Arten des Anhangs 1 der Vogelschutzrichtlinie zu betrachten sind. Es reicht nicht aus, nur die Arten des Anhangs 1 zu berücksichtigen, die als maßgebliche Arten in den Anlagen zum BbgNatSchAG genannt sind. Es wird daher empfohlen zusätzlich sicherheitshalber ab sofort zumindest die weiteren Arten des Standarddatenbogens (SDB) zu berücksichtigen.</p>	<p>Die Hinweise betreffen die Verträglichkeitsprüfung in Bezug auf Natura-2000-Gebiete. Für die im Rahmen der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 zusätzlich festzulegenden Vorranggebiete kann eine Beeinträchtigung von Natura-2000-Gebieten auch unter Berücksichtigung der dargestellten Anforderungen sicher ausgeschlossen werden.</p>
183-412	<p>2. Neu geplante Flächenausweisungen zur Erreichung der Flächenziele (2,2% der Landesfläche) Der Stand der Datenaktualität der Vogelarten ist im Untersuchungsrahmen zur Umweltprüfung (S. 27) nicht angegeben. Ein aktueller Datensatz ist nochmals beim LfU abzufragen (artendaten@lfu.brandenburg.de).</p>	<p>Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die entsprechende Abfrage aktueller Daten wurde vorgenommen. Aktualisierte Daten wurden vom Landesamt für Umwelt noch nicht übermittelt (Stand 26.10.2025). Für die im Rahmen der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 festzulegenden Vorranggebiete liegen aus den Umweltprüfungen, die im Rahmen von Genehmigungs- und Bauleitplanungsverfahren vorgenommen worden sind, vergleichsweise aktuelle Daten vor, die von der Regionalen Planungsgemeinschaft verwendet werden.</p>
Bezug: Windgebiete		
<i>Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung</i>		
183-417	<p>Abteilung Naturschutz: 2.3. Erweiterung VR 32 „Hohenseefeld-Ihlow“ (ca. 440) Nach derzeitigem Kenntnisstand stehen naturschutzrechtliche Belange einer Ausweisung nicht entgegen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen die Festlegung des Vorranggebiets „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ keine Einwände bestehen.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
183-420	<p>Abteilung Technischer Umweltschutz:</p> <p>Erweiterung des VRW 32 Hohenseefeld/Ihlow um ca. 440 Hektar in rechtswirksamen Bebauungsplänen (Gemeinde Ihlow; Stadt Dahme/Mark): Hierzu wurde das Landesamt für Umwelt im Bauleitplanverfahren auf Grundlage des § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt. Erhebliche immissionsschutzrechtliche Bedenken wurden nicht geäußert. Hinsichtlich einer Erweiterung des Windparks VRW 32 innerhalb der vorgesehenen Vorranggebietsfläche ist sicherzustellen, dass hinzukommende WEA an den nächstliegenden Immissionsorten mit Schutzanspruch im Umfeld der Planung unter Berücksichtigung der bereits genehmigten WEA keine schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. des § 5 Abs. 1 Ziffer 1 BImSchG i.V.m. Ziffer 3.2.1 TA Lärm (Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5) verursachen. Referenzanlage Den Angaben zur Referenzanlage (Tab. 4 S. 20 ff) kann grundsätzlich gefolgt werden, sie entspricht den derzeit aktuellen Anlagentypen. Eine abschließende Bewertung ist jedoch erst im Rahmen der nachfolgenden Genehmigung mit Festlegung der einzelnen Anlagenstandorte, Anlagentypen und betriebsweisen möglich. Entwurf Untersuchungsrahmen - Ziel des Umweltschutzes (Pkt. 5.2, S. 11 ff) Als Ziel wurde § 1 BImSchG benannt. Dem § 1 BImSchG als Ziel des Umweltschutzes kann gefolgt werden.</p>	<p>Die Hinweise auf die immissionsschutzrechtlichen Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Für die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, das Vorranggebiet „Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung“ festzulegen, ist insbesondere der Sachverhalt maßgeblich, dass die Fläche auf der Ebene der Bauleitplanung als Windenergiegebiet ausgewiesen ist. Die Zustimmung zu den Parametern der Referenzanlage wird zur Kenntnis genommen.</p>
<i>Gebiet: VRW 56 Mückendorf</i>		
183-413	<p>2.1. Windpark „Mückendorf (ca. 440 ha) Auch wenn im Vorhabenbereich bereits ein Vorbescheid erteilt wurde und die Bauleitplanverfahren relativ weit fortgeschritten sind, wird die geplante Ausweisung aus naturschutzfachlichen und -rechtlichen Gründen nicht empfohlen. Nachzeitigem Kenntnisstand stehen Nah- und zentrale Prüfbereiche schlaggefährdeter Vogelarten der Ausweisung zumindest auf Teilflächen entgegen. Die bestehenden naturschutzrechtlichen Konflikte lassen sich im B-Plan-Verfahren nach Ausfaltung des LfU nicht vollständig ausräumen (s.u.).</p>	<p>Die Hinweise werden teilweise berücksichtigt. Die betreffenden Nahbereiche werden nicht als Vorranggebiet festgelegt. An der Festlegung des Vorranggebiets „Mückendorf“ wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung, die im Rahmen der Bauleitplanung vorgenommen wurde, im Übrigen festgehalten. In den zentralen Prüfbereichen ist die Errichtung von Windenergieanlagen zulässig, wenn eine signifikante Risikoerhöhung auf der Grundlage einer Habitatpotentialanalyse oder einer Raumnutzungsanalyse widerlegt werden kann oder die signifikante Risikoerhöhung durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann. Für die betroffenen Brutstätten sind teilweise fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen vorzusehen, die im Umweltbericht des Bebauungsplans „Windpark Mückendorf“ benannt sind.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
183-414	<p>Landschaftsschutzgebiet (LSG) Der Fläche liegt vollständig innerhalb des Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“. Gemäß § 26 Abs. 3 Satz 1 BNatSchG sind die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen sowie der zugehörigen Nebenanlagen nicht verboten, wenn sich der Standort der Windenergieanlagen in einem Windenergiegebiet nach § 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes befindet. Aufgrund der Bedeutung der Landschaftsschutzgebiete für eine geordnete Raumentwicklung (Landschaftserleben, Naherholung) wird empfohlen, Landschaftsschutzgebiete als Vorranggebiete für die Windenergienutzung nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn die im Windenergieflächenbedarfsgesetz i. V. m. dem Gesetz zur Festlegung regionaler Teilflächenziele vom 02. März 2023 vorgegebenen Flächenziele nicht auf umweltverträglichere Weise erreichbar sind. Sind die Flächenziele nicht ohne Inanspruchnahme von LSG erreichbar, sind in einem LSG vorrangig Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung auszuwählen, die am Rand des LSG liegen oder lediglich teilweise in das LSG hineinragen und die in Bezug auf die Erreichung des Schutzzwecks des LSG nicht von essentieller Bedeutung sind. Im weiteren Planverfahren wäre daher nachzuweisen, dass die Flächenziele nicht ohne die weitere Inanspruchnahme von Landschaftsschutzgebietsflächen erreichbar sind und die Flächen in Bezug auf die Erreichung des Schutzzwecks des LSG nicht von essentieller Bedeutung sind.</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Der geforderte Nachweis ist nicht erforderlich. Auf den Sachverhalt, ob eine Fläche, die für eine Festlegung als Vorranggebiet in Betracht gezogen wird, am Rand eines Landschaftsschutzgebiets liegt oder lediglich teilweise in das Landschaftsschutzgebiet hineinragt, kommt es nicht an. Die Regionale Planungsgemeinschaft hält grundsätzlich an ihrer Entscheidung fest, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen.</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft hatte bei der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 in diesem Zusammenhang jedoch auch festgestellt, dass es aufgrund der Vorschrift des § 26 Absatz 3 BNatSchG in einem Landschaftsschutzgebiet nicht verboten ist, Windenergieanlagen zu errichten und zu betreiben, soweit sich die betreffenden Standorte nicht in einem Natura-2000-Gebiet oder einer Stätte des Natur- und Kulturerbes der Welt befinden und das für den Stichtag 31.12.2032 maßgebliche regionale Teilflächenziel nicht erreicht ist. Nach dem Willen des Gesetzgebers können Flächen in Landschaftsschutzgebieten grundsätzlich „vollumfänglich“ für eine Festlegung als Windenergiegebiet in Betracht gezogen werden (Deutscher Bundestag, Drucksache 20/2354, Seite 24).</p> <p>Unter Berücksichtigung dieser Rechtslage stellt die Regionale Planungsgemeinschaft fest, dass unter Berücksichtigung des allgemeinen Planungsziels Nummer 2 in Zusammenhang mit den gesetzlichen Regelungen des § 26 Absatz 3 BNatSchG nicht hinreichend begründet werden kann, dass Flächen, die im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung in einem Landschaftsschutzgebiet als Windenergiegebiet vorgesehen sind, allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht kommen sollen. Wegen der zuvor dargestellten grundsätzlichen Entscheidung wird eine Festlegung jedoch nur dann in Betracht gezogen, wenn der Stand der kommunalen Bauleitplanung bereits soweit fortgeschritten ist, dass nach Durchführung der erforderlichen Beteiligungsverfahren eine Abwägung der betroffenen Belange stattgefunden hat.</p> <p>Unabhängig von diesen Feststellungen und Bewertungen ist in Bezug auf das Vorranggebiet „Mückendorf“ Folgendes festzustellen:</p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft bezieht sich hinsichtlich des Belangs des Landschaftsbilds auf die Einstufung der „Wertigkeit“ nach dem Landschaftsprogramm Brandenburg Sachlicher Teilplan „Landschaftsbild“. (Sachlicher Teilregionalplan Windenergienutzung 2027, Textteil, Rn. 184 bis 188). Für das Vorranggebiet Mückendorf ist überwiegend eine Bewertung in der Stufe „gering“ festzustellen. Für Teile</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
		des nördlichen Vorranggebiets wird die Stufe „mittel“ angegeben. Auf der Grundlage der Anwendung des Kriteriums B 09 wird festgestellt, dass der Belang des Landschaftsbilds nicht erheblich betroffen ist.
183-415	<p>Besonderer Artenschutz: Insbesondere der südliche Teil der geplanten Ausweisung ist artenschutzrechtlich konfliktreich. Die Kartierungsergebnisse des B-Plan-Verfahrens sind auch im Rahmen des vorliegenden Regionalplanverfahrens zu beachten und bei der Stadt Baruth/Mark abzufragen. Die durchgeführten Bestanderfassungen wurden noch nicht in den Datenbestand des LfU überführt.</p> <p>Auszug aus der Stellungnahme von N1 v. 27.08.2025 zum B-Plan (Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB): „Laut Umweltbericht befinden sich mehrere Greifvogelhorste schlaggefährdeter Vogelarten in unmittelbarer Nähe zu geplanten WEA. In ca. 223 m bzw. ca. 1.141 m Entfernung zur WEA 24 befindet sich jeweils ein Rotmilanhorst. Ebenfalls zwei Horste des Schwarzmilans befinden sich in unmittelbarer Nähe, der nächstgelegene Horst ist ca. 367 m von der WEA 23 und ein weiterer Horst ca. 1.133 von der WEA 24 entfernt. Ein Horst des Wespenbussards befindet sich in ca. 501 m Entfernung zur WEA 16 und somit noch im Unschärfebereich des Nahbereichs von 500 m der Art. Es ist festzustellen, dass sich die Sondergebietsfläche in mehreren Nahbereichen bzw. im zentralen Prüfbereich schlaggefährdeter Vogelarten befinden. Gemäß § 45b Abs. 2 BNatSchG ist in diesem Bereich das Tötungsrisiko für das Brutpaar der jeweiligen Art signifikant erhöht. Das signifikant erhöhte Tötungs- und Verletzungsrisikos kann im Nahbereich weder durch eine Habitatpotentialanalyse noch eine Raumnutzungsanalyse widerlegt werden. Zudem kann das Risiko bei Brutplätzen im Nahbereich nicht durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen unter die Signifikanzschwelle gesenkt werden.“ Im Folgenden wird auf das Erfordernis der Planung in die Ausnahmelage hinein und auf die Anforderungen an die Alternativenprüfung eingegangen. Im Fazit wird ausgeführt: „Ein im Nahbereich beantragtes Vorhaben ist somit aus artenschutzrechtlicher Sicht nicht zulässig, da hier nach derzeitigem Kenntnisstand die Erteilung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 i. V. m. § 45b Abs. 8 BNatSchG nicht in Betracht kommt. Daher sehe ich es zwingend erforderlich, den Nahbereich der Horste aus der Sonderbaufläche auszuschließen. Der Nahbereich um Horste ist für die Ausweisung eines Sondergebiets Wind in jedem Fall nicht zugänglich. Zusätzlich empfehle ich, auch den zentralen Prüfbereich vom Sondergebiet auszuschließen. Die Ausführungen gelten auch für die Regionalplanung. Die Hinweise werden berücksichtigt. Die betreffenden Nahbereiche werden nicht als Vorranggebiet festgelegt.“</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die betreffenden Nahbereiche werden nicht als Vorranggebiet festgelegt. In den zentralen Prüfbereichen ist die Errichtung von Windenergieanlagen zulässig, wenn eine signifikante Risikoerhöhung auf der Grundlage einer Habitatpotentialanalyse oder einer Raumnutzungsanalyse widerlegt werden kann oder die signifikante Risikoerhöhung durch fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen hinreichend gemindert werden kann. Für die betroffenen Brutstätten sind teilweise fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen vorzusehen, die im Umweltbericht des Bebauungsplans „Windpark Mückendorf“ benannt sind.</p>
183-418	<p>Landesamt für Umwelt Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2, Belang Immissionsschutz: Die zusätzlichen Flächen, die einbezogen werden sollen, sind in der Anlage 1 dargestellt. Zu diesen zusätzlichen Flächen ergehen folgende Informationen:</p> <p>- neu Windpark „Mückendorf“ ca. 440 Hektar (Stadt Baruth/Mark) Aktuell laufen vier Genehmigungsverfahren mit insgesamt 24 WEA vom Typ Nordex N175-6.X mit einer Nabenhöhe von 179 m und einem Rotordurchmesser von 175 m im Windpark bei Mückendorf. Im Ergebnis der Schallimmissionsprognose unterschreitet der durch die geplanten WEA verursachte Immissionsbeitrag (Zusatzbelastung) den jeweiligen Immissionsrichtwert an allen untersuchten Immissionsorten um mindestens 11 dB(A). Dennoch ist mit Blick auf die Gesamtbelastung festzustellen, dass zumindest an einem Immissionsort (Campingplatz Zesch am See, Zossen) der Immissionsrichtwert eines allgemeinen Wohngebietes im Nachtzeitraum um bis zu 1 dB(A) überschritten wird. Trotzdem ist der Antragstellerin der Nachtbetrieb der WEA in der beantragten Betriebsweise nicht zu versagen, da nach Ziff. 3.2.1 Abs. 3 Satz 1 der TA Lärm die Überschreitung des Immissionsrichtwertes um 1 dB(A) durch die Gesamtbelastung zulässig ist.</p>	<p>Die Hinweise auf die immissionsschutzrechtliche Zulässigkeit der im Vorranggebiet „Mückendorf“ beantragten Windenergieanlagen wird zur Kenntnis genommen.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Gebiet: VRW 57 Bensdorf-Herrenhölzer

183-416	<p>Abteilung Naturschutz: 2.2 Windpark „Herrenhölzer“ (ca. 230 ha) Gegen die Ausweisung bestehen keine Einwände. Innerhalb der Vorhabenfläche wurden mit Genehmigungsbescheid vom 22.10.2024 insgesamt zwölf WEA zugelassen. Die Kulissenkarte zur Großtrappe wird aktuell überarbeitet. Ein Wanderkorridor wird an dieser Stelle voraussichtlich nicht mehr ausgewiesen. Die überarbeitete Kulissenkarte zur Großtrappe schafft voraussichtlich auch an anderer Stelle im Planungsraum zusätzliche Potenzialflächen. Diese sind zumindest bei der Alternativenprüfung (u.a. im Rahmen o.g. Verträglichkeitsprüfungen) zu berücksichtigen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen die Festlegung des Vorranggebiets „Bensdorf-Herrenhölzer“ keine Einwände bestehen.</p>
183-419	<p>Abteilung Technischer Umweltschutz: - neu Windpark „Herrenhölzer“ ca. 230 Hektar (Gemeinde Bensdorf) Mit Genehmigungsbescheid vom 22.10.2024 wurden nördlich des Elbe-Havel-Kanals bereits 12 Windenergieanlagen vom Typ VESTAS V112-3,3 MW genehmigt. Aktuell sollen diese 12 WEA durch 8 WEA des Typs Nordex N175 ersetzt werden. Hierfür liegt dem Landesamt für Umwelt derzeit ein Antrag der Genehmigungsinhaberin auf wesentliche Änderung vor. Gemäß den dazu eingereichten Antragsunterlagen (hier Schallimmissionsprognose) schöpfen die 8 WEA N175 an der nächstgelegenen Wohnbebauung in Herrenhölzer (insbesondere an den Immissionsorten „Herrenhölzer Nr. 1“ und „Gutsstraße 3“) den Nachtimmissionsrichtwert für Dorf-/Mischgebiete bereits vollständig aus. An der Wohnbebauung Altbensdorf (insbesondere am Immissionsort „Kleines Feld 36“ / Schutzstatus Allgemeines Wohngebiet) leisten diese WEA einen relevanten Immissionsanteil, der nur 2 dB unter dem für allgemeine Wohngebiete geltenden Nachtrichtwert liegt. Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass südlich der geplanten 8 WEA N175 (unterhalb des Elbe-Havel-Kanals - außerhalb der hier in Betracht gezogenen Fläche als VRW) bereits weitere 7 WEA geplant sind. Für diese existiert bereits ein Vorbescheid (Anlagenstandorte, ohne anlagenspezifische Details), dieser dient insbesondere der Standortsicherung und berechtigt noch nicht zur Errichtung und zum Betrieb der WEA. Hinsichtlich einer Erweiterung des Windparks Herrenhölzer innerhalb der vorgesehenen Vorranggebiets-Fläche ist sicherzustellen, dass hinzukommende WEA an den nächstliegenden Immissionsorten mit Schutzanspruch im Umfeld der Planung unter Berücksichtigung der bereits genehmigten 12 WEA V112 (bzw. stattdessen unter Berücksichtigung der 8 WEA Nordex N175 bei Genehmigungserteilung) keine schädlichen Umwelteinwirkungen i. S. des § 5 Abs. 1 Ziffer 1 BImSchG i.V.m. Ziffer 3.2.1 TA Lärm (Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 85) verursachen. Aufgrund der Lage des auszuweisenden Windvorranggebietes unweit der Landesgrenze zu Sachsen-Anhalt wird eine Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes für erforderlich gehalten.</p>	<p>Die Hinweise auf die immissionsschutzrechtlichen Sachverhalte werden zur Kenntnis genommen. Für die Entscheidung der Regionalen Planungsgemeinschaft, das Vorranggebiet „Bensdorf-Herrenhölzer“ festzulegen, ist insbesondere der Sachverhalt maßgeblich, dass auf der Fläche die Errichtung von 12 Windenergieanlagen bereits genehmigt wurde. Flächen südlich des Elbe-Havel-Kanals sind nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet vorgesehen.</p>

TÖB: 200 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum

Bezug: allgemeine Hinweise

200-401	<p>Dementsprechend ergänzen wir unsere fachliche Stellungnahme vom 06.09.2023, Az. GV2019:276g wie folgt: Im Bereich der Änderungsflächen des o. g. Vorhabens sind derzeit 5 weitere Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert (siehe ergänzte Liste der registrierten Bodendenkmale innerhalb der Windvorranggebiete Anlage 2: Ergänzungen in Rot).</p>	<p>Die allgemeinen Hinweise zu betroffenen Bodendenkmalen werden zur Kenntnis genommen.</p>
---------	---	---

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
200-404	<p>Bodendenkmale sind nach BbgDSchG §§ 1 (1), 2 (1)-(3), 7 (1) im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige denkmalschutzbehördliche Erlaubnis bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und - im Falle erteilter Erlaubnis - ohne vorherige fachgerechte Bergung und Dokumentation nicht verändert bzw. zerstört werden (BbgDSchG §§ 7 <3>, 9 und 11 <3>). Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren (BbgDSchG § 9 <3>). Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG §§ 7 (3) und 11 (3) der Veranlasser kostenpflichtig. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden (BbgDSchG § 26 <4>).</p> <p>Die ergänzte Liste der registrierten Bodendenkmale (Anlage 2) ist in hinreichender Form (Text, Planunterlage) abzubilden. Die vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege ergänzen unsere fachliche Stellungnahme vom 06.09.2023, Az. GV2019:276g, die ansonsten vollinhaltlich ihre Gültigkeit behält. Das BLDAM ist in den weiteren Verfahren zu den einzelnen Vorranggebieten zu beteiligen damit in detaillierten und aktualisierten Stellungnahmen die tatsächlichen Betroffenheiten benannt werden können. Hinweise: Es können jederzeit neue Bodendenkmale auftreten. Änderungen bzw. Ergänzungen des Bodendenkmalbestandes sind jederzeit möglich und zu berücksichtigen. Die Denkmalliste wird kontinuierlich fortgeschrieben. Unsere Stellungnahme erfolgt in Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse der Denkmalfachbehörde für Bodendenkmale und als Träger öffentlicher Belange gemäß BbgDSchG § 17 (1)-(4). Da bei dem Vorhaben auch Belange der Baudenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause gegebenenfalls eine weitere Stellungnahme.</p>	Die allgemeinen Hinweise zum Schutzstatus von Bodendenkmalen werden zur Kenntnis genommen.
200-405	<p>[Stellungnahme des BLDAM vom 28.08.2025]</p> <p>Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) nimmt als Träger öffentlicher Belange gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 5 Baugesetzbuch (BauGB) unter Hinweis auf § 17 Abs. 4 des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24.05.2004 als zuständige Denkmalfachbehörde wie folgt Stellung:</p> <p>Die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) kann u. U. eine erheblich beeinträchtigende Wirkung auf Denkmale mit besonderem Raumbezug (im Folgenden als Denkmale bezeichnet) haben, bei denen die Umgebung (Wirkungsraum) maßgeblich deren Erscheinungsbild mitbestimmt und denkmalwertbegründend ist. Eine Liste dieser ausgewählten Denkmale finden Sie als Anlage zur Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die denkmalrechtliche Erlaubnisfähigkeit von Anlagen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbaren Energien (VV EED), siehe Amtsblatt für Brandenburg, Nr. 32 und unter https://bldam-brandenburg.de/gesetze/, hier mit Kartendarstellung), Um Beeinträchtigungen von konkreten WEA auf Denkmale bereits im Planungsprozess festzustellen, analysieren und bewerten zu können, sind dem Antrag entsprechend beurteilungsfähige Unterlagen beizufügen (Vgl. § 19 Abs. 1 BbgDSchG). Die Wirkungsräume entfalten keine Ausschlusswirkung für die Errichtung von WEA. Sollen innerhalb dieser Wirkungsräume WEA errichtet oder verändert werden, sind dafür im Rahmen des Genehmigungsverfahrens aussagefähige Simulationen erforderlich. Aus diesen soll sich der jeweils zu erwartende Einfluss auf das Denkmal und damit der Grad einer zu erwartenden Beeinträchtigung ermitteln lassen. Grundlage für diese Untersuchungen ist die folgende Aufgabenstellung. Sie dient dem Zweck, klare Kriterien und Vorgaben für entsprechende Simulationen zu benennen. Auf diesem Wege kann eine zeitnahe und fachgerechte Beurteilung erfolgen.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Gegebenenfalls erforderliche, vertiefende Untersuchungen sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchzuführen. Das Ergebnis dieser Untersuchungen kann durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht vorweggenommen werden. Die Regionale Planungsgemeinschaft erstellt in diesen Fällen eine allgemeine Prognose in Bezug auf mögliche Beeinträchtigungen des Denkmals.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
Bezug: Windgebiete		
<i>Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung</i>		
200-403	[Tabelle: Betroffene Bodendenkmale im VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung: 131066]	Die Belange des Bodendenkmalschutzes werden in den gebietsbezogenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen berücksichtigt.
<i>Gebiet: VRW 56 Mückendorf</i>		
200-402	[Tabelle: Betroffene Bodendenkmale im VRW 56 Mückendorf: 131264, in Aufstellung: 131457; 131459; 131461]	Die Belange des Bodendenkmalschutzes werden in den gebietsbezogenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen berücksichtigt.
200-406	<p>Da sich der südliche Teil des „Windparks Mückendorf“ innerhalb des Wirkungsraumes 55 Stadtkern mit Stadtkirche, Schloss und Park Baruth/Mark befindet, ist die folgende Aufgabenstellung (s. auch https://bldam-brandenburg.de/service/bauherren/windenergieanlagen/) zu berücksichtigen. Auf Grund der Nähe der geplanten Windfläche zum ausgewiesenen Bau- und Gartendenkmal mit besonderem Raumbezug und bereits bekannten denkmalrelevanten Sichten ist allerdings der südöstlichste Teil der Fläche als potentiell erheblich beeinträchtigend zu bewerten.</p> <p>Aufgabenstellung: Sollen innerhalb eines Wirkungsraumes eines Denkmals oder Denkmalbereiches mit einem besonderen Raumbezug WEA errichtet werden, sind zur Einschätzung der möglichen Auswirkungen von ausgewählten Standorten Simulationen auf Grundlage von Fotoaufnahmen zur Veranschaulichung der zur erwartenden räumlichen Wechselbeziehung zwischen den Denkmalen, der umgebenden Landschaft und der geplanten WEA durch den Antragstellenden anzufertigen. Die Darstellung der WEA muss hinsichtlich ihrer Sichtbarkeit bei optimalen Lichtverhältnissen erfolgen. Zusätzlich ist bei allen simulierten WEA der äußere Flügelradius durch einen vollständigen Kreis zu kennzeichnen, um die Wirkung von zukünftig zu vernachlässigenden Verdeckungen beurteilen zu können. Dies ist z.B. in Gartendenkmalen bedeutsam, bei denen ein denkmalpflegerischer Zielzustand als Beurteilungsgrundlage anzunehmen ist. Die für die Visualisierungen festgelegten Standorte sind auf einer Übersichtskarte darzustellen und sollten möglichst zuvor vom Landesdenkmalamt abgefordert oder zumindest mit den Denkmalbehörden abgestimmt werden. Der Simulation sind alle für eine Überprüfung erforderlichen Daten beizufügen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lageplan, Koordinaten, Geländehöhe und technische Angaben (Nabenhöhe, Gesamthöhe) der geplanten WEA sowie der Darstellung aller Simulationsstandorte • Visualisierungen • Auflistung aller technischen Angaben der Simulationen und Visualisierungen (Angaben zu den Kamerastandpunkten und Referenzpunkten, Brennweite der Aufnahme 50 mm - Abweichungen sind kenntlich zu machen u.a.) Auf Grundlage dieser Simulationen wird die Denkmalfachbehörde den Grad einer möglichen Beeinträchtigung für das betreffende Denkmal ermitteln. Sofern nach dieser Prüfung keine erhebliche Beeinträchtigung zu erwarten ist, wird dem Vorhaben aus denkmalfachlicher Sicht zugestimmt. 	Der Hinweis zur Betroffenheit des Wirkungsraumes des Denkmals mit besonderem Raumbezug Nr. 55 wird zur Kenntnis genommen. Die erforderliche vertiefende Untersuchung ist Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchzuführenden. Das Ergebnis dieser Prüfung kann durch die Regionale Planungsgemeinschaft nicht vorweggenommen werden. Aufgrund der im Bebauungsplanverfahren „Windpark Mückendorf“ vorgenommenen Sichtbarkeitsanalyse kann jedoch begründet angenommen werden, dass erhebliche Beeinträchtigungen des Denkmals mit besonderem Raumbezug Nr. 55 „Stadtkern mit Stadtkirche, Schloss und Park“ voraussichtlich ausgeschlossen werden können.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

TÖB: 260 50Hertz Transmission GmbH

Bezug: Windgebiete

Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung

260-402 Innerhalb der bzw. im Näherungsbereich der Änderungsbereiche Windpark „Herrenhölzer“ und Erweiterung des VRW 32 befinden sich derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen. Dazu zählen z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen.

Die Unbetroffenheit wird zur Kenntnis genommen.

Gebiet: VRW 56 Mückendorf

260-401 50Hertz betreibt im Geltungsbereich des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming 220-kV- bzw. 380-kV-Freileitungen, 220-kV- bzw. 380-kV-Umspannwerke sowie Richtfunkstrecken. Im Rahmen der Aufstellung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming haben wir bereits eine Stellungnahme vom 10.10.2023 (Reg.-Nr. 2022-006233-02-TGZ) abgegeben, deren allgemeinen Hinweise weiterhin Gültigkeit haben. Gegenstand der vorliegenden Beteiligung zur Änderung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 sind drei Änderungsbereiche („Windpark Mückendorf“, „Windpark Herrenhölzer“ und Erweiterung des VRW 32). Im Einwirkungsbereich des Änderungsbereichs Windpark Mückendorf befindet sich unsere 380-kV-Leitung Ragow-Thyrow 521/522 von Mast-Nr. 117 bis 123.

Die allgemeine Betroffenheit wird zur Kenntnis genommen und in den folgenden Bearbeitungseinheiten vertiefend berücksichtigt.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
260-404	<p>Zum Änderungsbereich „Windpark Mückendorf“</p> <p>Das geplante Vorranggebiet Windpark „Mückendorf“ liegt gemäß Anlage 1 zum o. g. Anschreiben nördlich in unmittelbarer Nähe zu unserer o. g. Freileitung. Der konkrete Abstand ist anhand des Kartenausschnitts nicht ermittelbar. Gemäß der zur Verfügung gestellten Geodaten ist gegenüber dieses Flächenumgriffs eine Erweiterung des Änderungsbereichs in südliche Richtung vorgesehen. Mit dieser Erweiterung würde das Vorranggebiet teilweise direkt unsere Freileitung und den dazugehörigen Freileitungsschutzstreifen überlagern. Wir bitten um Beachtung der nachstehenden Hinweise.</p> <p>Allgemeines zu unserer Freileitung:</p> <p>Es ist ein Freileitungsbereich, der sich über den Freileitungsschutzstreifen zuzüglich einer Zone von 15 m definiert, beidseitig der Trassenachse zu beachten, für den Bau-, Nutzungs- und Höhenbeschränkungen bestehen.</p> <p>Innerhalb des Freileitungsbereiches befindet sich der Freileitungsschutzstreifen von ca. 35 m (beidseitig der Trassenachse) 380-kV-Freileitungen, für den in den entsprechenden Grundbüchern beschränkte persönliche Dienstbarkeiten eingetragen sind. Daraus begründet sich das grundsätzliche Bauverbot im Freileitungsschutzstreifen. Dies gilt auch für Bepflanzungen mit Bäumen und Sträuchern.</p> <p>Speziell zu Windenergieanlagen</p> <p>Für die Einordnung von Windenergieanlagen (WEA) im Bereich von Freileitungen, verweisen wir auf die Einhaltung der Abstandsregelungen nach der DIN EN 50341-2-4. Es ist durch Ergänzungen im Textteil des Regionalplanes sicherzustellen, dass der erforderliche Mindestabstand gemäß DIN EN 50341-2-4, zu unseren Freileitungen eingehalten wird.</p> <p>Entsprechend der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MW TB), Ausgabe 2024/1 des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt) gilt ein Maß von 1,5 x (Rotordurchmesser + Nabenhöhe) der Windenergieanlage (WEA) als ausreichender Abstand zu gefährdeten Objekten (z. B. Umspannwerken).</p> <p>Wird dieser Mindestabstand unterschritten, sind Verkehrswege, Betriebsgelände und Objekte der kritischen Infrastruktur potenziell gefährdet. In diesem Fall ist das standortspezifische Risiko durch Eisabwurf bzw. Eisabfall oder durch Bauteilversagen der WEA im Rahmen des Genehmigungsverfahrens gutachterlich zu prüfen.</p> <p>Voraussetzung für die Bewertung sind Aussagen zur Ausrüstung der WEA, um das Risiko soweit wie technisch möglich zu senken. Dies kann z. B. durch Condition-Monitoring- und Eiserkennungssysteme zur Überwachung des technischen Zustandes der WEA erfolgen.</p> <p>Die sich daraus ergebenden Mindestabstände führen zu einer Verringerung der tatsächlich nutzbaren Fläche für Windenergieanlagen.</p> <p>Für die nachrichtliche Übernahme der Leitungsverläufe, Umspannwerke sowie Richtfunkstrecken in den Kartenteil des Regionalplanes können digitale Daten unter geo-datenbereitstellung@50hertz.com abgefordert werden. Bitte geben Sie dazu unsere Registriernummer (2022-006233-03-OGZ), das gewünschte Dateiformat (GPKG, SHP, DXF, KML oder PDF) und das Koordinatenreferenzsystem an.</p> <p>Fazit</p> <p>Wir bitten um Beachtung unserer o. g. Abstandsforderungen bei der Ausweisung neuer Windeignungsgebiete. Bei bereits vorhandenen Betroffenheiten bitten wir um entsprechende Regelungen im Textteil zum Regionalplan. Konflikte in den nachfolgenden Genehmigungsverfahren zur Errichtung von Erneuerbare-Energien-Anlagen (Wind und PV) führen sonst zur Verzögerung/Behinderung des notwendigen 380-kV-Netzausbaus durch 50Hertz, welcher zur Aufnahme der Einspeisungen aus Erneuerbare-Energien-Anlagen und damit dem Erreichen der klimapolitischen Ziele zwingend erforderlich ist.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich sowie ggf. externe Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.</p>	<p>Die Hinweise zur Beeinflussung des Freileitungsbereiches durch die Windenergienutzung werden bei der Festlegung berücksichtigt.</p> <p>Das VRW 56 wurde, anders als in den übermittelten Geodaten, am Beeinflussungsbereich von Leitungstrassen (Kriterium B 21) südlich abgegrenzt. Somit ergibt sich ein Abstand von 130 Metern zur Mittelachse der Leitungstrasse. Bei der Zugrundelegung des Kriteriums B21 wurde die DIN EN 50341-2-4 berücksichtigt. Weder die Freileitung, noch der dazugehörige Schutzstreifen wird vom Festlegungsbereich überlagert.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Gebiet: VRW 57 Bensdorf-Herrenhölzer

- | | | |
|---------|--|---|
| 260-403 | Innerhalb der bzw. im Näherungsbereich der Änderungsbereiche Windpark „Herrenhölzer“ und Erweiterung des VRW 32 befinden sich derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen. Dazu zählen z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen. | Die Unbetroffenheit wird zur Kenntnis genommen. |
|---------|--|---|

TÖB: 287 Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR "Haus der Natur"

Bezug: allgemeine Hinweise

- | | | |
|---------|--|--|
| 287-401 | Die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren: Zum Windpark Mückendorf sind alle unsere Stellungnahmen zu berücksichtigen. Wir lehnen auch weiterhin Windkraftanlagen im Wald ab. Alle relevanten Arten sind zu betrachten. Weiterhin sind alle nächstliegenden und betroffenen Schutzgebiete zu betrachten. Vor allem sehen wir Windparks, zwischen zwei Schutzgebieten gelegen, sehr kritisch. Es ist zu prüfen, ob das Teilflächenziel von mindestens 1,8 Prozent in Regionsfläche erreicht ist. Der Abrieb der Rotorenblätter kann zur Verunreinigung von Boden und Trinkwasser führen. Die Auswirkungen von Abrieb auf Boden und Trinkwasser ist zu untersuchen. Der Rückbau und die Entsorgung der Windkraftanlagen sind zu regeln. Ein Brandschutzkonzept ist vorzulegen. | Mit der 1. Änderung des Sachlichen Teilregionalplans werden zusätzliche Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt. Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt dabei Belange, die auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. (§ 7 Absatz 2 ROG) Die Regionale Planungsgemeinschaft befasst sich nicht mit technischen oder stofflichen Eigenschaften von Windenergieanlagen und ist für die Risikobewertung und -vorsorge in Bezug auf diese Anlagen nicht zuständig. Das betrifft auch den Rückbau und das Recycling dieser Anlagen. Alle relevanten Arten wurden berücksichtigt, das Teilflächenziel von 1,8% der Regionsfläche wurde bereits erreicht. Auswirkungen auf naheliegende Schutzgebiete werden im Rahmen der Umweltprüfung untersucht. |
|---------|--|--|

Bezug: Umweltbelange

- | | | |
|---------|--|-------------------------------------|
| 287-407 | Grundsätzlich gilt im Rahmen des Verfahrens, dass der Leitfaden des Umwelt Bundesamtes (UB) zur SUP (Leitfaden zur Strategischen Umweltprüfung) einzuhalten ist. In der Arbeitshilfe 3 ist ein Gliederungsbeispiel dargestellt. Diese Gliederung ist einzuhalten. Eine SUP-Pflicht muss für Außenstehende klar erkennbar sein. Wir bitten um eine weitere Beteiligung in diesem Verfahren. Für den Fall, dass in dieser Sache ein das Verfahren beendender Bescheid ergeht (Zustimmung, Ablehnung, Einstellung), beantragen wir auf Grundlage von §3 Abs. 1 UIG deren Übersendung mit Eingangsbestätigung, vorzugsweise per E-Mail an info@landesbuero.de | Die Hinweise werden berücksichtigt. |
|---------|--|-------------------------------------|

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
Bezug: Windgebiete		
Gebiet: VRW 56 Mückendorf		
287-402	<p>[Es folgt die Stellungnahme des Büros anerkannter Naturschutzverbände GbR zum Bebauungsplanentwurf "Windpark Mückendorf" der Stadt Baruth/Mark]</p> <p>Die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren: Die nachfolgenden Ausführungen stellen aufgrund noch nicht vorliegender Angaben bzw. Berichte nur eine vorläufige Stellungnahme dar. Entsprechendes gilt auch für die fachliche Einschätzung des Vorhabens. Nach Eingang der benötigten Angaben bzw. Unterlagen, insbesondere des bereits angeforderten hydrogeologischen Gutachtens sowie eventuell weiterer Stellungnahmen/Gutachten, behalten wir uns eine ergänzende Stellungnahme vor. Im Ergebnis lehnen wir das geplante Vorhaben auf dem verfahrensgegenständlichen Plangebiet strikt ab. Nach Ansicht der Naturschutzverbände sollten Windenergieanlagen (nachfolgend: WEA) weder in Landschaftsschutzgebieten (nachfolgend: LSG) noch in Waldgebieten gebaut werden. Wie sich auch aus der vorliegenden Begründung zum Bebauungsplanentwurf vom 7.7.2025 (nachfolgend: BB) ergibt, sind in der Regel erhöhte Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz sowie vorliegend auch mit einer erheblichen Gefährdung eines Trinkwasserschutzgebiets zu erwarten. Im Übrigen halten wir die in unseren Stellungnahmen vom 19.7.2024 und 4.6.2025 zum Bebauungsplanentwurf bzw. zur Änderung des Flächennutzungsplans geäußerten Bedenken weiterhin aufrecht. Grundsätzlich gilt im Rahmen des Verfahrens, dass der Leitfaden des Umwelt Bundesamtes (UB) zur SUP (Leitfaden zur Strategischen Umweltprüfung) einzuhalten ist. In der Arbeitshilfe 3 ist ein Gliederungsbeispiel dargestellt. Diese Gliederung ist einzuhalten. Eine SUP-Pflicht muss für Außenstehende klar erkennbar sein. Alle Vorbescheide sind im Rahmen des B-Plan Verfahrens nach bzw. hilfsweise gern. UIG uns vorzulegen. Mit E-Mail vom 25.7.2025 wurde das Landesbüro im Rahmen der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange über den von der Stadt Baruth/Mark beabsichtigten Bebauungsplan zum „Windpark Mückendorf“ informiert. Außerdem wurden uns weitere Gutachten/Stellungnahmen sowie ein Artenschutzbericht übermittelt, zu denen wir uns wie folgt äußern:</p> <p>1. Anmerkungen zum Planungsgegenstand Nach den Eintragungen in der Abwägung vom 30.10.2024 wird unter Rn. 25.3. klargestellt, dass die Errichtung eines Windparks mit 19 WEA geplant seien, die in einem Vorbescheid im BlmSchG-Verfahren vom Landesamt für Umwelt (vorläufig) genehmigt worden seien. Sollte das zutreffen, dann stellen die jetzt in den vorgelegten Gutachten/Stellungnahmen sowie in einer Planskizze ausgewiesenen 24 WEA eine wesentliche Planänderung dar. Diese Änderung verpflichtet die Gemeinde nach § 4a BauGB zu einer erneuten Auslegung der Planungsunterlagen. Hierbei sollten die von der Planung berührten Behörden und Träger öffentlicher Belange in einem Anschreiben auf die Änderung ausdrücklich hingewiesen werden. Außerdem sollte mitgeteilt werden, ob inzwischen ein geänderter BlmSchG Vorbescheid vorliegt und welche WEA (vorläufig) genehmigt worden seien. Im Rahmen einer Neuauslegung sollten auch die an mehreren Stellen in der BB enthaltenen Hinweise „Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden“ (vgl. z. B. unter BB-Kapitel Nr. 5.7.1.2 Biototypen), überarbeitet werden. Im Übrigen bitten wir, zur Erleichterung der Nachvollziehbarkeit die einzelnen Textänderungen ggf. kenntlich zu machen.</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt bei der Entscheidung über die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung diejenigen Belange, die auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Die pauschale Ablehnung der Windenergie im Wald oder in Landschaftsschutzgebieten widerspricht der Rechtslage. Zur Lage des Vorranggebiets im Landschaftsschutzgebiet wird auf den Datensatz 183-414 verwiesen. Die Bedenken in Bezug auf das Trinkwasserschutzgebiet Lindenbrück sind nicht ausreichend begründet, um von einer Festlegung des VRW 56 Mückendorf abzusehen. Es wurden keine konkreten Sachverhalte mitgeteilt, die eine "erhebliche Gefährdung des Trinkwasserschutzgebietes" erwarten lassen. Von der zuständigen unteren Wasserbehörde wurden keine Bedenken oder Hinweise mitgeteilt. Eine Umweltprüfung wird entsprechend der geltenden Rechtsvorschriften durchgeführt. Das Vorranggebiet Mückendorf wird auf den Bereich beschränkt, in dem die benannten immissionsschutzrechtlichen Vorbescheide ergangen sind.</p>
287-403	<p>2. Vereinbarkeit des Vorhabens mit der Regionalplanung und Alternativplanungen Zur Vereinbarkeit des Vorhabens mit der mit der Regionalplanung und der Möglichkeit von Alternativplanungen verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 4.6.2025. Auch nach dem BB in der Fassung vom 7.7.2025 ist festzuhalten, dass zur Realisierung des Gesamtprojekts „Energie für Baruth“ die Errichtung von 21 WEA ausreichen werden (vgl. BB Kapitel Nr. 5.3.10).</p>	<p>Die Stellungnahme vom 4.6.2025 wurde vermutlich zum FNP-Verfahren abgegeben. Sie liegt der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht vor. Auf die Anzahl der geplanten WEA im Bebauungsplanentwurf kann im Rahmen der Regionalplanung kein Einfluss genommen werden.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
287-404	<p>3. Schutzgut Waldgebiete und Flora Der Bau von WEA in Waldgebiete und die damit verbundene Rodung von Waldflächen lehnen wir aus den in unserer Stellungnahme vom 4.6.2025 bereits genannten Gründen grundsätzlich ab. Die beantragte Rodung einer Waldfläche von 12,68 ha bedarf zudem einer Umwandlungsgenehmigung nach § 8 LWaldG durch die zuständige Forstbehörde, die uns nicht vorliegt. Die in dieser Genehmigung enthaltene Entscheidung über die Zulässigkeit der von der Rodung umfassten Waldflächen sowie die Festsetzung der daraus resultierenden Ausgleichsmaßnahmen ist als öffentlicher Belang anzusehen, der für den Vollzug der Bauleitplanung wesentlich ist. Mit Rücksicht darauf ist der Vorhabenträger nach dem Prinzip der planerischen Konfliktbewältigung verpflichtet, das Abwägungsmaterial zu allen in § 1 Abs.6 BauGB enthaltenen Belangen umfassend zu ermitteln und eine Lösung der auftretenden Konflikte (Interessenausgleich) schon im Rahmen der Bauleitplanung herbeizuführen (vgl. Battis, BauGB-Kommentar, § 1 Rn.115, 118). Eine Verlagerung dieser Entscheidung in das Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz ist u. E. als Abwägungsfehler nach § 1 Abs.7 BauGB zu beurteilen (vgl. a. § 15 Abs.3 BauNVO). Entsprechendes gilt auch für die nachfolgend zu den Schutzgütern „Wasser“ und „Tiere“ zu treffenden Entscheidungen. Im Übrigen ist dem Umweltbericht (nachfolgend: UB) zu entnehmen, dass mit der geplanten Baumaßnahme verschiedene Biotope endgültig bzw. vorübergehend zerstört werden sollen. Hierbei handelt es sich u. a. um Eichenmischwälder bodensaurer Standorte (Code: 08192) mit einer sehr langen Entwicklungsdauer, deren Beseitigung erst nach Erteilung einer naturschutzrechtlichen Befreiung nach § 67 Abs.1 und 3 BNatSchG durch die zuständige Naturschutzbehörde zulässig ist. Soweit im UB in Abschnitt 4.4 ausgeführt ist, dass ein Befreiungsantrag in diesem Verfahren nicht gestellt werden, sondern dem Verfahren nach dem BImSchG vorbehalten bleiben soll, lehnen wir diese Vorgehensweise ab. Denn sie dürfte ebenfalls mit dem o. a. Prinzip der planerischen Konfliktbewältigung im Bauplanungsverfahren nicht zu vereinbaren sein. Die im Zusammenhang mit der Waldrodung vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen „ökologischer Waldumbau Mückendorf II und III und Zesch am See“ sehen wir kritisch. Damit ökologischer Waldumbau als Ausgleichsmaßnahme nach HVE (vgl. HVE, S. 60/61, aw20, 22) gelten kann, muss dieser vor Ort, in direkter Nachbarschaft erfolgen. Ob die Flächen E 2, E 6, E 5 E 4 und A 5 für einen effektiven Waldumbau als Ausgleich geeignet sind, ist anzuzweifeln. Ausgleichsmaßnahmen sind nur wirksam, wenn diese nahe dem Eingriff stattfinden. Ausgleichsmaßnahmen sind direkt am Eingriffsort durchzuführen. Zur Frage der Waldbrandgefahr beim Betrieb von WEA liegt jetzt ein Brandschutzkonzept vor. Darin wird u. a. ausgeführt, dass insbesondere „in der Gondel die höchste Wahrscheinlichkeit einer Brandentstehung <besteht>. Da eine Brandbekämpfung durch die Feuerwehr in diesem Bereich nicht möglich ist, kann ein Brand maximal zum Ausbrennen der Gondel und zum Übergreifen auf die Rotorblätter führen. In der Folge ist es wahrscheinlich, dass diese Anlagenteile herabfallen und der Brand sich auf die Umgebung ausdehnen kann“ (vgl. Brandschutzkonzept, S.11). Ob die aus der Planskizze eingezeichneten 5 Löschwasserbrunnen ausreichen werden, um der Ausbreitung eines Brands mit einer Ausbreitungsgeschwindigkeit von bis zu 10 km/h auf dem 583 ha großen Plangebiet effektiv zu bekämpfen, ist sehr zweifelhaft. Zudem ist nach der Rechtsprechung als Grundstückerschließung sicherzustellen, dass die Wegstrecke zwischen einzelner WEA und nächstgelegener Löschwasserentnahmestelle nicht länger als 1.000 m sein darf (vgl. OVG Berlin-Brandenburg vom 16.11.2017 - OVG 11 B 6.15, Rn.77). Das dürfte hier ausweislich der zum Brandschutzkonzept vorliegenden Planskizze nicht erfüllt sein. Da sich das Plangebiet offenbar nicht vollständig im Eigentum der öffentlichen Hand befindet, ist weiter sicherzustellen, dass die Löschfahrzeuge die vorhandenen Zufahrten und Wege sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht uneingeschränkt nutzen dürfen (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, OVG 11 B 6.15, Rn.52ff). Auch das ist vorliegend aus dem Konzept nicht erkennbar und zu gewährleisten. Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass wegen der hohen Bedeutung des Brandschutzes als öffentlichem Belang - wie bereits oben ausgeführt - im Rahmen der Abwägung nach § 1 Abs.7 BauGB eine vollständige Ermittlung des Abwägungsmaterials und eine Konfliktbewältigung durchzuführen ist.</p>	<p>Die Hinweise und Bedenken zu den Themen Waldumwandlung, Ersatzaufforstung und Brandschutz werden zur Kenntnis genommen. Auf der regionalplanerischen Maßstabsebene können diese nicht berücksichtigt werden und bleiben somit Gegenstand der Bauleitplanung.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
287-405	<p>4. Schutzgut Wasser und Abwasser In unserer Stellungnahme vom 4.6.2025 hatten wir uns unter Hinweis auf das Urteil des VGH München vom 4.7.2024 - 22 A 23.40049 zur Errichtung von WEA in Trinkwasserschutzgebieten umfassend geäußert. Wir halten daran uneingeschränkt fest. Unsere Bedenken sind zwischenzeitlich auch nicht durch die Stellungnahme zu den Baugrund- und Gründungsverhältnissen im Plangebiet ausgeräumt worden. Darin wird es u. a. als bedenklich angesehen, dass der Oberboden grundsätzlich nicht tragfähig sei. Es werden Maßnahmen vorgeschlagen, wie ggf. eine Flachgründung hergestellt werden kann (vgl. Gutachten, S.6, 8ff) und auf die Notwendigkeit einer Hauptuntersuchung nach DIN EN 1997 und 4020 hingewiesen, die zurzeit nicht vorliegt. Soweit des Weiteren auf die Erforderlichkeit einer geschlossenen(genehmigungspflichtigen) geschlossenen Wasserhaltung hingewiesen wird, ist unklar, wie und wohin das bei den Bauarbeiten auftretende Wasser abgeleitet werden soll. Hierzu sollte die zuständige Wasserbehörde im Verfahren mitteilen, ob sich die geplante geschlossene Wasserhaltung auf die weitere Trinkwasserversorgung nachteilig auswirken kann. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass eine Klärung der vom VGH München aufgeworfenen Fragen, nämlich mit welchen Vorkehrungen das bei den Bauarbeiten verbundene Schadstoffpotenzial bei einer Großbaustelle minimiert werden kann, weder im o. a. Gutachten noch in der BB erfolgt ist. Entsprechendes könnte im Anschluss an ein hydrogeologisches Gutachten geklärt werden, das uns nicht vorliegt. Soweit in der BB die Ansicht vertreten wird, dass durch eine umsichtige Bauausführung nach den Regeln der Technik während der Bauzeit grundsätzlich die Gefahr der Grundwasserverschmutzung ausgeschlossen sei (vgl. SB-Kapitel 5.3.4.2), wird dies den Anforderungen des VGH München nicht gerecht. Danach sollte nach dem Besorgnisgrundsatz (§ 48 WHG) eine Gefährdung der Wasserversorgung praktisch auszuschließen oder zumindest nach wasserwirtschaftlichen Erkenntnissen und Erfahrungen auch bei ungewöhnlichen Umständen unwahrscheinlich sein (VGH München, a. a. O., Rn.95), was in der BB offenbar als unrealistisch angesehen wird.</p>	<p>Die Bedenken zum Trinkwasserschutz werden zur Kenntnis genommen. Die vorgebrachten Bedenken haben nicht das Gewicht, von einer Festlegung des VRW 56 abzusehen. Die Errichtung von Windenergieanlagen in der betreffenden Trinkwasserschutzzone ist grundsätzlich nicht unzulässig. Von der zuständigen unteren Wasserbehörden wurde keine Bedenken oder Hinweise mitgeteilt.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
287-406	<p>5. Schutzgut Tiere a) Greifvögel (Maßnahmenblätter <nachfolgend: MB> aV4, aVS, aVG, aV7) Nach der BB konnten auf dem Plangebiet zwei Brutnachweise für den Rotmilan erbracht werden, die in einer Entfernung von 223 m vom WEA 24 (Nahbereich) bzw. 1.141 m südlich dieses WEA (zentraler Prüfbereich) liegen. Soweit sich ein Horst im Nahbereich eines WEA befindet, ist nach § 45b Abs.2 BNatSchG in Verbindung mit der Anlage 1 ein signifikantes Kollisionsrisiko gegeben. Eine entsprechend kritische Situation ergibt sich auch für den Schwarzmilan, dessen nördlicher Horst sich in einer Entfernung von 367 m (Nahbereich) südlich der WEA 23 befindet, während der südliche Brutplatz einen Abstand von 1.133 m zum WEA 2 (zentraler Prüfbereich) aufweist. Zu dem ebenfalls im Plangebiet ansässigen Wespenbussard wurden sechs WEA innerhalb des zentralen Prüfbereichs (1.000 m) sowie weitere WEA im erweiterten Prüfbereich (2.000 m) ermittelt. Zudem wurden Balz- und Nahrungsflüge auf dem Plangebiet beobachtet. Nach der Rechtsprechung ist insbesondere im Nahbereich zwischen Brutplatz und WEA von einem erhöhten Tötungs- und Verletzungsrisiko und damit von einem Verstoß gegen das Tötungs- und Verletzungsverbot nach § 44 Abs.1 Nr.1 BNatSchG auszugehen (vgl. a. BVerwG vom 27.6.2013 - 4 C 1/12, Rn.11). Unbeschadet der Regelung des § 45b Abs.3 BNatSchG gehen wir nach der vorgenannten Rechtsprechung des BVerwG auch bei einem Abstand im zentralen Prüfbereich davon aus, dass der Tatbestand des Tötungs- und Verletzungsverbots greifen wird. Daher können entsprechende WEA grundsätzlich nur dann genehmigungsfähig sein, wenn eine Befreiung nach § 45 Abs.7 BNatSchG gegeben ist. Nach Satz 7 dieser Regelung ist insbesondere Artikel 16 Abs.1 der FFH-Richtlinie (RL 92/43/EWG) zu beachten. Danach können die Mitgliedstaaten u. a. von dem Tötungsverbot nach Art.12 - z.B. aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses - abweichen, sofern es keine anderweitige zufriedenstellende Lösung gibt. Außerdem muss die Bedingung erfüllt sein, dass die Populationen der betroffenen Art in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahmeregelung ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen. Hierbei ist das Vorhandensein eines günstigen Erhaltungszustands eine unabdingbare Voraussetzung für die in Art. 16 FFH-Richtlinie aufgeführten Ausnahmetatbestände (vgl. EUGH, Urteil vom 10.5.2007 - C-508/04, Rn.115 <117>). Die FFH-Richtlinie ist im Verhältnis zum (widersprechenden) innerstaatlichen Recht bekanntlich höherrangiges Recht und deshalb besonders zu beachten. Aus der aktuellen Roten Liste (Stand: 10.6.2020) wird zum Rotmilan, der in der Liste als häufiges Opfer von WEA beschrieben wird, für den Zeitraum 2013 - 2017 zwar ein stabiler bis leicht rückläufiger Bestand festgestellt. Beim Schwarzmilan wird für den Zeitraum 2013 - 2017 eine leichte Bestandszunahme konstatiert, wohingegen beim Wespenbussard ein kontinuierlicher Bestandsrückgang mit der Folge einer Aufnahme in die Rote Liste 3 des Landes Brandenburg beschrieben wird. Allerdings ist bei zutreffender Einschätzung des aktuellen Erhaltungszustands zu berücksichtigen, dass nach Abschluss der Untersuchungen zur Roten Liste (ab 2018) ein erheblicher Ausbau von WEA erfolgt ist, der sich sicherlich nicht positiv auf den Bestand der o. a. schlaggefährdeten Greifvögel bzw. auch anderer Vogelarten ausgewirkt haben dürfte. So wird in einer Studie insbesondere beim Rotmilan ein abnehmendes Populationswachstum bei einer Zunahme von WEA bestätigt (vgl. a. Langemach, Dürr, Informationen über Einflüsse der Windenergienutzung auf Vögel <Stand: 26.2.2025>, S. 60). Zudem trifft Deutschland beim Schutz des Rotmilans eine besondere nationale Verantwortung, da hierzulande gut die Hälfte des Weltbestands lebt. Von dem in Art.16 Abs.1 der RL 92/43/EWG vorausgesetzten „Verweilen in einem günstigen Erhaltungszustand“ ist daher bei allen drei Greifvogelarten nicht auszugehen. Eine Befreiung nach § 45 Abs.7 BNatSchG dürfte daher ausscheiden. Mit Rücksicht darauf sollte zumindest auf die Errichtung der WEA 20, 23 und 24 verzichtet werden. Die danach verbleibenden WEA dürften zudem ausreichen, um das von der Gemeinde angestrebte Gesamtprojekt „Energie für Baruth“ zu realisieren. Die im MB aV6 angeordnete Abschaltung bei landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsereignissen ist u. E. beizubehalten. Die in Bezug auf die WEA 20, 23 und 24 insbesondere während der Brutzeit geplanten Vergrämnungsmaßnahmen sind u. E. beim Verzicht auf eine Errichtung der WEA 20, 23 und 25 entbehrlich. Sie sind ohnehin problematisch, weil sie dem Störungsverbot aus Art.12 Abs.1 Ziffer b FFH-RL, § 39 Abs.1 Nr. 1 und 3 BNatSchG zuwiderlaufen. Auch die für den Wespenbussard geplante Abschaltung im Zusammenhang mit Bewirtschaftungsereignissen sowie während der Jungenaufzucht ist allein unzureichend. So weisen Langemach/Dürr darauf hin, dass die nach § 45b BNatSchG mögliche Abschaltung von WEA für 6-8 Wochen zwischen dem 1.3. und 31.8. nur eingeschränkt Verluste verhindern kann (vgl. Langemach, Dürr, a. a. O. S. 26). Das bestmögliche Zeitfenster soll lediglich 46,2 % in den vorgegebenen sechs Monaten abdecken. Es bietet sich daher an, die betroffenen WEA mit Antikollisionssystemen auszustatten, die eine bessere Minderung des Tötungs- und Verletzungsrisikos bewirken könnten. b) Fledermäuse (MB aVI und aV2) Ergänzend zu den vorliegenden MB wird vorgeschlagen, dass die Bäume, die als potenzielle Quartierstandorte von Fledermäusen in Betracht kommen, zu registrieren und in einer Karte einzuzeichnen sind. Darüber hinaus sollten im Anschluss an die Baumhöhlenkontrolle als</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt bei der Entscheidung über die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung diejenigen Belange, die auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Die mitgeteilten Hinweise richten sich an die Bauleitplanung und betreffen überwiegend Sachverhalte, auf die auf der Ebene der Raumordnungsplanung kein Einfluss genommen wird. Die bekannten Nahbereiche kollisionsgefährdeter Vogelarten werden vom Festlegungsbereich des VRW 56 ausgenommen. Die benannten Anlagenstandorte 20, 23 und 24 sind nicht Bestandteil des Vorranggebiets. Hinweise zu Schutzmaßnahmen werden im Rahmen des Aufstellens von Regeln für Minderungsmaßnahmen nach § 28 Absatz 4 ROG geprüft.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Ersatz für die verlorengegangenen Fledermausquartiere in der näheren Umgebung Fledermauskästen angebracht werden, was als CEF-Maßnahmen sinnvollerweise deutlich vor Beseitigung der von Fledermäusen genutzten Bäume erfolgen sollte (vgl. BVerwG vom 31.3.2023 - 4 A 11/21, Rn.94, 100). c) Reptilien (Zaun- und Waldeidechse - MB aV3) Unter der Voraussetzung, dass im barrierefreien Umfeld des Plangebiets Flächen liegen, die als Ausweichgebiete für Zauneidechsen genutzt werden können, ist die im MB geschilderte „strukturelle Vergrämung“ durch geschulte Fachkräfte als geeignete Maßnahme einzustufen (vgl. hierzu im Einzelnen: Rolf Peschel u. a., die Zauneidechse (*Lacerta agilis*) und der gesetzliche Artenschutz, in: Nul 2013, 241 <244>). Damit könnten die Zauneidechsen selbständig den Gefahrenbereich einer Baustelle verlassen. Wie im MB ebenfalls ausgeführt, sollten auf dem Gelände vorhandene Versteckmöglichkeiten (z. B. Stein- und Reisighaufen, Totholz etc.) während der Aktivitätszeit der Eidechsen sensibel und möglichst per Hand entfernt werden. Damit sollte eine Flucht der Tiere möglich sein und kein zusätzliches Verletzungs- und Tötungsrisiko entstehen. Das Baufeld ist - wie im MB ebenfalls geschildert - zeitweise durch Errichtung einer nicht überkletterbaren Absperrung abzusichern. Eine eventuelle Mahd ist in den Zeiten auszuüben, in denen die Tiere inaktiv und in ihren Verstecken sind. Die beräumten und ggf. gemähten Flächen sind - nach Weisung durch eine ökologische Baubegleitung - auf das Vorhandensein von Eidechsen im Rahmen von zwei- bis dreimal wöchentlich durchzuführenden Nachkontrollen zu überprüfen. Zeitpunkt und Ergebnis der Kontrollen sollten dokumentiert und der zuständigen Naturschutzbehörde zur Verfügung gestellt werden. Wir behalten uns weitere Ausführungen vor, sobald uns die fehlenden Erläuterungen/Gutachten vorliegen bitten wir um eine weitere Beteiligung in diesem Verfahren. Für den Fall, dass in dieser Sache ein das Verfahren beendender Bescheid ergeht (Zustimmung, Ablehnung, Einstellung), beantragen wir auf Grundlage von §3 Abs. 1 UIG deren Übersendung mit Eingangsbestätigung, vorzugsweise per E-Mail an info@landesbuero.de. Entsprechendes gilt auch für das, sich anschließende Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.

TÖB: 339 Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land

Bezug: allgemeine Hinweise

339-401	Die Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land (VBG Elbe-Havel-Land) unterstützt die Ziele der Energiewende und den Ausbau erneuerbarer Energien. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass die Ausweisung von Vorranggebieten raumverträglich erfolgt, die Belange von Natur- und Landschaftsschutz berücksichtigt werden und die Interessen der betroffenen Gemeinden sowie deren Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleiben.	Die Vorbemerkung wird zur Kenntnis genommen.
339-405	<p>4. Von der Gemeinde beabsichtigte oder bereits eingeleitete Planungen und Maßnahmen</p> <p>Die Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land weist auf folgende parallellaufende Planungen im Gebiet der Planungsregion Altmark (Sachsen-Anhalt) hin:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im kürzlich ausgelegten 1. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplans für die Planungsregion Altmark [2027] ist das Vorranggebiet XXXI Sydow erstmals ausgewiesen. • Die Gemeinde Wust-Fischbeck hat am 22.04.2025 einen Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Windpark Wust“ in der Gemarkung Wust gefasst. • Zu diesem Vorhaben wurde bei der Regionalen Planungsgemeinschaft Altmark ein Antrag auf Abweichung von den Zielen der Raumordnung gemäß § 6 Abs. 2 ROG gestellt, um das Plangebiet künftig als Vorranggebiet für Windenergienutzung in den Regionalen Entwicklungsplan aufzunehmen. Diese parallelen Planungen verdeutlichen eine zunehmende Konzentration von Windenergienutzung im Grenzbereich zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Aus Sicht der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land ist es daher zwingend erforderlich, die länderübergreifenden Auswirkungen (Landschaftsbild, Artenschutz, Tourismus, Infrastruktur) im Rahmen der Abwägung zu berücksichtigen. 	Die Mitteilung beabsichtigter oder bereits eingeleiteter Planungen werden zur Kenntnis genommen. Eine Bedeutung für das Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung ist nicht gegeben. Das genannte Vorranggebiet XXXI Sydow ist ca. 15 Kilometer vom VRW 57 Bendsdorf-Herrenhölzer entfernt. Der geplante Windpark "Wust" befindet sich in etwa 20 Kilometer Entfernung. Eine Konzentration der Windenergienutzung im Grenzbereich zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt ist auch unter Berücksichtigung dieser Vorhaben erkennbar nicht gegeben. Die Auswirkungen auf das Landschaftsbild und den Artenschutz werden bei der Planaufstellung berücksichtigt.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
339-406	<p>5. Allgemeine Hinweise</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir regen eine enge Abstimmung zwischen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming und den angrenzenden Kommunen in Sachsen-Anhalt an. • Die Mindestabstände zu Wohnbebauung sind konsequent einzuhalten • Alle relevanten Gutachten (Artenschutz, Immissionsschutz, Landschaftsbild, Verkehr) sollten frühzeitig offengelegt und in die Abwägung einbezogen werden. • Die Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land erwartet eine enge interkommunale Abstimmung, da grenzüberschreitende Auswirkungen zu erwarten sind. <p>6. Schlussbemerkung</p> <p>Die Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land unterstützt die Energiewende. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass die Interessen unserer Gemeinden und Einwohnerinnen und Einwohner umfassend berücksichtigt werden. Wir bitten daher, die oben genannten Aspekte im weiteren Verfahren zwingend zu beachten.</p>	Die allgemeinen Hinweise zu grenzüberschreitenden Auswirkungen und Abstimmungen werden zur Kenntnis genommen. Die zuständigen Behörden auf sachsen-anhaltinischer Seite werden am Verfahren beteiligt.
Bezug: Windgebiete		
<i>Gebiet: VRW 32.1 Hohenseefeld/Ihlow-Erweiterung</i>		
339-404	<p>3. Erweiterung Vorranggebiet VRW 32 Hohenseefeld/Ihlow (ca. 440 ha)</p> <p>Auch dieses Gebiet liegt im Landkreis Teltow-Fläming und grenzt nicht an das Gebiet der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land. Eine Betroffenheit besteht hier nicht. Hinweis: Es sollte eine kumulative Betrachtung der Belastungen (Lärm, Schattenwurf, Landschaftsbild) erfolgen.</p>	Die Unbetroffenheit wird zur Kenntnis genommen.
<i>Gebiet: VRW 56 Mückendorf</i>		
339-403	<p>2. Windpark Mückendorf (Baruth/Mark, ca. 440 ha)</p> <p>Dieses Gebiet liegt im südlichen Brandenburg und hat keine unmittelbare Berührung mit dem Gebiet der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land. Eine Betroffenheit der Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land ist nicht gegeben. Hinweis: Auswirkungen auf das Landschaftsbild und auf Schutzgebiete wie das „Baruther Urstromtal und Luckenwalder Heide“ sind im weiteren Verfahren sorgfältig zu prüfen.</p>	Die Unbetroffenheit wird zur Kenntnis genommen.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Gebiet: VRW 57 Bensdorf-Herrenhölzer

339-402	<p>1. Vorranggebiet „Windpark Herrenholzer“ (ca. 230 ha) Die Fläche befindet sich in der Gemeinde Bensdorf (Amt Wusterwitz) südlich der Ortslage Bensdorf, unweit von der Landesgrenze Sachsen-Anhalt entfernt. Damit ist die Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land als Nachbarregion unmittelbar berührt. Bedenken und Hinweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grenzüberschreitende Wirkung: Aufgrund der Nähe zur Landesgrenze sind Auswirkungen auf das Landschaftsbild, die Erholungsnutzung sowie die Wohnbevölkerung in benachbarten Ortsteilen im Jerichower Land (Sachsen-Anhalt) möglich. Eine enge Abstimmung mit den zuständigen Behörden in Sachsen-Anhalt ist erforderlich. • Schutz von Natur und Landschaft: Es ist zu prüfen, ob die geplanten Anlagen Auswirkungen auf Schutzgebiete in unmittelbarer Nähe haben. Der Elbe-Havel-Kanal ist ein bedeutendes Landschaftselement mit ökologischer Funktion, das nicht beeinträchtigt werden darf. • Infrastruktur / Verkehr: Der Bau und Betrieb der geplanten 12 Windenergieanlagen (Typ Vestas V112-3,3 MW) erfordert umfangreiche Transporte. Eine erhebliche zusätzliche Belastung der Bundesstraße 1 ist absehbar. Hier sind frühzeitig verkehrliche Konzepte vorzulegen. • Erholungsfunktion / Tourismus: Der Elbe-Havel-Kanal ist ein regional wichtiges Erholungs- und Tourismusgebiet. Negative Einflüsse durch die geplanten Anlagen (Sichtbeziehungen, Lärmbelastung) sind zu vermeiden. <p>Forderungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung einer umfassenden grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung. • Durchführung von Schall- und Schattenwurfgutachten auch unter Einbeziehung von Wohnbebauung auf sachsen-anhaltischer Seite. • Prüfung der Auswirkungen auf die Schifffahrt sowie die touristische Nutzung des Elbe-Havel-Kanals (Rad- und Wasserwanderwegen am Elbe-Havel-Kanal). • Prüfung der Auswirkungen auf Natur- und Landschaftsschutz, insbesondere auf Avifauna und Fledermauspopulationen in den Auen- und Waldflächen am Elbe-Havel-Kanal. • Abstimmung mit den angrenzenden Kommunen in Sachsen-Anhalt (VBG Elbe-Havel-Land), um grenzüberschreitende Konflikte zu vermeiden. 	<p>Die Bedenken und Hinweise werden berücksichtigt. Die zuständigen sachsen-anhaltinischen Behörden werden beteiligt. Eine Umweltprüfung wird durchgeführt. Immissionschutzrechtliche Abstände zu Wohnbebauung in Kader-Schleuse wurden eingehalten. Gutachten zum Schattenwurf und zum Verkehrsaufkommen sind im Rahmen der Regionalplanung nicht zu erbringen, sondern können ggf. in nachgelagerten Bauleitplanverfahren von Bedeutung sein.</p>
---------	---	---

TÖB: 397 Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung (VLF)

Bezug: allgemeine Hinweise

397-401	<p>Das Änderungsverfahren der Regionalen Planungsgemeinschaft zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming berührt potentiell verschiedene Bodenordnungsverfahren (BOV) nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz sowie Flurbereinigungsverfahren (FBV) nach dem Flurbereinigungsgesetz, welche sich im Gesamtgebiet des Teilregionalplans befinden. Im Bereich des Teilregionalplanes Windenergienutzung Havelland-Fläming werden derzeit die folgenden Bodenordnungsverfahren (BOV) und Flurbereinigungsverfahren (FBV) durch uns bearbeitet. Der VLF ist dabei mit der Durchführung der Bearbeitung durch das LELF (obere Flurbereinigungsbehörde) beauftragt: Zu den beiden in der Anlage zur Mitteilung dargestellten Flächen, die nach vorläufiger Einschätzung für die Festlegung als Vorranggebiet für Windenergienutzung in Betracht kommen, kann ich Ihnen mitteilen, dass diese unmittelbar angrenzend zu den folgenden Bodenordnungsverfahren sind:</p>	<p>Der Hinweis, dass Festlegungsbereiche unmittelbar an Bodenordnungsverfahren angrenzen, wird zur Kenntnis genommen und im Folgenden berücksichtigt.</p>
---------	---	---

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
397-402	BOV Wusterwitz, Verf.-Nr. 100307 Projektleitung VLF: [Name anonymisiert] Verfahrensstand: nach erfolgter Besitzeinweisung	Das benannte Bodenordnungsverfahren tangiert den Festlegungsbereich des VRW 57 im Bereich des Flurstücks Nr. 74, Flur 031, Gemarkung Bensdorf auf einer Fläche von weniger als einem Hektar. Dieser Sachverhalt ist für die Festlegung des Vorranggebietes nicht von Bedeutung, kann aber im Bodenordnungsverfahren berücksichtigt werden.
397-403	BOV Mückendorf, Verf.-Nr. 1001 R Projektleitung VLF: [Name anonymisiert] Verfahrensstand: nach der Ausführungsanordnung	Das benannte Bodenordnungsverfahren tangiert den Festlegungsbereich des VRW 56 im Bereich des Flurstücks Nr. 2, Flur 002, Gemarkung Mückendorf auf einer Fläche von weniger als einem Hektar. Dieser Sachverhalt ist für die Festlegung des Vorranggebietes nicht von Bedeutung, kann aber im Bodenordnungsverfahren berücksichtigt werden.

TÖB: 419 Eisenbahn-Bundesamt

Bezug: allgemeine Hinweise

419-401	Mit Schreiben vom 23.07.25 wurde das Eisenbahn-Bundesamt als Aufsichts- und Genehmigungsbehörde für Betriebsanlagen der Eisenbahnen des Bundes über den Beschluss zur Durchführung eines Änderungsverfahrens zum sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming unterrichtet und aufgefordert über die beabsichtigten oder bereits eingeleiteten Planungen sowie Maßnahmen zu informieren. Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnfernstromleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes (Bundes Eisenbahnverkehrsverwaltungsgesetz- BEVVG) berühren. Dem Eisenbahn-Bundesamt sind keine aktuellen Planungen der Eisenbahnen des Bundes in diesem Bereich bekannt.	Die allgemeinen Hinweise zu Zuständigkeiten des Eisenbahn-Bundesamtes sowie die Mitteilung, dass dem Eisenbahn-Bundesamt keine Planungen der Eisenbahnen des Bundes in den Änderungsbereichen bekannt sind, werden zur Kenntnis genommen.
---------	--	---

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
419-402	<p>Darüber hinaus teile ich Ihnen mit, dass von Seiten des Eisenbahn-Bundesamts zum Windpark „Mückendorf“ zuletzt im Rahmen des B-Planverfahrens Stellung genommen wurde.</p> <p>Ungeachtet dessen möchte ich darauf hinweisen, dass sich entsprechend der Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen (EiTB), Anlage A 1.2.8/6 Abstandsregelungen für Windenergieanlagen zu Verkehrswegen und Gebäuden ergeben. Danach gelten im Allgemeinen in nicht besonders eisgefährdeten Regionen Abstände zwischen Windenergieanlagen und Verkehrswegen sowie Gebäuden, gemessen von der Turmachse, größer als 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) als ausreichend. In anderen Fällen ist die Stellungnahme eines Sachverständigen erforderlich. Die technischen Regeln und Festlegungen der EiTB sind bei der Auslegung des § 2 Abs. 1 EBO in Bezug auf die Anforderungen an die Sicherheit und Ordnung heranzuziehen. Die EiTB baut auf der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (MVV TB) auf. Die Abstandsregelung zu Windenergieanlagen in der EiTB ist inhaltsgleich aus der MVV TB übernommen worden. Darüber hinaus empfiehlt das Eisenbahn-Bundesamt folgende Mindestabstände zu den Betriebsanlagen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zu Bahnstromfernleitungen (110 kV) ohne Schwingungsschutzmaßnahmen (Dämpfungseinrichtungen) => das 3-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA. 2. Zu Bahnstromfernleitungen (110 kV) mit Schwingungsschutzmaßnahmen => das 1-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA. 3. Zu Richtfunkstrecken und Sendeanlagen an Schienenwegen => das 2-fache des Rotordurchmessers der geplanten WEA. 4. Zu Richtfunkstrecken jenseits von Schienenwegen => 35 m beiderseits der Richtfunkstrecke zu der geplanten WEA. 5. Zu Sendeanlagen jenseits von Schienenwegen => das Höhenmaß der höheren Anlage (Sendeanlage oder geplante WEA einschließlich Rotorradius) <p>Insgesamt ist zu beachten, dass die baulichen Anlagen nicht die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben und Gesundheit, gefährden sowie die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs ist gewahrt bleibt.</p> <p>Ich bitte diese Punkte bei den weiteren Planungsschritten zu berücksichtigen. Die endgültige Entscheidung über Standorte der Windenergieanlagen obliegt allerdings der alleinigen Verantwortung der zuständigen Behörde, welche die entsprechende Genehmigung erteilt.</p> <p>Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass es der Eisenbahninfrastrukturbetreiberin obliegt die Prüfung, ob bzw. inwieweit die Belange des Eisenbahnbetriebs, einschließlich der Instandhaltung der Bahnanlagen, mit der in Rede stehende Planung kollidieren. Das Eisenbahn-Bundesamt prüft auch nicht die Vereinbarkeit aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen und der Bahnfernstromleitungen. Daher sind diese separat zu beteiligen.</p>	<p>Die Hinweise auf die Eisenbahnspezifischen Technischen Baubestimmungen sowie Empfehlungen zu Mindestabständen zu Bahnbetriebsanlagen werden im Rahmen der Gebietsbezogenen Sachverhaltsermittlungen und Bewertungen berücksichtigt.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

TÖB: 2068 Waldkleeblatt – Natürlich Zauche e.V.

Bezug: allgemeine Hinweise

2068-401 01. Politisches Umfeld

Generell stellen wir als anerkannte Umweltvereinigung "Waldkleeblatt- Natürlich Zauche e.V." unser Erstaunen über konkret diese Planung im Juli 2025 fest. Schon am 7. November 2024 zerbrach die Ampel-Koalition. Am 23. Februar 2025 fanden deshalb Neuwahlen im Bund statt und am 5. Mai 2025 wurde Friedrich Merz als neuer Kanzler einer schwarz-roten Regierung gewählt. Dem Vernehmen nach wurde von der neuen Regierung zum 1.09.2025 ein Gutachten zur so genannten "Energiewende" in Auftrag gegeben. Es wird allgemein erwartet, dass dies aus wirtschaftlichen Gründen zu erheblichen Änderungen der Energie- und Klimapolitik führen muss. Nur weil die Landtagswahl vom 22. September 2024 zu einer rot-BSW-Regierung in Brandenburg führte anzunehmen, die Energie- und Klimapolitik bliebe unverändert, erscheint uns höchst "blauäugig". Falls sich die Regionale Planungsgemeinschaft auch nach fast einem Jahr nach dem Koalitionsbruch nicht bereit findet, ihre Entscheidungen auf eine ideologiefreie, rein wissenschaftliche Basis zu stellen, erscheint es selbstverständlich, alle Entscheidungen so lange auszusetzen bis die entsprechenden Bundesgesetze novelliert sind. Wir sehen dazu jedoch keinen Anlass, denn es handelt sich zu allermeist nicht um wirklich neue Erkenntnisse, sondern um 25 bis 30 Jahre alte Tatsachen, die lediglich zu Zeiten von Bundes-Wirtschafts- und Klimaschutzminister Habeck systematisch unterdrückt wurden. Die zentrale Rolle spielen dabei das sogenannte Osterpaket I und II. Im Klartext handelt es sich um ca. 100 Gesetze, die alle Anti-Natur- und Tierschutz sind. So heißt es im Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2023) im § 2 "Besondere Bedeutung der erneuerbaren Energien: Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 ist nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnisverteidigung anzuwenden.

Die Ausführungen zur Klimapolitik werden zur Kenntnis genommen. Der Anregung, "alle Entscheidungen so lange auszusetzen bis die entsprechenden Bundesgesetze novelliert sind" wird nicht gefolgt. Für die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 sind Belange maßgeblich, die auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind. Die Regionale Planungsgemeinschaft berücksichtigt bei ihren Entscheidungen die Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt der Entscheidung.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
2068-402	<p>02. Erneuerbare Energien</p> <p>Der Begriff an sich ist wissenschaftlich "anrüchig", weil er diese Energien begrifflich in die Nähe des Perpetuum Mobile - einer unrealen Fiktion - stellt. Tatsache ist, die Energie wird stets bei der Umwandlung verbraucht und muss dann ersetzt werden. Das gilt jedoch für alle Energieumwandlungen. Speziell geht es um Windkraft, Photovoltaik und Biomasse. Letztere hat den Vorteil; dass es sich um gespeicherte Energie handelt. Es wird aber stets Humus verbrannt. Gebundener Kohlenstoff geht zurück in die Atmosphäre. Der Standort verarmt. Bei Biogas-Anlagen wird 50% der Stärke wieder in C02 verwandelt und in die Atmosphäre abgegeben. Außerdem emittieren die Maisäcker Lachgas - 300 mal so klimaschädlich wie C02 und - verbleibt für 100 Jahre in der Lufthülle der Erde. Photovoltaik ist als Freiflächen-Anlage äußerst flächenfressend. Da die Doppelnutzung (EnergieErhaltungssatz) eine Legende ist, frisst sie die Flächen der Wildtiere auf. Das Recycling ist ein energetisches und chemisches Problem wegen giftiger Elemente. Außerdem liefert Photovoltaik ein halbes Jahr keinerlei Energie und im Sommer etwa die Hälfte am Tage. Die mit Abstand größten Probleme hat die Windkraft. Sie ist extrem volatil und durch schnelle Wechsel der Windgeschwindigkeit und Richtung gekennzeichnet. Zur Ausrichtung muss jedes Windrad abgeschaltet werden. Es verbraucht dann in erheblichem Masse Netzstrom. Diese schnellen, unangekündigten Schaltvorgänge machen sie zu einem erstrangigem Störfaktor in den Netzen. Früher galt als Faustformel, dass man etwa 20% der installierten Leistung als reale Leistung ansetzen kann. Durch den Sättigungs- und Störeffekt von Wirbelschleppen aus benachbarten Windparks sinkt dieser Wert aber von Jahr zu Jahr immer mehr. Wie man heute aus LIDAR- bzw. Doppler-Radar Messungen weiß, reicht der Einfluss der Wirbelschleppen 50 bis 80 km weit, also bedeutend weiter als die von Windkraftfirmen angenommenen 3 bis 4 Blattlängen. Generell wachsen mit den steigenden Blattlängen natürlich auch die gegenseitigen Einflusszonen der Wirbelschleppen. Zivilrechtlich ist der Fall schon geklärt. Wenn ein neu dazu gekommener und größerer Windpark den Ertrag der älteren Parks schmälert, haftet der neue für die Verluste der alten. Das oftmals als Fortschritt beklatschte Höhenwachstum der Windparks ist in Wahrheit keiner. Der Propeller-Wirkungsgrad beträgt unabhängig von der Blattlänge etwa 50%. Die Blätter werden aus kalkulatorischen Gründen (ungelernte Arbeitskräfte) vor wie nach aus GfK bzw. zunehmend KfK mit gewaltigen Tropenholzkernen (Balsa) laminiert. Die Blätter sind aggressiveren Höhenwinden und Regen ausgesetzt. Das Blattmaterial verschleißt und wird in mikroskopisch kleinen Partikeln - Mikroplastik abgetragen. Hinzu kommt unumgesetztes Kunstharz mit PFAS, winzige Kohle (lungengängig) und andere Fasern. Der ganze Vorgang ist der Windindustrie übrigens bekannt, wird aber verschwiegen, ignoriert, mit falschen Zahlen kleingerechnet. Kürzlich wurde in USA veröffentlicht, dass die Partikel so klein sind, dass sie durch die Spaltöffnungen der Blätter in die Blätter aufgenommen werden. Die einzige Sanierungschance heißt Erde mit allen Pflanzen abtragen und zur Sondermüll-Deponie. So bekommt der Slogan: "Wir wollen, dass die einfachen Bürger etwas von den WEA haben", einen ganz neuen Sinn. Das wäre zu vermeiden gewesen. Die Blätter könnte man auch als Hohlkörper in Halbschalen-Bauweise herstellen. Das wäre aber Handarbeit von Flugzeugbauern. Falls wir in einigen Monaten mit dem Rückbau von Windparks tatsächlich anfangen sollten, heißt das natürlich - die neuesten zuerst - nur weil da die Blätter noch unabrasiert sind.</p>	<p>Die Ausführungen zu physikalischen Grundlagen der Windenergienutzung, Freiflächensolaranlagen, Biogasanlagen, Maisanbau, Wirbelschleppen, Rotorblattherstellung und Recycling werden zur Kenntnis genommen. Diese stellen keine Belange dar, die für die Durchführung des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und von Bedeutung sind.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
2068-403	<p>03. Anlaß, Ziel und Zweck der Planung</p> <p>Die Widersprüche zwischen der alten, ideologischen Denkweise und den neueren, wissenschaftlichen Analysen zeigt sich gleich zu Anfang auf Seite 4 des Bebauungsplan "Windpark Mückendorf" der Stadt Baruth/Mark [1] Es heißt dort: "Die Umsetzung der von Bund und Ländern angestrebten Energiewende im Interesse des Klima- und Umweltschutzes setzt eine deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion voraus. So wird auf Bundesebene angestrebt, den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern bis zum Jahr 2030 auf mindestens 80% zu steigern (vergl. §1 EEG 2023) und nach Vollendung des Kohleausstiegs bis zum Jahr 2045 eine treibhausgasneutrale Stromversorgung zu erreichen. Die Nutzung von Windkraft spielt bei Erreichung der Ziele eine wichtige Rolle."</p> <p>Nach den Ergebnissen der Arbeiten zur Energiewende ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Der Beitrag aus Windenergie betrug etwa 30%, trotz des starken Anstieges der installierten Leistung, d.h. ein Anteil von 80% innerhalb von 4 Jahren erscheint reine Illusion zu sein. Seit diesem Jahr geht es weiter bergab. Dr. Martin Dörenkemper vom Fraunhofer Institut für Windsysteme benennt die Größenordnung der durchschnittlichen Verluste: "Bei bestimmten Windrichtungen- und geschwindigkeiten und dichten Abständen zwischen den Anlagen können die Nachlaufverluste bis zu 30% betragen - sowohl an Onshore- als auch an Offshore- Standorten. Ein optimiertes Layout für einen typischen OffshoreWindpark sorgt jedoch dafür, dass die Nachlaufverluste im Bereich von 10% oder weniger des potentiellen Jahresenergieertrages liegen."</p> <p>"[2]</p>	<p>Die Ausführungen zu Nachlaufverlusten werden zur Kenntnis genommen. Auch diese Erwägungen sind kein Belang, der auf Regionalplanebene von Bedeutung ist.</p>
<p>Bezug: Windgebiete</p> <p><i>Gebiet: VRW 56 Mückendorf</i></p>		
2068-405	<p>Der Windpark Mückendorf soll einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung des Gewerbeparks und von Unternehmen in Baruth leisten. Gibt es eigentlich aus den zurückliegenden 2 Jahren Windgeschwindigkeitsmessungen aus dem Gebiet? Die Erfahrung aus neu aufgebauten Windparks in Brandenburg zeigt nämlich eine ständig abfallende Windleistung. Im Sommer und Winter herrscht Flaute. Der Leistungsverlust kann in den Übergangszeiten nicht ausgeglichen werden. Woher soll die Energie in den Ausfallzeiten bezogen werden? Mit wieviel Watt überschüssigem Strom rechnen Sie für die Produktion von SAF? Wir beziehen uns auf Abbildung 6: Lage und Bezeichnung der geplanten Windenergieanlagen im Geltungsbereich auf Seite 48 des Bebauungsplanes Es ist zu erkennen, wie die geplanten 24 WEA auf der etwa 583 ha großen quadratischen Planfläche verteilt sind. Der horizontale und vertikale Abstand untereinander beträgt dabei etwa 300m bis 500m. Die vorherrschende Windrichtung ist in Brandenburg West. Ziel der Planung muss sein möglichst vielen WEA über die Mehrzahl der Zeit eine freie Anströmung von Wind zu ermöglichen. Das ist bei der geplanten Aufstellung nicht gegeben. Es sollte daher statt dessen eine lineare Aufstellung in Nord-Süd-Richtung gewählt werden. Das könnten z.B. WEA 3, WEA 7, WEA 11, WEA 14, WEA 18 sein, insgesamt also 5 WEAs. Unser Ortstermin hatte uns westlich der B96 eine zusammenhängende unzerschnittene Waldfläche mit Waldumbau durch Laubbäume auf Flächen innerhalb des Waldgebietes gezeigt. Dünen und andere Sandverwehungen aus dem Baruther Urstromtal sind ein Beleg für die Vielfalt des Lebensraumes. Generell können LSG nur dann nachhaltig sein, wenn ursprüngliche Flächen auch für Genaustausch erhalten bleiben.</p> <p>04. Fazit In Anbetracht der zu erwartenden Änderungen aus dem Bundeswirtschaftsministerium erscheint uns der Bebauungsplan mit seinen sehr im Sinne eines ideologischen Klimaschutzes gesetzten Prämissen nicht mehr zeitgemäß. Wir lehnen das Projekt in der derzeitigen Form deshalb grundsätzlich ab. Mindestens sollte die Entscheidung auf einen Zeitraum nach der Neupositionierung der Wirtschaftspolitik verlegt werden. Diese Stellungnahme ist unsere persönliche Stellungnahme. Nachträge und weitere Einwendungen behalten wir uns vor.</p>	<p>Die Ausführungen zur Anlagenkonfiguration im Bebauungsplanentwurf "Windpark Mückendorf" werden zur Kenntnis genommen. Darauf kann im Rahmen der Regionalplanung kein Einfluss genommen werden. Bezüglich der Lage des VRW 56 im Landschaftsschutzgebiet wird auf den Datensatz 183-414 verwiesen.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Gebiet: VRW 57 Bensdorf-Herrenhölzer

- 2068-404 Unser Ortstermin hatte uns im Gebiet des zukünftigen Windparks Herrenhölzer ein kleinteiliges Mosaik aus Wald und Acker mit z.T. Sträuchern gezeigt. Laubgehölze sind zahlreich im Unterbau vertreten - besonders Eberesche und Eiche. Es gibt im Gebiet gute Jagd- und Brutmöglichkeiten für Greifvögel. Die Errichtung von 12 WKA vom Typ VESTAS V 112-3,3 MW könnte zu plötzlichen Mäuseplagen führen. Auf dem Hof in Herrenhölzer ist ein nettes Café für Besucher eingerichtet. Durch den Anblick des Windparks und insbesondere durch die sich vornehmlich im Bereich der Ortslage ausbreitenden Wirbelschleppen dürfte das Café verweist bleiben. Hat die etwas überraschende Genehmigung des Windparks etwas mit der Randlage zum Nachbarbundesland zu tun?
04. Fazit
In Anbetracht der zu erwartenden Änderungen aus dem Bundeswirtschaftsministerium erscheint uns der Bebauungsplan mit seinen sehr im Sinne eines ideologischen Klimaschutzes gesetzten Prämissen nicht mehr zeitgemäß. Wir lehnen das Projekt in der derzeitigen Form deshalb grundsätzlich ab. Diese Stellungnahme ist unsere persönliche Stellungnahme. Nachträge und weitere Einwendungen behalten wir uns vor.

Die Hinweise zu den örtlichen Begebenheiten im Bereich des VRW 57 werden zur Kenntnis genommen. Prognosen über lokale Vorkommen von Kleinsäugetieren und Besucherzahlen lokaler gastronomischer Einrichtungen gehören nicht zu den Belangen, die auf der Ebene der Regionalplanung von Bedeutung sind.

TÖB: 2078 Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel

Bezug: allgemeine Hinweise

- 2078-402 Mit dem 09.06.2021 ist das „Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie“ in Kraft getreten, welches im Schwerpunkt die Übertragung der hoheitlichen Zuständigkeit für Teile des wasserwirtschaftlichen Ausbaus an Binnenwasserstraßen des Bundes von den Ländern auf die WSV, soweit dieser Ausbau zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erforderlich ist, beinhaltet.
Die Gesetzesänderung bezieht sich auf die Binnenwasserstraßen des Bundes aller Art. Die Zuständigkeit für die Bewirtschaftungsplanung nach WRRL sowie für Maßnahmen, die überwiegend zum Zwecke des Hochwasserschutzes oder der Verbesserung der chemischen oder physikalischen Qualität des Wassers durchgeführt werden, verbleibt bei den Bundesländern.
Maßnahmen, die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 WHG erforderlich sind und mit einer wesentlichen Umgestaltung einer Binnenwasserstraße des Bundes oder ihrer Ufer im Sinne des § 67 Abs. 2 Satz 1 und 2 WHG verbunden sind, sind mit Inkrafttreten des Gesetzes unter den Voraussetzungen des § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 WaStrG eine Hoheitsaufgabe der WSV. Zu den Maßnahmen nach § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 WaStrG gehören auch solche Maßnahmen, bei denen Gewässerteile nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 WaStrG entstehen, die einen räumlichen Zusammenhang mit der Binnenwasserstraße aufweisen, auch wenn sie sich vor der Ausbaumaßnahme außerhalb des Ufers der Binnenwasserstraße befanden (§ 12 Abs. 2 Satz 2 WaStrG). Die Zuständigkeit für die Planung, Genehmigung und Umsetzung dieser Maßnahmen liegt daher bei der WSV.
Es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, sofern die nachstehenden Hinweise im weiteren Beteiligungsverfahren berücksichtigt werden.

Die Hinweise zur Rechtslage und zur Wasserrahmenrichtlinie werden zur Kenntnis genommen.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
2078-405	<p>Allgemeines: Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, dass Bundeswasserstraßen nach § 1 Absatz 1 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) gemäß Artikel 87 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 89 des Grundgesetzes (GG) im Eigentum und in der Verwaltungszuständigkeit der WSV stehen. Der Umfang und der Geltungsbereich der Binnen und Seewasserstraßen ist in § 1 Absätze 1, 2 und 4 WaStrG definiert. Die Unterhaltung von Bundeswasserstraßen (§ 7 Absatz 1 WaStrG) ebenso deren Aus und Neubau (§ 12 Absatz 1 WaStrG) einschließlich Zubehör (z.B. Schleusen, Wehre, Brücken und Schiffshebewerke) sind dem Bund als Hoheitsaufgabe übertragen worden. Die Widmung der Bundeswasserstraßen als Verkehrsweg bestimmt ihren wegrechtlichen Status auf Dauer und bewirkt eine Zweckerhaltung, die nur im Wege einer Bestandsänderung nach § 2 WaStrG beseitigt werden kann.</p> <p>Am 09.06.2021 ist das Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie" in Kraft getreten, welches das WaStrG entsprechend ändert und im Schwerpunkt die Übertragung der hoheitlichen Zuständigkeit für Teile des wasserwirtschaftlichen Ausbaus an Binnenwasserstraßen des Bundes von den Ländern auf die WSV, soweit dieser Ausbau zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erforderlich ist, beinhaltet.</p> <p>Die Gesetzesänderung bezieht sich auf die Binnenwasserstraßen des Bundes aller Art. Die Zuständigkeit für die Bewirtschaftungsplanung nach WRRL sowie für Maßnahmen, die überwiegend zum Zwecke des Hochwasserschutzes oder der Verbesserung der chemischen oder physikalischen Qualität des Wassers durchgeführt werden, verbleibt bei den Bundesländern.</p> <p>Maßnahmen, die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) erforderlich sind und mit einer wesentlichen Umgestaltung einer Binnenwasserstraße des Bundes oder ihrer Ufer im Sinne des § 67 Absatz 2 Satz 1 und 2 WHG verbunden sind, sind mit Inkrafttreten des Gesetzes unter den Voraussetzungen des § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 WaStrG eine Hoheitsaufgabe der WSV. Zu den Maßnahmen nach § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 WaStrG gehören auch solche Maßnahmen, bei denen Gewässerteile nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 WaStrG entstehen, die einen räumlichen Zusammenhang mit der Binnenwasserstraße aufweisen, auch wenn sie sich vor der Ausbaumaßnahme außerhalb des Ufers der Binnenwasserstraße befanden (§ 12 Absatz 2 Satz 2 WaStrG). Die Zuständigkeit für die Planung, Genehmigung und Umsetzung dieser Maßnahmen liegt daher bei der WSV. Der Widmungszweck einer Bundeswasserstraße als Verkehrsweg darf nicht beeinträchtigt werden. Weder dürfen die Sicherheit und Leichtigkeit des (ruhenden und laufenden) Schiffsverkehrs eingeschränkt werden noch dürfen Störungen auf die Bundeswasserstraßen einschließlich ihrem Zubehör einwirken. Vorsorglich weise ich darauf hin, dass gemäß § 4 Nummer 4 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eine Funktionssicherungsklausel besteht, wonach bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf Flächen, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken der See oder Binnenschiffahrt dienen, die bestimmungsgemäße Nutzung zu gewährleisten ist.</p>	Die allgemeinen Hinweise zum Bundeswasserstraßengesetz werden zur Kenntnis genommen.
Bezug: Umweltbelange		
2078-403	<p>Im Untersuchungsrahmen zur Umweltprüfung zum sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung vom Dez. 2022 fehlt der Belang Wasserrahmenrichtlinie (Unterlage, insb. Kap. 8) Kap. 5.2 Ziele Verbesserungsgebot und Verschlechterungsverbot sowie Trendumkehrgebot nach Wasserrahmenrichtlinie. Schutzgut Wasser Wasserrahmenrichtlinie, Oberflächenwasserkörper und Grundwasserkörper (BfG Wasserblick und Steckbriefe des LfU). Auch anlagenbedingte Wirkungen müssen beim SG Wasser bzgl. Grundwasser berücksichtigt werden.</p>	Der Hinweis betrifft die Festlegung des Untersuchungsrahmens einschließlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrads des Umweltberichts und wird in diesem Zusammenhang berücksichtigt.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Bezug: Windgebiete

Gebiet: VRW 57 Bensdorf-Herrenhölzer

2078-401	<p>Aus den Unterlagen ist ersichtlich, dass durch die Ergänzungen Planungen hier Windpark Herrenhölzer die Belange der Wasserstraßen und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) berührt werden. Es handelt sich hierbei um die Bundeswasserstraßen Elbe-Havel-Kanal" (EHK) von km von km 373,500 und km 374,500 am Nordufer. Diese Binnenwasserstraßen sind laut Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.05.2007 (BGBl. 1 S. 962; 2008 1 S. 1980), die dem Verkehr mit Güter- und Fahrgastschiffen oder der Sport und Freizeitschifffahrt mit Wasserfahrzeugen dienen und die gemäß Artikel 87 Abs. 1 Satz 1, Artikel 89 Grundgesetz (GG) in der Verwaltungszuständigkeit des Bundes stehen. Die Unterhaltung von Bundeswasserstraßen ist nach § 7 Abs. 1 WaStrG Hoheitsaufgabe des Bundes, die von der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) wahrgenommen wird. Hierbei ist zu beachten, dass die hoheitlichen Aufgaben der WSV sich nicht nur auf das Gewässerbett einer Bundeswasserstraße, sondern auch auf die ihrer Unterhaltung nach §§ 7 ff WaStrG dienenden bundeseigenen Ufergrundstücke beziehen. Unter der Unterhaltung der Bundeswasserstraße versteht man, die Wasserstraße für die Schifffahrt in einem erforderlichen Zustand zu halten.</p> <p>Die bereits in meinem Schreiben vom 11.05.2022 zum Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 3.0 gemachten Aussagen zum Punkt Windenergienutzung behalten weiter ihre Gültigkeit. Es ist zu bemerken, dass ein Mindestabstand von 500 m zu Gewässern 1. Ordnung einzuhalten sind. Sobald Windenergiestandorte in einem Abstand von 10 km zu einer Bundeswasserstraße geplant sind, ist das WSA Spree Havel zu beteiligen.</p>	<p>Der Anregung, einen Mindestabstand von 500 Metern zum Elbe-Havel-Kanal bei der Festlegung des VRW 57 zu berücksichtigen, wird nicht gefolgt. Zur Begründung wird auf den Datensatz 2078-404 verwiesen.</p>
----------	--	---

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
2078-404	<p>Aufgrund des gewählten Maßstabs für die Karten bzw. aufgrund des Dateiformats der Verfahrensunterlagen gehe ich generell davon aus bzw. setzte ich voraus, dass die Flächen der WSV nicht überplant werden. Ansonsten sind die Planungsgrenzen entsprechend anzupassen und zurückzunehmen.</p> <p>Es dürfen weder Einschränkungen auf die Sicherheit und Leichtigkeit des (ruhenden und laufenden) Schiffsverkehrs noch störende Einwirkungen auf die Bundeswasserstraßen, einschließlich ihrem Zubehör ausgehen. Dies gilt auch für bereits ausgewiesene bzw. bestehende Gebiete, wie beispielsweise die Windenergiegebiete in Parey und Schackstedt, da z.B. Auswirkungen durch ein Repowering derzeit noch nicht abgeschätzt werden können.</p> <p>Durch Windenergieanlagen (WEA) kann es zu Beeinflussungen der radargestützten Navigation, des Binnenschiffahrtsfunks sowie anderer funktechnischer Kommunikationswege kommen. Auch, wenn dieser Fall eher selten zu erwarten ist, weise ich vorsorglich darauf hin, dass in diesen Fällen für jede WEA eine Einzelfallprüfung erforderlich werden kann und die Kosten, auch für die ggf. erforderlichen Maßnahmen zur Verminderung der Störungen, die jeweiligen WEA Betreibenden zu tragen haben.</p> <p>Hiervon betroffen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> o Radarbildstörungen bei der mit Radar navigierenden Schifffahrt o Binnenschiffahrtfunk. Es handelt sich hier um einen internationalen mobilen Sicherheitsfunkdienst, der aufgrund der „Regionalen Vereinbarung über den Binnenschiffahrtfunk“ abgewickelt wird. Über den Binnenschiffahrtfunk werden Nachrichten ausgetauscht und Absprachen zum Beispiel bei Schiffsbegegnungen getroffen, die sich auf den Schutz von Personen oder auf die Fahrt oder die Sicherheit von Schiffen beziehen, also generell sicherheitsrelevant sind. Der UKW-Sprechfunkverkehr im Binnenschiffahrtfunk kann ebenfalls betroffen sein. o Sowie weiterer funkgestützter Kommunikations- und Ortungssysteme wie z. B. AIS (Automatic Identification System) deren Ausbau, sofern nicht bereits vorhanden, in Kürze bevorsteht. <p>Es ist ganztägig (24 Stunden pro Tag) zu gewährleisten, dass durch Lichtblitze („Disco-Effekt“) und der Nachtbefeuerung der WEA's keine störenden Lichter entstehen oder es nicht zu Verwechslungen mit Schiffsfahrtszeichen kommen kann, deren Wirkung beeinträchtigt, deren Betrieb behindert oder die Schiffsführenden durch Blendwirkungen, Spiegelungen (ggfls. auch indirekt durch Reflektionen der Wasseroberflächen) oder anders irreführt oder behindert werden.</p> <p>An dieser Stelle sei daraufhin gewiesen, dass die vorgenannten optischen Bedingungen auch von Photovoltaik Anlagen zu gewährleisten sind.</p> <p>Beim Ausbau der Netzinfrastruktur im Hochspannungsbereich gilt grundsätzlich, dass für Erdkabel nur die unterirdischen Verlegung und geschlossenen Bauweise infrage kommt und das Arbeitsblatt DWAA 125 "Rohrvortrieb und verwandte Verfahren", Ausgabe Dezember 2008 herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA), hier insbesondere der Abschnitt 10 und die Technische Richtlinie des DCA (Verband Güteschutz Horizontalbohrungen e.V.) sind bei der Planung und Errichtung der Anlage zu beachten ist.</p> <p>Zur Bestimmung der Mindestlichthöhen bei Freileitungen sind i.d.R. das Grundmaß und der Sicherheitsabstand, in Abhängigkeit der höchsten Betriebsspannung, gemäß der VDE-Vorschriften („Freileitungen über AC 1 kV", DIN EN 503411 (VDE 02101), Ausgabe November 2013) als Mindestabstand zum jeweiligen Bezugswasserspiegel, zu addieren.</p> <p>Bei der Einhaltung der vorgenannten Abstände ist nicht vollständig auszuschließen, dass es nach der Errichtung und den Betrieb der Freileitungen hier ebenfalls zu Beeinflussungen der radargestützten Navigation, des Binnenschiffahrtsfunks, der WSV Richtfunkstrecken sowie anderer funktechnischer Kommunikationswege kommen kann.</p> <p>Daher gilt auch hier der vorsorgliche Hinweis, selbst wenn dies eher selten zu erwarten ist, dass in diesen Fällen für jede Freileitungstrasse ein Gutachten eines bestellten Gutachters oder einer bestellten Gutachterin in verständlicher Form zur Beurteilung der Funk und Verkehrstechniken, Funk, GNSS (Global Navigation Satellite System), AIS (Automatik Identifikation System), Radar, Melde und Informationssysteme sowie der WSV eigenen Kommunikationstechnik erforderlich werden kann und die Kosten, auch für die ggf. erforderlichen Maßnahmen zur Verminderung der Störungen, die jeweiligen Vorhabensträger zu tragen haben.</p> <p>Für die Standorte der Masten, einschließlich deren Gründungen stehen die Flächen der WSV nicht zur Verfügung.</p> <p>Ergänzungen sind erforderlich zu den eventuell in den 5km Radien um diese Flächen bereits vorhandenen Versorgungsleitungen und Funkmasten des Nautischen Informationsfunks und des AIS. Diese sollten über ein Gutachten zur Beurteilung der Funk und Verkehrstechniken, Funk, GNSS (Global Navigation Satellite System), AIS (Automatik</p>	<p>An Bundeswasserstraßen dürfen im Außenbereich in einem Abstand bis 50 Meter von der Uferlinie keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich geändert werden (§ 61 Absatz 1 Satz 1 BNatSchG). Darüber hinaus sind keine Abstandsregelungen normativ festgelegt.</p> <p>Mögliche Beeinträchtigungen des für die Schifffahrt erforderlichen Zustands der Bundeswasserstraße oder der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sind auf Grundlage der technischen Parameter der zu errichtenden Windenergieanlagen sowie standortabhängig im Einzelfall zu prüfen und ggf. durch geeignete Maßnahmen und Auflagen zu berücksichtigen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die von Windenergieanlagen ausgehenden Risiken bei Eisbildung, Anlagenhavarien und durch optische Beeinträchtigungen regelmäßig durch Nebenbestimmungen im Anlagegenehmigungsverfahren auf ein verträgliches Maß reduziert werden können. ([13] Rn. 47)</p> <p>Für die Bemessung eines ausreichenden Abstands zwischen der Außengrenze des Vorranggebiets und dem Elbe-Havel-Kanal kann daher auf den Abstand zwischen dem Nordufer des Kanals und dem nächstgelegenen Windenergieanlagenstandort Bezug genommen werden, der mit Bescheid des Landesamtes für Umwelt vom 22. Oktober 2024 (Nr. 60.079.W0/11/1.6.2V/T11) genehmigt wurde.</p> <p>Ausweislich der Genehmigungsentscheidung kann festgestellt werden, dass bei Einhaltung dieses Abstands, Belange der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sowie des Zustands der Bundeswasserstraße der Errichtung von Windenergieanlagen nicht entgegenstehen.</p> <p>Die südliche Grenze des Vorranggebiets wird mit einem Abstand von 130 m zum Nordufer des Elbe-Havel-Kanals festgelegt. Das Nordufer des Kanals wird auf der Grundlage der digitalen Geodaten des Amtlichen Topographisch kartographischen Informationssystems (ATKIS, Objektart AX_Fliessgewaesser, 44003) identifiziert.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

Identification System), Radar, Melde- und Informationssysteme sowie der WSV eigenen Kommunikationstechnik beurteilt werden, wobei die Kosten, auch für die ggf. erforderlichen Maßnahmen zur Verminderung der Störungen, die jeweiligen Vorhabensträger zu tragen haben.

Sollte für die mit der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieanlagen hiermit in Zusammenhang stehenden Kabeltrassen u. dgl. mein Eigentum beansprucht werden, ist dies im Vorfeld mit aussagekräftigen Unterlagen anzuzeigen/zu beantragen. Hierfür ist der Abschluss einer privatrechtlichen Vereinbarung notwendig. Eintragungen von Grunddienstbarkeiten in mein Grundbuch können nicht erfolgen.

TÖB: 2091 Telefónica Germany GmbH & Co. OHG

Bezug: Windgebiete

Gebiet: VRW 56 Mückendorf

2091-401 Zur besseren Visualisierung erhalten Sie beigefügt zur E-Mail zwei digitale Bilder, welche den Verlauf unserer Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen durch Ihren Standort verdeutlichen soll. Die farbigen Linien verstehen sich als Punkt-zu-Punkt-Richtfunkverbindungen (graue und schwarze Verbindungen verlaufen terrestrisch) von Telefónica Germany GmbH & Co. OHG.
Der Windpark Mückendorf ist von Richtfunkstrecken betroffen. [Datenschutz]
Man kann sich diese Telekommunikationslinien als horizontal über der Landschaft verlaufende Zylinder mit einem Durchmesser von rund 20-60m (einschließlich der Schutzbereiche) vorstellen (abhängig von verschiedenen Parametern). Bitte beachten Sie zur Veranschaulichung die beiliegenden Skizzen mit Einzeichnung der Trassenverläufe. Alle geplanten Masten, Rotoren und allenfalls notwendige Baukräne oder sonstige Konstruktionen dürfen nicht in die Richtfunktrassen ragen und müssen daher einen horizontalen Schutzkorridor zur Mittellinie der Richtfunkstrahlen von mindestens +/- 30 m und einen vertikalen Schutzabstand zur Mittellinie von mindestens +/- 15m einhalten. Bitte beachten Sie diesen Umstand bei der weiteren Planung Ihrer Windkraftanlagen.
Ergeben sich im Laufe des Projektes Änderungen bezüglich der Standortkoordinaten oder des WEA Typs, so bitten wir Sie uns dies mitzuteilen, damit eine erneute Überprüfung erfolgen kann.

Der Anregung, ausgewählte Flächen im Stadtgebiet Rathenow für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen, kann nicht gefolgt werden. Soweit erkennbar befinden sich alle von der Stadt für eine Ausweisung als Windenergiegebiet in Betracht gezogenen Flächen im Landschaftsschutzgebiet „Westhavelland“.

Es wird Folgendes festgestellt: Die Regionale Planungsgemeinschaft hält an ihrer Entscheidung fest, Flächen in Landschaftsschutzgebieten allgemein nicht für eine Festlegung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung in Betracht zu ziehen. Die Planungsabsichten der Stadt Rathenow sind noch nicht so weit konkretisiert, dass Flächen unter Berücksichtigung des allgemeinen Planungsziels Nummer 2 für eine Festlegung als Vorranggebiete im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 in Betracht gezogen werden können.

TÖB: 2104 Berliner Forsten**Bezug: allgemeine Hinweise**

2104-401 Die Berliner Forsten sind in 2 VRW betroffen.

- VRW 36 Thyrow/Kerzendorf (Revier Nuthe), Gesamtfläche ca. 385 ha, Betroffenheit Wald BF ca. 120 ha
 - VRW 44 Großbeeren/Teltow/Stahnsdorf (Revier Nuthe) Gesamtfläche ca. 156 ha, Betroffenheit Wald BF ca. 10 ha
- Windenergie VRW 36 Thyrow/Kerzendorf: Die Flächen des VRW beanspruchen Flächen der BF im südlichen Teil des zusammenhängenden Waldkomplexes zwischen Siethen und Ludwigsfelde. In Ost-West Richtung wird der Waldkomplex durch die A10 und durch die L793 geteilt. Bisher sind im Umfeld keine WEA vorhanden. Der gesamte Waldkomplex wird intensiv als Erholungswald durch Anwohner den umliegenden Ortschaften aber auch von Berlinerinnen genutzt. Die aktuelle Ausweisung der Erholungsfunktionen trägt diesem Umstand nur unzureichend Rechnung. Die tatsächliche Nutzung durch Erholungssuchende geht deutlich über den kartographisch ausgewiesenen Bereich hinaus. Die für Windenergie im Planentwurf vorgesehenen Flächen sind ein Schwerpunkt der Waldumbaumaßnahmen im Revier Nuthe. Seit 2014 findet hier konsequent die Anreicherung der überwiegend reinen Kieferbestände mit heimischem Laubholz statt, gleichzeitig wird die Spätblühende Traubenkirsche zurückgedrängt. Je Hektar hat das Land Berlin hier in diesem Zeitraum ca. 12.000 € für den Aufbau klimastabiler Wälder investiert. Abbildung mit Waldumbauflächen (grau unterlegt): Bei diesen Flächen handelt es sich um ökologisch hochwertige Waldflächen entsprechend der Funktionen 7710 (Wald mit hoher ökologischer Bedeutung). In den Flächen zwischen diesen Waldumbauten und der Straße L793 befinden sich weiterhin Dünenstandorte, die der Waldfunktion 2100 (Wald auf erosionsgefährdetem Standort) entspricht. Neben der Binnendüne befinden sich im Gebiet eine Vielzahl geschützter Biotope (Vorwaldstrukturen) und Kleinbiotope (Flechtenkiefernwälder und Trockenrasen) im Wald und auf den Freiflächen des Vorhabengebietes. In beiden Fällen entsprechen die Ergebnisse der Waldfunktionenkartierung nicht dem aktuellen Sachstand. Dies betrifft auch die Intensität der Erholungsnutzung. Ein erheblicher Teil des geplanten VRW 36 liegt im Trinkwassereinzugsgebiet des WARL Ludwigsfelde und ist als Schutzzone III ausgewiesen. Unter anderem wegen der wichtigen Funktion des Waldes für die Speicherung und Reinigung von Trinkwasser forcieren Berliner Forsten seit 2012 den Waldumbau hin zu Mischwäldern. Eine zusätzliche Versiegelung und zu befürchtende Destabilisierung der Wälder durch die Eingriffe in den Wald ist daher abzulehnen. BF fordern deshalb die Anpassung der Ergebnisse der WFK bzw. eine Validierung der vorliegenden Kartierung und in der Folge einen Ausschluss der Abteilungen 6335, 6333, 6336, 6319 und 6321 (nördlicher Teil) aus dem VRW. Die Anlage von WEA im Wald bringt erhebliche Waldinanspruchnahmen für die Errichtung und insbesondere auch die Erschließung mit sich. Die weitgehend geschlossenen Waldbereiche müssen für Antransport und Errichtung geöffnet werden. Deutlich negative Auswirkungen bzgl. des Waldinnenklimas sind zu erwarten, die den beschriebenen Anstrengungen zum Umbau der Wälder entgegenlaufen. Dies betrifft insbesondere den westlichen und südlichen Teil des Waldgebietes, der ohnehin deutlichen Belastungen wegen der Windexposition und der benachbarten Landwirtschaft ausgesetzt ist. Eine weitere Öffnung der Wälder erhöht das Risiko weiterer witterungsbedingter Verluste von Einzelbäumen und Beständen angesichts der zu erwartenden Zunahme extremer Wetterereignisse. Der Wald im VRW ist nahezu vollständig bereits als geschlossenes Waldgebiet in der Kartierung von Schmettau (1767-1787) enthalten, stellt also definitiv einen alten Waldstandort mit ungebrochener Waldtradition dar.

Bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 2 ROG zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 wurde diese Stellungnahme am 05.10.2023 abgegeben. Die benannten Sachverhalte sind ebenda berücksichtigt worden. Das Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung wird mit der Absicht durchgeführt, zusätzliche Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festzulegen, die nach § 4 des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land zusätzlich auf das regionale Flächenziel angerechnet werden können. Die Festlegungen des nunmehr rechtswirksamen Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung (hier: VRW 36) sind vom Änderungsverfahren unberührt.

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
2104-402	<p>Windenergie VRW 44 Großbeeren-Teltow-Stahnsdorf Die Flächen des VRW beanspruchen Flächen der BF im Waldgebiet nord-östlich von Sputendorf. Der Waldkomplex ist durch eine sehr ungünstige schmale Flächenform geprägt, Randeinflüsse der umliegenden Ackerflächen sind entsprechend hoch. Der östlich angrenzende Waldbereich (nicht Bestandteil des VRW) ist seit über 20 Jahren als Prozessschutzfläche ausgewiesen und weist einen hohen Anteil an Alt- und Totholz mit den entsprechenden Arten- und Biotopzusammensetzungen auf. Vermutlich wegen dieser Qualitäten ist dieser Bereich als lokaler Klimaschutzwald kartiert. Abbildung Referenzflächen (türkis schraffiert) mit 40 m Puffer (rot) Seite Die potentielle Inanspruchnahme ist zwar gemessen an der Flächengröße nur gering, allerdings würde die Anlage von WEA in diesem Korridor vermutlich einer Auflösung angrenzender Waldstrukturen durch massive Veränderungen des Waldinnenklimas bedeuten. Dies wiegt umso schwerer, als eine Öffnung in der Hauptwindrichtung erfolgen würde. Berliner Forsten fordern daher einen Mindestabstand von 40 m des VRW von der westlichen Kante des Klimaschutzwaldes. Fazit Für alle Flächeninanspruchnahmen im Zusammenhang mit VRW fehlt eine Darstellung der mit der Planung verbundenen dauerhaften und baubedingten Waldverluste und ihrer Kompensierbarkeit. Die Zulässigkeit von Waldumwandlungen von Flächen mit besonderen Waldfunktionen ist an die Verfügbarkeit von Ersatzaufforstungsflächen gekoppelt. Der anlage- und baubedingte Verlust von Flächen mit weit fortgeschrittenem Waldumbau aus Voranbauten und Naturverjüngung mit erheblichen finanziellen Investitionen des Landes Berlin ist abzulehnen. Angesichts der Bemühungen um die Stabilisierung der Wälder angesichts des Klimawandels ist die Anlage von WEA in diesen Flächen kontraproduktiv. Eine zusätzliche Zerschneidung und Parzellierung von Waldflächen wirkt negativ auf Klimastabilität und Vitalität. Die Auswirkungen auf Biodiv (Fledermäuse, Vögel ...) ist unklar bis negativ. Es besteht infolge anlage- und baubedingter Waldverluste eine erhöhte Gefahr der Aushagerung von Waldflächen sowie der negativen Auswirkungen durch Immissionen von umliegenden Ackerflächen. Die ohnehin ungünstige Flächenform erfordert dringend den Erhalt der geschlossenen Waldstrukturen.</p>	<p>Bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach § 9 Abs. 2 ROG zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 wurde diese Stellungnahme am 05.10.2023 abgegeben. Die benannten Sachverhalte sind ebenda berücksichtigt worden. Das Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung wird mit der Absicht durchgeführt, zusätzliche Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung festzulegen, die nach § 4 des Gesetzes zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land zusätzlich auf das regionale Flächenziel angerechnet werden können. Die Festlegungen des nunmehr rechtswirksamen Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung (hier: VRW 44) sind vom Änderungsverfahren unberührt.</p>
<p>TÖB: 2126 Vodafone GmbH</p> <p>Bezug: Windgebiete</p> <p><i>Gebiet: VRW 56 Mückendorf</i></p>		
2126-401	<p>Durch das Gebiet des Windparks Mückendorf verläuft aktuell eine Vodafone Richtfunkstrecke: [Kartendarstellung] Folgend finden Sie die Koordinaten der Stationen sowie die Antennenhöhe an der jeweiligen Station: Station 1 - B0241 [Datenschutz] Antennenhöhe: 48,5m über Grund Station 2 - B0242 [Datenschutz] Antennenhöhe: 49m über Grund Sofern der Sicherheitsabstand von 30m zu dieser Richtfunkstrecke eingehalten wird, ist nicht mit Störungen zu rechnen.</p>	<p>Das Vorranggebiet wird von mehreren Richtfunkstrecken durchquert. Ein Gutachten zur Untersuchung der Auswirkungen des Planvorhabens Windpark Mückendorf auf Richtfunktrassen, welches im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplans „Windpark Mückendorf“ erstellt wurde, enthält Maßnahmenvorschläge zur Arrondierung von bestimmten WEA- und Antennenstandorten, mit deren Umsetzung negative Einflüsse auf die Richtfunkstrecken voraussichtlich vollständig ausgeschlossen werden können.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
----------	--------------------	------------------

TÖB: 2131 Berliner Stadtwerke GmbH

Bezug: allgemeine Hinweise

2131-401	<p>Im Rahmen des Änderungsverfahrens zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming nehmen wir nach Ihrem Schreiben vom 23.07.2025 gemäß § 9 Absatz 1 Raumordnungsgesetz Stellung zur Flächenkulisse des WEG 44.</p> <p>Bereits in unserer Stellungnahme vom 08.06.2022 hatten wir auf die erheblichen Auswirkungen der damaligen Reduzierung der Gebietskulisse hingewiesen. Die von uns geprüften und technisch geeigneten Windenergiestandorte im Bereich des Bahnringes Heidering wurden dabei nicht mehr vollständig berücksichtigt, obwohl sie nach wie vor ein hohes Potenzial für eine konzentrierte, netznahe und siedlungsverträgliche Windenergienutzung aufweisen.</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft hält weiter an ihrer Bewertung fest, dass eine östliche Erweiterung des VRW 44 aufgrund der erkennbaren Konfliktlage (Verkehrswege, Freileitungen, Wohnen im Außenbereich) nicht vorgenommen werden kann. Das möglicherweise vorhandene Flächenpotenzial für die Errichtung von Windenergieanlagen ist so gering, dass die Festlegung eines Vorranggebiets nicht gerechtfertigt ist. Der Sachverhalt, dass die vorgeschlagene Fläche überwiegend nicht für die Errichtung von Windenergieanlagen genutzt werden kann, wird auch in der eigenen Analyse der Berliner Stadtwerke GmbH deutlich. Die „geprüften und technisch geeigneten Windenergiestandorte“ beschränken sich auf eine kleine Fläche innerhalb des Bahnringes. Aufgrund des geringen Abstands zu den Bestandswindenergieanlagen erscheint eine Nutzung dieses Standorts jedoch nur möglich, wenn zumindest die westlichste der drei Anlagen zurückgebaut wird. Grundsätzlich ist für die Bestandsanlagen ein Repowering in Betracht zu ziehen, welches auch außerhalb von Windenergiegebieten zulässig ist (siehe dazu weiter bei 2131-404)</p>
2131-402	<p>1. Anlass der Stellungnahme und Planungsstand</p> <p>Nach § 9 Abs. 1 Satz 1 ROG sind im Rahmen des Änderungsverfahrens solche Flächen zu betrachten, auf denen nach dem Willen der Belegenheitskommunen die Errichtung von Windenergieanlagen zugelassen werden soll".</p> <p>Nach unserem Kenntnisstand wird in der Gemeinde Großbeeren eine Konzentration der Windenergienutzung im westlichen, bereits durch technische Infrastruktur vorbelasteten Teil des Gemeindegebiets grundsätzlich angestrebt. Wir stehen hierzu im Austausch mit der Gemeinde und verstehen unser Vorhaben im Einklang mit den örtlichen Planungszielen und Entwicklungsinteressen.</p> <p>Die von uns in Betracht gezogenen Flächen waren bereits Gegenstand früherer planerischer Überlegungen und erscheinen auch aus heutiger Sicht weiterhin gut geeignet, einen Beitrag zur regionalen Flächenkulisse zu leisten.</p>	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft hält weiter an ihrer Bewertung fest, dass eine östliche Erweiterung des VRW 44 aufgrund der erkennbaren Konfliktlage (Verkehrswege, Freileitungen, Wohnen im Außenbereich) nicht vorgenommen werden kann. (siehe dazu weiter bei 2131-404) Die Gemeinde Großbeeren beabsichtigt gegenwärtig keine eigene Planung in Bezug auf Windenergiegebiete. (siehe unter 43-402) Die Gemeinde kann sich jedoch dafür entscheiden eine entsprechende Planung durchzuführen. Die Festlegung als Vorranggebiet im Regionalplan ist dafür nicht erforderlich.</p>

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
2131-403	<p>Technisches Potenzial der Flächen</p> <ul style="list-style-type: none"> •Projektierbarkeit: Für den Fall der Aufnahme in die Regionalplankulisse ist nach heutigem Kenntnisstand die Errichtung von bis zu vier Windenergieanlagen möglich - drei im inneren des Heiderings und eine südlich der Bahntrasse. •Netzanbindung: Die unmittelbare Nähe zur 110-kV-Hochspannungsleitung Priort-Genshagener Heide ermöglicht eine unkomplizierte und wirtschaftliche Netzeinspeisung. •Verkehrliche Erschließung: Die potenziellen Standorte sind über bestehende Infrastrukturwege gut erschlossen. •Sicherheitsabstände: Sämtliche Abstände zu Bahntrassen, Hochspannungsleitungen sowie potenziell sensiblen Nutzungen werden planerisch berücksichtigt. Die nachfolgende Abbildung gibt eine Übersicht des ursprünglichen WEG 44, sowie der Flächen des WVG 44 nach heutigem Stand. [Kartendarstellung] 	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft hält weiter an ihrer Bewertung fest, dass eine östliche Erweiterung des VRW 44 aufgrund der erkennbaren Konfliktlage (Verkehrswege, Freileitungen, Wohnen im Außenbereich) nicht vorgenommen werden kann. Das möglicherweise vorhandene Flächenpotenzial für die Errichtung von Windenergieanlagen ist so gering, dass die Festlegung eines Vorranggebiets nicht gerechtfertigt ist. (siehe dazu weiter bei 2131-401, 2131-404)</p>
2131-404	<p>Raumordnerische Bewertung und Abwägung</p> <p>Keine Betroffenheit von Wald- oder Landschaftsschutzgebieten: Die betrachteten Flächen liegen außerhalb sensibler Schutzkulissen und können daher konfliktarm entwickelt werden.</p> <p>Hohe Standortakzeptanz: Es handelt sich um einen bereits durch großflächige technische Infrastruktur (Bahnring "Heidering", Stromleitungen, bestehende Windenergieanlagen, bestehende Photovoltaik) vorgeprägten Raum, die Gemeinde steht dem Vorhaben positiv gegenüber.</p> <p>Vermeidung zusätzlicher Inanspruchnahme: Durch eine Konzentration auf diese Fläche können bislang unberührte Räume geschützt werden - im Sinne des Flächen- und Ressourcenschutzes.</p> <p>Bitte um Berücksichtigung</p> <p>Wir bitten daher um Prüfung und Berücksichtigung der beschriebenen Potenzialflächen im Rahmen des Änderungsverfahrens zur Fortschreibung des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027. Eine Erweiterung des WEG 44 in westlicher Richtung würde:</p> <ul style="list-style-type: none"> •den Zielen der Belegenheitskommune Großbeeren entsprechen, •zur Erreichung der regionalen Flächenziele nach § 4 WindBG beitragen, •eine konfliktarme und technisch geeignete Entwicklung ermöglichen, •sowie den politischen Willen zur Flächenkonzentration umsetzen. 	<p>Der Anregung, die genannte Potenzialfläche als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen, kann aus folgenden Gründen nicht gefolgt werden: Für die Erweiterungsfläche ist eine hohe Konfliktlage in Bezug auf die Planungskriterien B 21, B 26 und W 01 festzustellen. Eine Ansiedlung von Windenergieanlagen auf der vorgeschlagenen Fläche ist nur auf der Grundlage gutachterliche Bewertungen möglich. Diese Bewertungen erfordern die einzelfallbezogene Berücksichtigung der konkrete Anlagenstandorte und -parameter sowie sicherheitstechnischer Anforderung. Diese Bewertungen können von der Regionalen Planungsgemeinschaft auf der Eben der Raumordnungsplanung nicht vorgenommen werden. Es kann von der Regionalen Planungsgemeinschaft daher auch nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit festgestellt werden, dass die Ansiedlung von Windenergieanlagen auf der vorgeschlagenen Fläche zulässig ist. Die erkennbar hohe Konfliktlage erforderte eine standort- und parameterkonkrete Planung, die nur auf der Ebene der Bauleitplanung geleistet werden kann. Die Entscheidung, die vorgeschlagene Fläche nicht als Vorranggebiet festzulegen, hindert die Gemeinde Großbeeren nicht, eine entsprechende Planung vorzunehmen.</p>

TÖB: 2140 Berliner Stadtgüter GmbH**Bezug: allgemeine Hinweise**

- 2140-401 Mit der Weiterleitung Ihres Schreibens durch unseren Partner die Berliner Stadtwerke GmbH wurden wir über die öffentliche Auslegung zum Änderungsverfahren des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming informiert. Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme im Rahmen des o. g. förmlichen Beteiligungsverfahrens. Das Änderungsverfahren soll als Basis für die Ausweisung zusätzlicher Flächen als Vorranggebiete für die Windenergienutzung dienen. Mit Blick auf das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) und die erforderliche Erreichung des regionalen Flächenziels haben wir bereits diverse geeignete Potenzialflächen auf Grundstücken der Berliner Stadtgüter GmbH (BSG) identifiziert. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Stellungnahmen vom 27.09.2023 und vom 16.01.2023 (siehe Anlagen) und erneuern unsere diesbezüglichen Aussagen.
- 2140-402 Insbesondere möchten wir auf die Flächenkulisse des VRW 44 verweisen, deren Erweiterung wir beantragt hatten. In diesem Zusammenhang beziehen wir uns unter anderem auf eine Weißflächenanalyse unseres Kooperationspartners Berliner Stadtwerke GmbH, die ergänzende Potenziale aufzeigt. Auf die Stellungnahme der Berliner Stadtwerke im o. g. Änderungsverfahren vom 21.08.2025 verweisen wir hiermit ausdrücklich. Ergänzend zu den in vorgenannter Stellungnahme der Berliner Stadtwerke getroffenen Ausführungen möchten wir anfügen, dass sich die drei auf Abbildung 1 „Übersicht WVG 44 Großbeeren/Teltow/Stahnsdorf“ dargestellten Bestands-WEA (ausgefördert) innerhalb des Heiderings auf Flächen der Berliner Stadtgüter befinden (vgl. auch nachfolgende Abb. 2, Bestands-WEA im Südosten). Ein Repowering dieser Anlagen findet unsere uneingeschränkte Unterstützung. Zudem merken wir erneut an, dass es sich u. E. bei der dort vorhandenen Justizvollzugsanstalt nicht um eine Form des Wohnens handelt, womit hier andere Mindestabstände gelten sollten. Analog zur Beantragung der Berliner Stadtwerke bitten wir um die östliche Erweiterung des VRW 44 und die Einbeziehung der bestehenden Anlagen in das Windvorranggebiet.

Gemäß Beschluss der Regionalversammlung vom 26.06.2025 soll das Änderungsverfahren zum Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 mit der Absicht durchgeführt werden, zusätzliche Flächen als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen auf denen die Errichtung von Windenergieanlagen genehmigt ist bzw. auf denen die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit der Errichtung von Windenergieanlagen rechtswirksam festgestellt ist bzw. auf denen nach dem Willen der Belegenheitskommunen die Errichtung von Windenergieanlagen zugelassen werden soll. Die von der Berliner Stadtgüter GmbH vorgeschlagenen Flächen erfüllen mit Ausnahme der Fläche der östlichen Erweiterung des VRW 44 diese Anforderungen nicht. Zur östlichen Erweiterung des VRW 44 wird auf 2140-402 verwiesen.

Der Anregung, die genannte Potenzialfläche als Vorranggebiet für die Windenergienutzung festzulegen, kann aus folgenden Gründen nicht gefolgt werden: Für die Erweiterungsfläche ist eine hohe Konfliktlage in Bezug auf die Planungskriterien B 21, B 26 und W 01 festzustellen. Eine Ansiedlung von Windenergieanlagen auf der vorgeschlagenen Fläche ist nur auf der Grundlage gutachterlicher Bewertungen möglich. Diese Bewertungen erfordern die einzelfallbezogene Berücksichtigung der konkreten Anlagenstandorte und -parameter sowie sicherheitstechnischer Anforderungen. Diese Bewertungen können von der Regionalen Planungsgemeinschaft auf der Ebene der Raumordnungsplanung nicht vorgenommen werden. Es kann von der Regionalen Planungsgemeinschaft daher auch nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit festgestellt werden, dass die Ansiedlung von Windenergieanlagen auf der vorgeschlagenen Fläche allgemein zulässig ist. Die erkennbar hohe Konfliktlage erfordert eine standort- und parameterkonkrete Planung, die nur auf der Ebene der Bauleitplanung geleistet werden kann. Die Entscheidung, die vorgeschlagene Fläche nicht als Vorranggebiet festzulegen, hindert die Gemeinde Großbeeren nicht, eine entsprechende Planung vorzunehmen. (siehe dazu weiter bei 2131-401, 2131-404)

Satz-Nr.	Hinweis / Anregung	Berücksichtigung
2140-403	<p>Darüber hinaus sehen wir entsprechend der ursprünglich angedachten Ausweisung der Windeignungsgebiete auch westlich angrenzend Potenzialflächen für die Errichtung weiterer WEA (vgl. Abb. 1). Hier könnten weitere 7 WEA des Typs Vestas V172-7.2 MW auf Flächen der Berliner Stadtgüter entstehen. Das Angebot zu einer Vorab-Planung - inkl. beabsichtigtem Netzeinbindungspunkt zu den Planungs-WEA, eventuell erforderlicher Planung für ein Umspannwerk und/oder eine Löschwasseranlage - liegt uns vor. Gern reichen wir Ihnen auf Anfrage weitere Unterlagen, technische Konzepte und/oder Geodaten nach. Das klimapolitische Ziel, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, lässt sich nur ernsthaft verfolgen, wenn der Anteil der Energieerzeugung durch erneuerbare Energien deutlich erhöht wird. Wir als Berliner Stadtgüter GmbH freuen uns über die Chance, weitere Ressourcen ausschöpfen zu können, und bitten Sie freundlich um die Berücksichtigung unserer Belange.</p>	<p>Der Anregung das VRW 44 westlich zu vergrößern, wird nicht gefolgt. Wie bereits bei der Entscheidung über die Festlegung des VRW 44 begründet wurde, steht die vorgeschlagene westliche Erweiterung des VRW 44 im Gebiet der Gemeinde Stahnsdorf nicht in Übereinstimmung mit dem Flächennutzungsplan der Gemeinde und daher auch nicht mit dem allgemeinen Planungsziel Nummer 2. Diese Sachlage ist unverändert. Die energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Anforderungen sind bei der Festlegung der Flächenbeitragswerte des WindBG bereits berücksichtigt. Das für die Region Havelland-Fläming maßgebliche regionale Teilflächenziel ist erreicht.</p>

Anhang

Hilfe zum Auffinden von Stellungnahmen

Jedem Stellungnehmenden ist eine eindeutige TÖB-ID zugeordnet. Die vorstehende Tabelle ist nach der TÖB-ID sortiert. Die Inhalte, die einem Stellungnehmenden zugeordnet werden konnten, stehen in der Tabelle jeweils nach einer Zeile, die mit „TÖB:“ beginnt und nachfolgend die TÖB-ID und die stellungnehmende Stelle benennt.

Mit Hilfe der nachfolgenden, alphabetisch geordneten Liste können die den Stellungnehmenden jeweils zugeordneten Inhalte in der Tabelle aufgefunden werden.

Alphabetische Liste der stellungnehmenden Stellen

TÖB-ID	Stelle
260	50Hertz Transmission GmbH
12	Amt Brück
13	Amt Dahme/Mark
2104	Berliner Forsten
2140	Berliner Stadtgüter GmbH
2131	Berliner Stadtwerke GmbH
153	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
140	Deutsche Bahn AG
419	Eisenbahn-Bundesamt
43	Gemeinde Großbeeren
52	Gemeinde Kloster Lehnin
83	Gemeinde Schwielowsee
93	Gemeinde Wiesenaue
170	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg
171	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg
164	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg
200	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
183	Landesamt für Umwelt
172	Landesbetrieb Forst Brandenburg
287	Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR "Haus der Natur"
7	Landeshauptstadt Potsdam
2139	Landesverband Erneuerbare Energien Berlin Brandenburg e.V.
101	Landkreis Elbe-Elster
4	Landkreis Potsdam-Mittelmark
5	Landkreis Teltow-Fläming
77	Stadt Rathenow
2091	Telefónica Germany GmbH & Co. OHG
397	Verband für Landentwicklung und Flurneuordnung (VLF)
339	Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land
2126	Vodafone GmbH
2068	Waldkleeblatt – Natürlich Zauche e.V.
2078	Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel